15. Jahrgang 1967 / 1. Heft / Januar

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

THEODOR HEUSS †
Fragment von Erinnerungen aus der NS-Zeit

DIETER PETZINA
Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932–1933

SIEGFRIED BAHNE
Trotzkismus in Geschichte und Gegenwart

DOKUMENTATION
Militärpolitische Berichte aus Petersburg
Januar/Februar 1918

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke und Walter Bußmann

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Theodor Heuss † . . . Fragment von Erinnerungen aus der NS-Zeit 1

Dieter Petzina . . . . Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33 18

Siegfried Bahne . . . Der „Trotzkismus" in Geschichte und Gegenwart 56

DOKUMENTATION

Die militärischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk aus Petersburg Januar–Februar 1918 *(Winfried Baumgart)* 87

NOTIZEN 105

BIBLIOGRAPHIE *1*

Bibliographie zur Zeitgeschichte, Jahrgang 13–14 (1965–1966) . . Beilage

Verfasser- und Sachtitelregister, Jahrgang 13–14 (1965–1966) . . Beilage

Inhaltsverzeichnis 14. Jahrgang 1966 . . . . . Beilage

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 433651. Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.
Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITSCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Prospektbeilagen: Droste-Verlag, Düsseldorf, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

15. Jahrgang 1967 1. Heft/Januar

THEODOR HEUSS †

FRAGMENT VON ERINNERUNGEN AUS DER NS-ZEIT

Vorbemerkung des Herausgebers

Über die Entstehungsgeschichte des nachfolgenden Fragments unterrichtet das Nachwort von Dr. Eberhard Pikart, dem Kustos des Theodor-Heuss-Archivs. Die beiden im Original vorgesehenen Kapitelüberschriften – Machtergreifung und Ermächtigungsgesetz – wurden selbstverständlich beibehalten, doch ist in die Sachkapitel, besonders das zweite, soviel an persönlicher Erinnerung und rückschauender Betrachtung eingeflochten worden, daß eine Gesamtüberschrift angemessen erschien, die dem im einzelnen lockeren Aufbau entspricht.

Dem Unterzeichneten hat das Originalmanuskript vorgelegen, es war nach seiner Beschaffenheit offensichtlich, daß es besonders gegen Ende hin der Kürzungen bedurfte. Dr. Ernst Ludwig Heuss hat sich mit den von Dr. Pikart vorgeschlagenen Streichungen einverstanden erklärt, und auch seine in den Anmerkungen niedergelegte Kommentierungsarbeit durch Hinweise unterstützt. Alle Auslassungen sind kenntlich gemacht, doch wurde davon abgesehen, sie in den Fußnoten inhaltlich zu erläutern, um nicht den Eindruck zu erwecken, als sei Interessantes aus irgendwelchen anderen als redaktionellen Gründen weggelassen worden. Auch die vorgenommene Straffung kann dem Fragment gewiß nicht die Geschlossenheit und Durchgestaltung verleihen, die man bei Theodor Heuss gewohnt ist. Aber das Fragment enthält so viel an sachlich Wichtigem, an persönlich Bezeichnendem und, wie der Autor selbst bemerkt, auch in kleinen Zügen so viel an Zeitatmosphäre, daß wir die Möglichkeit, mit ihm den neuen Jahrgang der Vierteljahrshefte zu eröffnen, dankbar begrüßen.

H. R.

Die „Machtergreifung"

Dieser Begriff hat sich in einen festen Termin eingegraben, den 30. Januar 1933, da dem widerstrebenden alten Hindenburg Hitlers Ernennung zum Reichskanzler abgerungen war. Meine Geburtstagsfeier, die unmittelbar folgte, verlief in kläglicher Stimmung, denn ich war über die kommenden Dinge, sachlich und persönlich, ohne jegliche Illusion. Doch bin ich besser durch die Hitlerjahre hindurchgekommen, als ich eigentlich rechnen durfte – Elly übernahm die finanzielle Unterbauung der bürgerlichen Existenz, hat dies freilich mit ihrer Gesundheit bezahlt.

Ich kann keine Geschichte der nationalsozialistischen Periode schreiben wollen, wenn ich auch später eine Zeitlang in derlei eine mögliche Lebensaufgabe des Alters sah[1] – darüber ist ja eine ganze Literatur mit Dokumenten entstanden: ich selber hatte Grund genug, Dokumente nicht zu sammeln, sondern zu vernichten.

[1] Vgl. Theodor Heuss, Aufzeichnungen 1945–1947, Veröffentlichung des Theodor-Heuss-Archivs, Tübingen 1966, S. 24, 50, 229, Anm. 1.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei an sich unbedeutende Geschehnisse aus den ersten Wochen würden mir der Erwähnung kaum wert erscheinen, wären sie nicht in ihrem Milieu so paradox gegensätzlich gewesen: Studentenreden, deren Termine schon festlagen. Irgendein Geheimrat im Ernährungsministerium wollte politische Kurse bei den Corps der landwirtschaftlichen Hochschulen veranstalten; Hermann Dietrich, der einmal sein Chef gewesen, war zu einem Referat über den „Liberalismus" gebeten, schob aber die Bitte an mich ab; ein Abend sollte dem „Konservatismus" gelten, ein dritter dem „Sozialismus". Ein Student würde sich für ein Korreferat bereithalten; der kam denn auch brav zu mir, erhielt einige Literatur, er war höflich, nett und ahnungslos. Um mich über die Atmosphäre zu unterrichten, ging ich zu dem Abend über den „Konservatismus" – kein geringerer als Elard von Oldenburg-Januschau hielt den Hauptvortrag. Das war nun subjektiv großartig und zugleich lehrreich; denn er redete spürbar an den Erwartungen der jungen Leute vorbei, indem er, mit Erinnerungen an seine junge Soldatenzeit geschmückt, eine Apologie des hohenzollerischen Monarchismus gab. Der „Januschauer" muß ein sehr hervorragender Landwirt gewesen sein, denn in den gleichen Jahren oder Jahrzehnten, da er die schroffsten Klagereden, Anklagereden über den Untergang des östlichen Grundbesitzes hielt, erweiterte er den eigenen Besitz mit immer neuen Gütern über das heimatliche Ostpreußen weit hinaus. Man erzählte sich damals, daß er auf den alten Herrn von Neudeck, Hindenburg, einen starken politischen Einfluß ausübe, aber ein Freund des Hitlertums war er nicht. Als die Referate und Diskussionen vorbei waren, saßen wir im kleinen Kreise noch lange zusammen – es war mit dem stattlichen Mann gut zu zechen – mit einer vehementen Unbefangenheit schimpfte er auf die Verderbnis der politischen Sitten durch die Störkommandos der SA, und er war selber gewiß nicht zimperlich.

Das also spielte sich in dem etwas schauerlichen Stadtviertel um den Stettiner Bahnhof ab mit den so fatal dorthin passenden Straßennamen Novalis, Schlegel u.s.f. – die andere Gelegenheit in der Charlottenburger Chaussee. Einer meiner Hörer an der Hochschule für Politik, der sich auch wacker an den Übungen beteiligte (und lange, auch als er emigriert war, persönlich anhänglich blieb), war Mitglied einer der farbentragenden, fechtenden jüdischen Verbindungen. Ob ich einmal auch in diesem Kreise sprechen würde? Gewiß, der verwandelte Tag bot das Thema an. Ich war mit einigen Männern, die aus diesen Reihen hervorgegangen, befreundet oder doch wohl bekannt, dem (damals) schon verstorbenen Abgeordneten Ludwig Haas[2], dem aus Straßburg stammenden, in der Emigration dann sehr tätigen Rechtsanwalt Bruno Weil[3] – auf der Erinnerung an diesen Abend liegt ein tragischer Schatten: Das „Generationsproblem" wurde von mir kaum sonst so unmittelbar empfunden; in einer Vereinfachung habe ich damals, nach meinem Eindruck gefragt, geantwortet, daß ich vor „verhinderten Nazis" gesprochen hätte. „Alte Herren", die an jenem Abend auch anwesend waren, glaubten sich bei mir

[2] Ludwig Haas, 1875–1930, MdR 1919–1930, seit 1928 Fraktionsvorsitzender der DDP.

[3] Bruno Weil war durch das Buch: Der Prozeß des Hauptmanns Dreyfus, Berlin 1930, hervorgetreten.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für den Widerspruch entschuldigen zu müssen, den ich bei einer Anzahl der Jungen gefunden hatte (für mich wurde es nach Jahrzehnten die seltsamste Erfahrung, daß ein Stück dieses studentischen „Brauchtums" von jüdischen Emigranten auch in der weiteren Pflege dieser für unsereins sehr fragwürdigen Tradition eine Form des Heimwehs blieb).

Auch das für zwölf Jahre letzte Auftreten am Rundfunk fällt in diese Wochen. Ich hatte dort, zumal als Hans Roeseler[4] die „Deutsche Welle" betreute, gelegentlich über historische, über landschaftliche Dinge geredet; jetzt sollte ich, nach einem einleitenden Vortrag von Otto Flake[5], über „Die Toleranz" mit einem Nationalsozialisten ein Streitgespräch führen, es war der erste Nationalsozialist, der in mein Haus kam. Aber ich merkte bald, daß er innerlich auf dem Abmarsch war – er hatte unter dem Pseudonym des rechtskundigen Führers des großen Bauernkrieges, Weigand von Miltenberg, einiges publiziert und sprach, als Anhänger von Gregor und Freund von Otto Strasser, mit großem Freimut über die Zerwürfnisse in der Partei, die ich selber gar nicht so durchschaute. Aber man konnte mit diesem Literaten Herbert Blank[6] sich auch ganz witzig verständigen – wir beschlossen, die Rollen, die Roeseler und Flake uns offenbar zugedacht hatten, einfach zu tauschen – er, freilich mit einem stärkeren Wissen über die Elemente, die jetzt im Aufbruch standen, sollte die Fairness verteidigen, ich selber machte den Versuch, das Wort Toleranz von dem sentimentalen Gewährenlassen freizumachen, indem ich von dem streitbaren Lessing ein Bild zu geben versuchte. Flake war über den Verlauf dieser Diskussion baß erstaunt. Ich habe zunächst das Schicksal dieses Mannes Blank völlig aus den Augen verloren, aber er hat die Zeit überstanden; wenn auch, wie ich erst sehr viel später erfuhr, in einem KZ durch Jahre der Rache seiner alten Pg's ausgeliefert. In den fünfziger Jahren kam eine Broschüre von ihm in meine Hand, in der er den Bundespräsidenten freundlich tadelte, daß er zu „gemütlich" sei und ihm empfahl, „leutselig" zu werden – er griff dabei nach einem Wort, das ich von Jugend an wegen seines herablassenden Tones gehaßt habe. Der Mann hatte mein Wesen trotz der vergnügten, mit „scharfem Wasser" angeheizten intimen und langen Aussprache nicht begriffen.

Doch das sind ja nur anekdotische Nebendinge, die sich im Gedächtnis festhakten. Wie sich das Schicksal im persönlichen Bereich gestaltete, ist mir zum Teil erst später einigermaßen deutlich geworden. Etwa dies: Bei einem Besuch in der Heimat übergab mir mein alter Freund aus dem Naumannkreis, der Leiter des Frauengefängnisses von Gotteszell, Ernst Henning, das Inhaltsverzeichnis des

---

[4] Hans Roeseler, geb. 1893 in Berlin, Leiter des Buchverlages bei Ullstein und Geschäftsführer des Propyläen-Verlages, Berlin.

[5] Otto Flake, 1880–1963; zur Zeit der Machtergreifung durch verschiedene Veröffentlichungen (Hortense, 1932; Der Straßburger Zuckerbeck, 1933; Die Töchter Noras, 1934) bekannt geworden. F. war in Metz geboren.

[6] Herbert Blank (Pseudonym: Weigand von Miltenberg), 1899–1958, Autor von: Adolf Hitler, Wilhelm III., Berlin 1931; Schleicher, Hitler? – Cromwell, Der Rhythmus in der Geschichte, Leipzig 1932, (nach 1945: Konservativ, Hamburg 1953).

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Fahndungsblattes 1933", wo ich alphabetisch zwischen Notzuchtverbrechern, Münzfälschern u.s.f. mit dem Stichwort „Schutzhaft" aufgeführt war – ich habe das Blatt lange in der Brusttasche herumgetragen und offen gestanden leicht damit renommiert, bis das Verfahren Elly zu dumm oder zu leichtfertig wurde und sie das Papier wegnahm und vernichtete. Es ist mir nach 1945 nicht geglückt, jenes Fahndungsblatt mit dem Steckbrief irgendwo aufzutreiben. Aber ich erfuhr durch einige meiner Hörer, daß der damalige nationalsozialistische Polizeipräsident in Berlin Carl Ernst ein regelmäßiger Hörer meiner Vorlesungen, ein Teilnehmer auch meiner Seminare an der Hochschule für Politik gewesen sei, ohne sich selber aktiv beteiligt zu haben. Dieser historisch fragwürdige Mann, der 1934 ein Opfer des Röhm-Putsches geworden ist, soll in dieser turbulenten Zeit eine Art Schutzgeist für mich gewesen sein. Möglich, daß mein Bemühen, Nationalsozialisten wie Kommunisten wie natürlich auch die anderen nicht unter dem Zielpunkt der Wertung oder gar der Polemik, sondern einfach der Sachbelehrung zu behandeln, ihn beeindruckt hat – es war mir lange nicht deutlich, ob diese Haltung des Mannes für oder gegen meine pädagogische Befähigung spreche. Angeblich, das erzählte mir der Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung", habe mir meine Reichstagsrede vom Mai 1932[7] in führenden Parteikreisen einigen nachwirkenden Respekt verschafft – mir konnte das recht sein, wenn man mich zunächst in Ruhe ließ.

Immerhin, das war bald deutlich: Die berufliche und die politische Tätigkeit würde in mancherlei Wandlung gezwungen werden. Die Liste der Dozenten, die von der Deutschen Hochschule für Politik entlassen werden mußten, wurde, wie ich von Jäckh erfuhr, durch mich eröffnet[8]; „Hitlers Weg" durfte nicht mehr ausgeliefert werden und der Verlag suchte seine Sünde – er hatte die Schrift erbeten – wieder gutzumachen, indem er von einem früheren Kleriker namens Huber

[7] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Reichstags Bd. 446, S. 2587–2593, Sitzung vom 11. 5. 1932; die Rede ist im Wortlaut abgedruckt in: Theodor Heuss, Erinnerungen 1905—1933, Tübingen 1963, S. 414–437.

[8] Vgl. Schreiben Ernst Jäckhs an Theodor Heuss vom 3. 5. 1933 (Or.: Theodor-Heuss-Archiv, Stuttgart), wofür ein vorgefertigter Durchschlag verwendet wurde, in den mit Maschine nur der Name eingetragen war: „Herrn Dr. Heuss; Sehr geehrter Herr Doktor: Ich teile Ihnen mit, daß die Mitgliederversammlung des Vereins ‚Deutsche Hochschule für Politik e. V.' am 27. 4. 1933 die Auflösung der Deutschen Hochschule für Politik wie die Auflösung des Vereins beschlossen hat. – Da das Reich Ihre Übernahme in die verstaatlichte Hochschule für Politik nicht in Erwägung gezogen hat, bin ich zu meinem Bedauern genötigt, Ihr Vertragsverhältnis zum nächst zulässigen Termin zu lösen. Ich bitte Sie, mir Ihre sich nach dieser Sachlage ergebenden Ansprüche mitzuteilen. – Voraussichtlich wird es gelingen, in irgendeiner organisatorischen Form die bisher von der Forschungs-Abteilung der Hochschule betriebene Forschung weiterzuführen. Für diesen Fall darf ich Sie bitten, mir bis spätestens 8. Mai mitzuteilen, ob Sie bereit sind, einen Forschungsauftrag im Rahmen des Forschungsprogramms entgegenzunehmen; zugleich bitte ich Sie, mir einen konkreten Vorschlag für die Thematisierung Ihres Forschungsauftrages zu machen. – Ich bemerke noch, daß ein eventueller Forschungsauftrag wie auch die Nichtannahme eines angebotenen Forschungsauftrages voll auf die Ihnen zustehende Vertragssumme gemäß § 615 DGB in Anrechnung kommen muß. – Mit vorzüglicher Hochachtung E. Jäckh." Zur Person von Jäckh vgl. Anm. 15.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine völlig subalterne Propagandaschrift verfassen ließ[9]. Ich glaube nicht, daß er viel Freude an ihr erlebt hat.

Hitler hatte, nachdem die Bestellung zum Reichskanzler am 30. Januar bei Hindenburg durchgesetzt war, am 1. Februar den Reichstag aufgelöst; Hugenberg, der zum Reichswirtschaftsminister ersehen war, hatte sich gegen das Verfahren gewehrt, war aber unterlegen. Der neue Kanzler hatte sein Kabinett zunächst so angelegt, daß außer der Berufung von Frick zum Reichsinnenminister, von Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und zum preußischen Ministerpräsidenten und Innenminister keiner der alten führenden Parteigenossen eine Ministerfunktion übertragen erhielt – das täuschte zahllose Gutgläubige, wohl auch den Reichspräsidenten.

Die Auflösung des Reichstags zwang die übrigen Parteien vor die Frage, was sie sich von einer Beteiligung versprechen könnten. Das betraf vor allem die bei den beiden letzten Wahlgängen dezimierten Mittelparteien. Die Sozialdemokraten, damals auch noch die Kommunisten, das Zentrum und die Bayrische Volkspartei, durften noch mit ihren festen Beständen rechnen, bei den Deutschnationalen war das schon fragwürdig geworden, bei der Volkspartei und der Staatspartei im Grunde praktisch sinnlos, wenn man mit dem Begriff des politischen Tuns den einer wenn auch nur bescheidenen „Macht" verbindet. Im Grunde war es ein sentimentaler Irrtum, der die Männer und Frauen, die „treu" geblieben waren, nicht in die parteipolitische Heimatlosigkeit verdammen wollte. Die Technik des damaligen Proporzverfahrens gab die Möglichkeit, durch ein Abkommen mit der Sozialdemokratie die Stimmen zur Wirkung zu bringen – so gelang es, bei den Wahlen vom 5. März fünf Mandate zu sichern. Ich selber habe damals nicht mehr um die heimatliche Kandidatur gekämpft, sondern stand auf der Reichsliste und „führte" die „Liste" in dem bayrischen, in dem hessischen Wahlkreis, gesichert war eben nur die „Reichsliste". Die Versammlungen waren noch ganz ordentlich besucht; in Wetzlar sprach der großartige Ernst Leitz als Kandidat oben neben mir, und sein menschliches Ansehen wie seine soziale Leistung als Unternehmer sicherten dort einen überraschenden starken Erfolg; während der Versammlung in Frankfurt aber kam die Nachricht vom Brand des Reichstagsgebäudes und jedermann spürte, was an böser Dramatisierung auf die deutsche Politik wartete. Das Verbot der kommunistischen Partei war die unmittelbare Folge.

Der Prozeß um den Reichstagsbrand hat bis zum Ende des Jahres 1933 gedauert, aber zu einer völligen Klärung im strengen juristischen Sinn nicht geführt; ein holländischer Kommunist van der Lubbe, der in dem brennenden Bau angetroffen und verhaftet war, galt in dem Todesurteil als der eigentliche Täter, der deutsche Abgeordnete Ernst Torgler und der bulgarische Kommunist Dimitrow wurden

[9] Vgl. Engelbert Huber, Das ist Nationalsozialismus, Organisation und Weltanschauung der NSDAP, Union Deutsche Verl.-Ges. Stuttgart, Berlin, Leipzig o. J.; das Buch von Theodor Heuss, Hitlers Weg, Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, ebenda 1932, wurde bald nach der Machtergreifung in Berlin und an anderen Orten öffentlich verbrannt; vgl. Heuss, Aufzeichnungen, a. a. O., S. 102.

Jährgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

freigesprochen. Dem Torgler ist auch in der Folgezeit, da die Willkür der Exekutive staatsinstitutionell wurde, nichts geschehen. Wollte man in der Beachtung des Reichsgerichtes doch etwas wie die Fiktion eines Rechtsstaates aufrechterhalten?

Das „Ermächtigungsgesetz"

Jeder von uns, der als Publizist oder als „Politiker" zu Entscheidungen gezwungen war, die er später bedauerte, hat Dummheiten gemacht. Doch dieser Begriff ist zu schwach für die Zustimmung zu diesem Gesetz und auch das Wort „später" trifft nicht die innere Lage; denn ich wußte schon damals, daß ich dieses „Ja" nie mehr aus meiner Lebensgeschichte auslöschen könne. Es hat ja noch eine Rolle gespielt, als fünfzehn Jahre später der Vorschlag kam, – er ist der Öffentlichkeit durch den früheren sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Loebe als erstem vorgelegt worden – mich zum Bundespräsidenten zu wählen.

„Ermächtigungen" des Parlaments an die Reichsregierung und an den Reichspräsidenten, legislative Akte auf eigene Verantwortung zu vollziehen, um ihre Wirkung zu sichern, hatte es in kritischen Epochen schon vorher einige Male gegeben – doch waren sie sachlich umgrenzt (wesentlich auf Steuerfragen und sozialpolitische Details) und keine deutsche Spezialität. Doch Hitlers Ermächtigungsgesetz hatte einen allgemeinen Charakter und stellte die Geltung der Grundrechte in Frage. Die Ausschußsitzung der Staatspartei[10] kam zu keiner geschlossenen Meinung; vielleicht war dies überraschend, daß die Mehrzahl der Beamten, die sonst die „radikale" Gruppe darstellte, vielleicht von dem Kommenden schon unterrichtet oder es doch ahnend, die Unterstützung befürworteten, unter dem leidenschaftlichen Widerspruch vor allem von Gertrud Baeumer. Man beschloß, der Reichstagsgruppe die Entscheidung zu überlassen mit dem Ersuchen, einheitlich abzustimmen[11]. Diese fünf Mann aber waren gespalten. Ich selber hatte zwei Erklärungen formuliert, eine für Ablehnung, eine für Enthaltung und war bereit, sie im Plenum abzugeben[12]. An meiner Seite stand nur Hermann Dietrich; Hein-

[10] Gemeint ist wahrscheinlich der „Arbeitsausschuß" der Staatspartei; seine genaue Zusammensetzung, der Termin seines Zusammentritts, auch Protokolle konnten nicht nachgewiesen werden.

[11] Die Reichstagsgruppe, der Hermann Dietrich, Theodor Heuss, Heinrich Landahl, Ernst Lemmer und Reinhold Maier angehörten, trat am 22. März zusammen. Am 23. 3. um 14 Uhr 05 begann die entscheidende Plenarsitzung des Reichstages. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsgg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 68–72, 91–97; ferner Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt, Tübingen 1964, S. 327–330.

[12] Die erste (Ablehnungs-)Erklärung von Heuss ist nicht überliefert; die zweite (Enthaltungs-)Erklärung, Or. im Theodor-Heuss-Archiv, Stuttgart, trägt über dem maschinenschriftlichen Text den handschriftlichen Vermerk: „Entwurf einer Erklärung für Reichstagssitzung vom 23. 3. 1933 – nicht gehalten, weil Fraktion mit 3 gegen 2 Stimmen *für* das Ermächtigungsgesetz." – Reinhold Maier lehnte sich dann im Text der Zustimmungserklärung, die er am 23. 3. verlas, teilweise an diesen Entwurf an.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rich Landahl (Hamburg), Ernst Lemmer, Reinhold Maier votierten für die Zustimmung. Dietrich wollte sich in seiner Haltung nicht von Brüning trennen, mit dem er als Wirtschafts- und dann als Finanzminister in den zurückliegenden Jahren die Hauptverantwortung getragen hatte. Auf seinen Wunsch begab ich mich in der Nachtstunde noch in den Reichstag und ließ Brüning aus der Zentrumsfraktion herausrufen[13]; er berichtete mir von den Zusagen, die Hitler dem Fraktionsführer Prälat Kaas gemacht habe, die er persönlich freilich mit Skepsis betrachtete. Immerhin: das Motiv meines nächtlichen Besuches war ihm sehr willkommen; die beiden Männer, in ihrem Temperament höchst verschieden, waren in den argen Jahren auch menschlich zusammengewachsen. Und so blieb auch ich an der Seite von Dietrich.

Die Klärung der verschiedenen Motive im Verhalten zu diesem „Ermächtigungsgesetz" erfolgte im württembergisch-badischen Landtag im Frühjahr 1947 durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, den einige seiner Mitglieder, die als Reichstagsabgeordnete jenem Gesetz ihre Stimme gegeben hatten, beantragten[14]. Dort habe ich auch über die Verhandlungen mit Brüning berichtet und Reinhold Maier hat seine früheren Erwartungen vorgetragen, die Führung der Reichswehr werde den Weg in die Illegalität zu verhindern wissen. Er hat sich darin getäuscht, wie wir wohl alle in der Bewertung der kommenden Dinge: In jener „Vernehmung" habe ich den Ausdruck gebraucht, daß ich für das „Nein" gerne votiert hätte aus reinem „historischen Stilgefühl" – Illusionen über das Gewicht eines Ja oder eines Nein konnte ich nicht haben.

Denn, das ist nun meine feste Überzeugung, das „Ermächtigungsgesetz" hat für den praktischen Weitergang der nationalsozialistischen Politik keinerlei Bedeutung gehabt. Daß es in der Parteienpolemik nach 1945 eine Rolle spielen werde, lag in deren Natur – vor allem, bis es den Leuten zu langweilig wurde, bei den Publizisten der Sowjetzone. Aber wenn Leute wie Hjalmar Schacht in ihren Verteidigungsschriften mit dem Hinweis auf diesen Akt die Loyalität ihrer eigenen Haltung zu begründen suchten, konnte man nur die Achseln zucken. Hitler hat selber gelegentlich später von diesem formalen Akt wegwerfend gesprochen – er beließ den Reichstag als Kollegium für Demonstrationsreden. Aber nur noch einmal war es der im März 1933 gewählte Reichstag – denn im Juli dieses Jahres waren die Parteien zur Selbstauflösung gezwungen, und nur mehr die Nationalsozialisten mit einigen „Gästen" stellten die Mitglieder des Hauses. Auch Sachberatungen mit Ausschüssen fanden nicht mehr statt.

Hitler hat unzweifelhaft sehr viel fertig gebracht, manches war gewiß nicht in seiner originalen Planung, etwa dies, daß er mich zu einem richtigen Stammtisch-

---

[13] Über die Besprechungen der Zentrumsführer am Abend des 22. 3. s. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Matthias – Morsey, Das Ende der Parteien, a.a.O., S. 360f.

[14] Vgl. Reinhold Maier, Grundstein a.a.O., S. 330; ferner Matthias–Morsey, Das Ende der Parteien a.a.O., S. 69. Die Aussage von Heuss vor dem Untersuchungsausschuß, vor dem auch Reinhold Maier und Hermann Dietrich aussagten, ist abgedruckt in: Sten. Berichte des Württ.badischen Landtages Bd. I, Beilage 77, S. 99f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bruder gemacht hat und daß Elly dieses abendliche Weggehen oder die Beteiligung an dieser oder jener Mittagsrunde billigte, zumal wenn einige jüdische Leute zu dem und jenem Kreis gehörten: Sie sollten nicht meinen, daß man jetzt nicht mehr mit ihnen zu tun haben wollte. Die „Anderen" aber merkten das. Die erste „Vorladung", die ich in eine N.S.-Dienststelle erhielt, sie lag in der Potsdamer Straße, beanstandete, daß, wie man beobachtet habe, jüdische Menschen in unserem Häuschen in der Kamillenstraße vorsprachen. „Gewiß, ich habe auf der Schule gelernt, daß Treue eine wesentliche Eigenschaft der Deutschen sei." Der Mann war völlig verblüfft über diese Antwort; er habe mich nur warnen wollen.

Das Warnen war eigentlich nicht mehr nötig. Ich hatte schon vorher festgestellt, daß eine Briefüberwachung eingesetzt hatte; ganz einfach: in einer großen Briefsendung von Gertrud Baeumer war die Vorderseite der Adresse glattes satiniertes Papier, die Rückseite rauh, d.h. die Glätte durch Wegdünsten beseitigt. Meine kriminalistische Phantasie war also angeregt. Ich machte, indem ich das Couvert an mein Postamt zurücksandte, einen ganz unbekümmerten Protest und verbat mir solches Verfahren als Berufsschädigung; aber es war auch der Anlaß, an den und den zu schreiben, zumal an den Sohn, der damals in Bonn studierte, sich aller höhnenden oder ironischen politischen Bemerkungen in seinen Briefen zu enthalten. Natürlich kann ich nicht sagen, ob gerade dieser mein Schritt Einfluß gehabt hat, daß ich später keine so eklatante Mißachtung des Briefgeheimnisses mehr feststellen konnte, vielleicht hatten sich die technischen Verfahren verfeinert. Aber ich erwähne diese kleinen Geschichten, weil sie im Spiegel der persönlichen Anekdote etwas von dem amtlichen „Brauchtum" auch gegenüber der privaten Sphäre mitteilen. Ich selber habe etwas daraus gelernt: daß es sich empfahl, sich zu wehren. Erstens waren nicht alle behördlichen Gegenspieler Nationalsozialisten – davon später ein drastisches Beispiel – und zweitens konnte deutliche Unbefangenheit auch Eindruck machen.

Was konnte mein Beschwerdewort von der „Berufsschädigung" eigentlich besagen? Hatte ich denn noch oder wieder einen Beruf? [. . .]

Jäckh hatte mit Hitler eine Unterredung über die Hochschule für Politik[15]; sie sollte erhalten bleiben, aber natürlich mit einem völligen Wechsel im Lehrkörper, worauf Goebbels entscheidenden Einfluß nahm; Jäckh konnte mir erzählen, daß ich, *vor* den sozialistischen oder jüdischen Kollegen, die Liste der zu entlassenden Dozenten führte. Immerhin, es war Jäckhs Geschicklichkeit gelungen, für einige wissenschaftliche Arbeitspläne einen Fond noch verwerten zu können, den er durch M. Butler von der Columbia University[16] erhalten hatte – seltsame Sache, daß ich für die Weiterführung der vor einigen Jahren begonnenen Niederschrift einer Naumann-Biographie mit 1000 amerikanischen Dollars ausgestattet wurde!

[15] Zu dieser Unterredung, der eine weitere mit Goebbels folgte, vgl. Ernst Jäckh, Der Goldene Pflug, Stuttgart 1954, S. 496; ders., Weltsaat, Erlebtes und Erstrebtes, Stuttgart 1960, S. 129ff. E. Jäckh, 1875–1959, war der Begründer und eigentliche Leiter der Deutschen Hochschule für Politik, er emigrierte noch 1933 erst nach England, dann nach den USA.

[16] Nicolas Murray Butler, 1862–1947; 1901–1945 Präsident der Columbia University.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit dem Dozieren war es also nichts mehr. Ich hielt noch ein paar mehr oder weniger „geheime" Vorträge vor vertrauten alten Parteikreisen, einmal im Buchlager von Felix Meiner[17] in Leipzig, einem Kameraden aus dem Brentano-Seminar, ein andermal im Katholischen Gesellenheim zu Wiesbaden, im Ratskeller zu Hannover, überall vor geladenen Gästen – kein geringerer als mein Freund, der Staatssekretär B. W. von Bülow[18], beschwor mich, derlei aufzugeben, wobei er mir zugleich mitteilte, er werde mit seinem Auto wegen der auffallenden Nummer IA 4 nicht mehr vor meinem Hause parken, sondern in der Nähe. Also wurde auch er beobachtet, denn er hatte die Einladung, der NSDAP beizutreten, abgelehnt und damit, nach seiner Aussage, seine Position innerhalb des Auswärtigen Amtes gestärkt, aber es wäre sinnlos gewesen, sie zu gefährden. Auch bat er mich, gemeinsame alte Freunde, wie etwa den bisherigen Botschaftsrat in London, den unbefangenen Grafen Albrecht Bernstorff[19], vor der Offenheit seiner Urteile zu warnen – man spürte aus den Gesprächen mit beiden und anderen, wie die Luft in der hohen Beamtung begonnen hatte, mit Denunziation und Mißtrauen durchsetzt zu werden.

Es begann im Ablauf des Jahres 1933 die schwierigste berufliche Situation meines Lebens. Eine Aufgabe fand sich wieder; die „Hilfe", bei der ich als einundzwanzigjähriger Jüngling als Redakteur gesteckt hatte, war nach Naumanns Tod von einer Gruppe alter Freunde herausgegeben worden (Anton Erkelenz, Gertrud Baeumer, Walter Goetz), zunächst eingegliedert in den Sieben-Stäbe-Verlag, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund gehörte, und vor geraumer Zeit von dessen verlegerischem Geschäftsführer Hans Bott[20] in eigene Verantwortung übernommen – dieser bat mich jetzt, Herausgeberschaft und Redaktion zu übernehmen. Damit beginnt eine Zusammenarbeit und Freundschaft, die heute, da diese Zeilen niedergeschrieben werden, sich über drei Jahrzehnte bewährt hat. Es war ein Experiment, über dessen ökonomische oder gar politische Wirkungen keiner der Beteiligten sich irgend welche Illusionen machte oder gar machen konnte.

Aber es bot sich für mich die Möglichkeit, publizistisch nicht ganz mundtod zu werden. Jäckh hatte im Jahr zuvor mit einigen Bekannten im Verlag einer Rundfunkzeitung ein Wochenblatt gegründet, das den pompösen Titel erhielt „Der Staat seid Ihr"[21] – in dem Herausgeberkreis fand ich, ein paar Mal Gast, die besorgte Ricarda Huch. Gustav Stolper, dessen Deutscher Volkswirt von mir neben ein paar Aufsätzen vor allem mit innenpolitischen Glossen versehen wurde, erfuhr sehr früh ein zunächst befristetes Verbot seiner Zeitschrift; er spürte rasch, daß sein so eindrucksvolles Wirken in diesem verwandelten Deutschland aussichtslos

[17] Meiner, 1885–1965, war einer der angesehendsten deutschen Verleger.

[18] Bernhard v. Bülow, 1885–1936, seit 1930 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Berlin.

[19] Graf Albrecht von Bernstorff, geb. 1890, am 25. 4. 1945 von der Gestapo erschossen, verließ nach der Machtergreifung das Auswärtige Amt, um in eine private Bank einzutreten.

[20] Hans Bott, geb. 1902, wurde 1931 Verleger der Hilfe. 1949 wurde Bott persönlicher Referent des Bundespräsidenten, später, bis 1959, Ministerialdirektor und stellv. Chef im Bundespräsidialamt.

[21] Der Staat seid Ihr, Zeitschrift für deutsche Politik, erschien seit 1931 im Verlag Hermann Reckendorf, Berlin.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geworden; er war gezwungen, sein Werk aufzugeben und Deutschland zu verlassen; die peinlichen Umstände sind in der von seiner Frau verfaßten Biographie beschrieben[22]. [. . .] Mit seinen Nachfolgern war ein Einverständnis im alten Sinn weder erstrebt noch erreichbar. Ich selber mußte die Erfahrung machen, daß eine große heimische Zeitung, die früher mich sehr brav als ihren Mitarbeiter schätzte, einen harmlosen literarischen Aufsatz über Isolde Kurz nur mehr unter einem Pseudonym abdruckte![23] Eine frühe Warnung vor kommenden Dingen.

Immerhin, wir fingen mit der „Hilfe" an. Auf Redaktionsbezüge verzichtete ich, und erhielt nun eben das bescheidene Zeilenhonorar für die von mir geschriebenen Beiträge; es fanden sich ein paar mit Naumann ehedem befreundete Männer und Frauen, die eh und je ein paar Dutzend Abonnements bezahlten. Die Bemühungen, irgendwie zu einer halbwegs tragenden Stellung privater Natur zu kommen, mißlangen.

Es setzte jetzt Ellys große Zeit ein. [. . .] Elly war von dem Leiter des Evangelischen Presseverbandes, den er mit Eifer und Einfällen in Schwung zu bringen verstand, von dem schwäbischen Theologen Professor Hinderer[24], als Vertreter in den Berliner Rundfunkrat gesandt worden, hatte dort mit guten Ratschlägen sich eine Position geschaffen, regelmäßig für eine Fachzeitschrift nach ihrer Wahl kurze Rezensionen geschrieben und selber gelegentlich kleine pädagogische oder soziologische Vorträge gehalten. Jetzt wurde sie, im Frühjahr 1933, von der pharmazeutischen Firma Wybert, Lörrach, die ihrem Basler Vetter gehörte, gebeten, sie bei der Werbung zu beraten – eine Konkurrenz hatte begonnen, sich dieses Instrumentes zu bedienen. Es war eine aufgeregte und aufregende Zeit. Denn Elly, obwohl im engeren Sinn wenig musikalisch, doch wohl mit Sinn für Rhythmus, hatte einen entscheidenden Einfall, – sie erfand das „akustische Firmen- oder Warenzeichen", das eine Darbietung eröffnete und abschloß. Vorher war dafür, wenn überhaupt, ein zufälliger Volksliedmelodienschnörkel verwendet. Zwei Fachzeitschriften schrieben gleich Artikel, daß da etwas Neues vorgeführt werde, juristische Freunde untersuchten, ob sich dieser Einfall nicht patentieren lasse (was aber nicht ging), und Elly erfuhr bald genug, wie „ahnungslos" bescheiden sie in ihren Honorarforderungen sei – aber immerhin, die beiden nächsten Firmen, die sich an sie wandten, waren Henkel-Waschmittel und Beiersdorff mit Nivea und Pebeco – also mit die größten [auf Werbung angewiesenen][25] Firmen, und an Aufträgen fehlte es, ehe der Krieg die Käuferlage verwandelte, überhaupt kaum mehr. Freilich, die ganze Rundfunk-Waren-Werbung war bedroht, weil Goebbels nur mehr politische Propaganda zulassen wollte; Elly ging damals zu Schacht auf

---

[22] Toni Stolper, Gustav Stolper, 1888–1947, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit, Wien – Berlin – New York, Tübingen 1960, S. 316ff.

[23] Theobald Schwab (Theodor Heuss), Isolde Kurz, Zu ihrem 80. Geburtstag am 21. Dezember, in: Stuttgarter Neues Tagblatt 20. 12. 1933.

[24] August Hermann Hinderer, Direktor des ev. Presseverbandes für Deutschland, Herausgeber des „Eckart", s. 1927 theol. Professor in Berlin.

[25] Im Or.: „Werbefirmen".

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Reichsbank – sie hatte 1918 mit ihm Wahlreden gehalten; jetzt legte sie ihm ihre in die Zehntausende Mark gehenden Aufträge an Sprecher, Sänger, Musiker vor, und Schacht erreichte es, daß das Verbot um dreiviertel Jahr verschoben wurde, (daß die Komponisten ihrer kleinen Stücke lauter „Nichtarier" waren, sagte sie ihm aber vorsichtshalber nicht).

[. . .]

Eduard Stadtler[26], der gegen Ende des Krieges als Elsässer wieder an der Ostfront eingesetzt war, hatte in Berlin eine „Antibolschewistische Liga" begründet und auch die Heilbronner Begegnung erneuert; er war jetzt in den Ullstein-Konzern eingetreten und hatte die Idee, mich um eine Autobiographie zu bitten, die den Weg von Naumann zu Hitler darstellen sollte; das war natürlich eine Fehlbitte. Aber, er war ein Schüler des Straßburger Historikers Martin Spahn. Ob nicht meine Frau ihr Leben darstellen wolle? Sie sagte ja und diktierte in dem von Vinzentinerinnen geführten Erholungsheim in Badenweiler in ein paar Wochen einer jungen jüdischen Bekannten, die nun auch „frei" geworden war[27]. Aber Stadtlers Gastrolle bei Ullstein ging bald zu Ende; das reizvolle Buch, in das wir dann [. . .] Landschaftszeichnungen von mir hineinpackten, wurde dann von Hans Bott herausgebracht und hat später, um seiner Anmut willen, eine Auflage von einigen Zehntausenden erreicht[28].

Es ergab sich, daß Berlin für mich eigentlich sicherer war. In den kleinen Städten waren früh die lokalen Rachebedürfnisse in Gang gesetzt worden; sie siegten, meinen engen Freund, den Heilbronner Bankdirektor Friedrich Mück[29], in Schutzhaft zu halten; sollte er vor dem Volkszorn, sollte das Volk vor ihm geschützt werden? Über derlei hat man damals fast noch harmlos diskutiert. Mein ältester Bruder, Stadtarzt in Heilbronn geworden und durch sein tätiges sozialpolitisches Wesen wohl die volkstümlichste Figur der Stadt, war 1932, knapp fünfzigjährig, jäh gestorben; ob wir zur Hochzeit der ältesten Tochter im Spätjahr 1933 kommen konnten, mußte von den Verwandten erst vorsichtig festgestellt werden. Bei den alten Freunden in Stuttgart herrschte ziemliche Wirrnis – man käme gut durch die arge Sache, wenn man „förderndes Mitglied der SS" werde. Die Amerikaner haben sich nach 1945 nicht an diese Lesart gehalten und manche braven Leute in arge berufliche Schwierigkeiten gebracht.

Die große liberale Berliner Presse war durch Goebbels dem Tode geweiht worden – jener Versuch von Eduard Stadtler, den Ullstein-Konzern vom Buchverlag her umzuschalten, wurde bald aufgegeben. Ullstein ersuchte Erich Welter zusammen mit Friedrich Gubler[30], die beide tragende Figuren der „Frankfurter Zeitung"

---

[26] Eduard Stadtler, geb. 1886, nach 1933 vorübergehend Direktor des Ullstein Buchverlags; zu den Beziehungen der Familie Heuss zu Stadtler s. Elly Heuss-Knapp, Ausblick vom Münsterturm, 10. Aufl., Tübingen 1966, hier das Nachwort von Ernst Ludwig Heuss S. 161.

[27] Fräulein Ruben, eine Schwester von Martha Jäckh.

[28] Elly Heuss-Knapp, Ausblick vom Münsterturm, a. a. O.

[29] 1879–1936, Direktor der Handels- und Gewerbebank, Heilbronn A.G., Heilbronn a. N.

[30] Erich Welter ist heute Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; Friedrich

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geworden waren, die „Vossische Zeitung" zu retten, doch auch dies war, bei aller Qualität dieser Männer, ein vergebliches Bemühen – es spielte in meinem eigenen journalistischen Leben eine gewisse Rolle. Denn man bat mich, den Abgesang, eine Geschichte der „Vossischen Zeitung" zu schreiben, mit den literarischen Erscheinungen des Lessing, des Alexis, des Fontane; drei volle große Zeitungsseiten, aber – anonym[31]! Das spätere Zwangsschicksal kündigte sich abermals an.

Immerhin, als Vertreter der „Hilfe" wurde ich noch zwei-, dreimal zu Konferenzen eingeladen, einmal nach Neuburg an der bayrisch-österreichischen Grenze, dann in Berlin. Man erhielt etwas belehrende Vorträge, arg vorsichtige Propaganda, lernte aber ein paar Leute kennen, die am Rande der Parteiengeschichte schon ihren Namen hatten. In der Erinnerung blieb Edgar Jung, ein eindrucksvoller Kopf, man spürte, daß man mit ihm unbefangen reden konnte; er war Pfälzer, der Widersacher des dortigen Separatisten Heinz Orbis – ein Buch gegen die Weimarer Verfassung und Politik, „Die Herrschaft der Minderwertigen", hatte mehrere Auflagen erreicht. Als ich ihm durch Max Hildebert Böhm vorgestellt wurde, frug ich ihn mit dem Ausdruck der völligen Unbefangenheit: „Sind Sie jetzt zufrieden?" „Wieso?" „Jetzt haben Sie ja die Herrschaft der Minderwertigen." Das mochte riskant sein, aber der Mann hatte ein sauberes Gesicht. Er machte mir Vorhaltungen, daß ich nicht die große Verteidigung des Bürgertums auf mich genommen hätte, aber ich erklärte ihm, daß ich von jedem solche Vorhaltungen entgegennähme, nur nicht von einem Mann seiner Art. Das ergab nun ein Gespräch, das sich nie vergessen konnte, es hat sich ein paarmal wiederholt, das voll von Eifersucht, ja von Schmähbedürfnis gegen Hitler und seinen Kreis war, erstaunlich offenherzig. Er glaubte Papen, dem er seine Bildung für die Reden zur Verfügung stellte.
[...]

Welcher Art die persönlichen Beziehungen von Edgar Jung in München zu dem Hitlerkreis gewesen sind, weiß ich nicht – er war der ghostwriter des Franz von Papen geworden und war unvorsichtig genug, eigenwillige staatsphilosophische Formulierungen in Aufsätzen von Rudolf Pechels „Deutscher Rundschau" zu verwenden, die, weit über Papens Bildungssubstanz hinausgehend, in dessen Reden wiederkehrten. So war der Zusammenhang dem aufmerksamen Leser früh offenkundig, und als im Frühsommer 1934 die interne Machtprobe zum Austrag kam, wurde Jung, wie zahlreiche Leute, ums Leben gebracht. Diese „zweite Revolution" mußte für uns, die wir mit der Partei und ihren Gruppierungen keinerlei Berührung besaßen, völlig überraschend kommen. [...]

Die Nachricht, die uns an dem Schreckenstag noch erreichte, war völlig verwirrend – wir waren bei Freunden am Reichskanzlerplatz zum Abendessen, auf der Heimfahrt im Obergeschoß des Omnibus sprachen die Leute von den Ereignissen, wir erfuhren unter den Namen der Erschossenen den und den Parteinamen, auch

Gubler, 1899–1965, hatte 1930 die Leitung des Feuilletons der „Frankfurter Zeitung" übernommen; er kehrte bald nach der Machtergreifung in seine schweizer Heimat zurück.

[31] Theodor Heuss, Drei Jahrhunderte, Aus der Geschichte der „Vossischen Zeitung", in: Vossische Zeitung, 25., 28. und 31. März 1934.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den des bösartigen fränkischen Gauleiters, wobei wir Streicher mit dem General von Schleicher verwechselten. [. . .] Nicht weit von unserer Wohnung lag die Gardeschützenkaserne und von dort erklangen in geringen Abständen Gewehrschüsse – eine Exekution folgte der anderen. Nach wenigen Tagen, da die Ermordung der Generale von Schleicher und von Bredow in den Zeitungen stand, auch des bayrischen Staatskommissars Gustav von Kahr und von Gregor Strasser neben einigen ganz unpolitischen Namen, mußte man sich ein Bild machen, daß in diese wüste Affäre vorbeugend ein Rachefeldzug gemischt war. [. . .]

Die Redaktion der „Hilfe" war mehr artistische Publizistik als Politik – wir waren keine Träumer, die noch geglaubt hätten, Wirkungen ausüben zu können. In einiger Zeit merkten wir, daß Rudolf Pechel vor allem durch historische Beiträge, seinem Organ, der „Deutschen Rundschau", die Sprechmöglichkeit der „volkskonservativen" Gruppe erhalten wollte. Der Freund und Ministerkollege Brünings Gottfried Treviranus war etwas wie die tragende Kraft; ich war im Sommer 1934 wiederholt mit ihm zusammen, weil er für den 70. Geburtstag des Grafen Cuno von Westarp eine kleine überparteiliche Feier vorbereitete, wobei ich ihn beriet; dann aber ergab sich, daß er selber, vom Tennisplatz, über die deutsche Grenze fliehen mußte, um sich in England, Canada, später der Schweiz eine neue Existenz aufzubauen. Die frühe Freundschaft hat sich später erneut bewährt.

Im Raum des Politischen blieb mein wichtigster Mitarbeiter der frühere preußische Finanzminister Dr. Hermann Höpker-Aschoff, in den musischen Dingen gab ich auch jüdischen Freunden die Chance, ihr Wissen und ihr Urteil gedruckt zu sehen. Das hat manche in der Übergangszeit, bevor ihnen die Auswanderung gelang, getröstet. Ich selber war sehr darauf bedacht, das Blatt von dem Jargon freizuhalten, der damals in der Presse seinen Einzug hielt. Das war technisch nicht ganz leicht, denn ich wollte vermeiden, daß der Begriff „Führer" bei uns Heimatrecht erhalte und vermied ihn; wenn er aber in einem Beitrag auftauchte, was wohl unvermeidlich war, nachdem das Wort im August 1934 – Hindenburg war gestorben – seine staatsrechtliche Weihe erhalten hatte, man mag das für kleinlich erklären – ich habe in den Manuskripten ganze Zeilen unleserlich gemacht und dann einfach „Hitler" geschrieben, um nicht dem Denunziantenbedürfnis irgend eines mir fremden Drucksetzers ausgeliefert zu sein.

Daß ich solchen technischen Kleinkram im Gedächtnis behielt und hier gar erwähne, mag recht überflüssig erscheinen, es passierten damals gewichtigere Dinge. Aber es steckt doch einige Zeitatmosphäre in solchen Verfahren – man war gezwungen, in einer Art von Betrug zu arbeiten. Das steigerte sich mit den Jahren. Im Anbeginn hatte mir einer von den Herren, die aus der Pressestelle des Auswärtigen Amtes in das Propaganda-Ministerium versetzt waren[32], fast heiter mitge-

[32] Gemeint ist Werner Stephan, geb. 1895, 1922 Reichsgeschäftsführer der DDP, 1929 Referent in der Presseabteilung der Reichsregierung, die verwaltungsmäßig zum Auswärtigen Amt gehörte; sie wurde im März 1933 und mit ihr St. in das Reichspropagandaministerium übernommen; s. Werner Stephan, Joseph Goebbels, Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949, S. 9f. St. gehörte 1919–33 zum festen Mitarbeiterkreis der Hilfe. In der NS-Zeit stand er in

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilt, sie freuten sich immer auf die neue Nummer der „Hilfe", um zu sehen, wie ich mich zu der oder der Sache verhalte, aber dann warnten sie mich, und ich wollte selber etwas zur Klärung beitragen, indem ich mich einfach in dem Pressebüro der Gestapo anmeldete. Die Unterhaltung verlief höflich, aber sie blieb, wie sich bald, als eine neue Warnung kam, herausstellte, wirkungslos. Es lag ein ganzer Stoß von Hilfe-Nummern vor. Sie waren von Werningerode eingesandt, wo ein jüdischer Bewohner dabei beobachtet wurde, wie er sie auf einer einsamen Waldbank las. In dem Büro der Albrechtstraße wurden sie dann überprüft und mir an der und der Stelle das „Abweichen von der Linie" vorgehalten. Ich spielte den Harmlos-Naiven und beriet den Beamten, die Regierung müsse eigentlich für solche Stimmen dankbar sein, sie sich sogar bestellen, wegen des Eindrucks auf das Ausland. Aber der Beamte – ich wußte, daß er früher zur Volkspartei gehörte – belehrte mich wohlwollend, solches Verfahren entspreche nicht dem Stil der neuen Regierung. [. . .]

Irgendwann mußte ich mich darauf einrichten, daß ich doch für die Partei nicht nur in meiner Berufsfunktion, die man mir genommen hatte, interessant werden könnte. Bei meinem Freund Hermann Luppe, dem früheren Oberbürgermeister von Nürnberg, der nach Berlin übergesiedelt war, hatte eine Haussuchung schon stattgefunden. Man hatte bei ihm seltsamerweise nur ein paar Bücher mit expressionistischer Kunst weggenommen. Ich selber hatte mich auf eine Haussuchung vorbereitet, indem ich einige Korrespondenzen vernichtete. Darunter waren einige Briefe von Otto Strasser, der mir, ohne daß ich ihm je begegnet war (und bin), Lobeshymnen über mein Hitler-Buch geschrieben hatte. Durch Herbert Blanck hatte ich von dem völligen Bruch dieses Bruders von Gregor Strasser, der für Jahre ins Exil ging, erfahren.

Das zweite Papierbündel waren die Gerichtsakten und Anwaltsdokumente in dem Prozeß, der zwischen Franz Ullstein und Georg Bernhard, dem bisherigen Chef der „Vossischen Zeitung", geführt wurde. Die Reichstagsfraktion war unsicher, ob Bernhard in dem Wahlkampf für Potsdam noch einmal aufgestellt werden sollte, und hatte einen Ehrenrat unter dem Vorsitz des pommerschen Oberpräsidenten Lippmann eingerichtet, dessen einer Teilnehmer, von der Fraktion berufen, der preußische Landtagsabgeordnete Otto Nuschke war, während Bernhard mich benannt hatte, der ich damals keinem Parlament angehörte. Es sollte nun eben ein Journalist sein. Die Aufgabe war wohl das quälendste Unterfangen, dem ich mich je ausliefern ließ, mit gräßlich vielen Vernehmungen und Beurteilung von Korrespondenz. Das Ergebnis war nun ein einstimmiges Votum dieser drei Schiedsrichter gegen Bernhard, und ich wollte das nicht in Nazi-Hände geraten lassen.

Das dritte Faszikel, das verschwand, war die Korrespondenz über die Erneuerung meiner Kandidatur in Württemberg.

---

ständigem Kontakt mit Heuss, konnte auch die Anwendung mancher NS-Schrifttumspolitik-Maßnahme von Heuss abwenden. 1951–53 war St. Geschäftsführer der „Dankspende des Deutschen Volkes", 1955–59 Bundesgeschäftsführer der FDP, danach Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die zweite Gelegenheit, da sich die Partei um mich persönlich kümmerte, lag aber in der Sphäre der Steuerbekundungen. Ich bekam etwa für acht Tage einen Steuerbeamten ins Haus mit dem Ergebnis, daß Elly für ihre Geschäftsbuchführung ein Lob erhielt, – ich aber einen Verweis. Ich war zwar gar nicht rechtlich für meine freie Schriftstellerei zur Buchführung verpflichtet, hatte aber in einem Büchlein die Einnahmen brav notiert, freilich um der Erinnerung willen mich dabei der Stenographie bedient und die Titel meiner Aufsätze vermerkt. Das Stenographieren aber war nicht zulässig und ich mußte, nachdem meine frühere Steglitzer Steuerstelle in Wegfall gekommen war, mit der Hilfe der alten Bankverbindungen die Jahre noch einmal neu durcharbeiten, wobei sich ergab, daß ich sechshundert Mark Steuern nachzuzahlen hatte. Das war erträglich.

Aber dann kam eine zweite Steuerfahndung. Es war den Leuten der große Unterschied zwischen den Einkommensteuererklärungen und der Vermögenssteuer aufgefallen. Den sollte ich aufklären. Ich schrieb also ganz brav nieder, daß ich während der in die zwanziger Jahre zurückreichenden Periode a) die Erbschaft von Georg Friedrich Knapp angetreten hatte, die so gering war, daß sie der Steuerpflicht gar nicht unterlag (lauter Staats- oder Gemeindeobligationen, die jetzt in die Aufwertung gekommen waren), b) daß Elly fünftausend Franken von einer verstorbenen Schweizer Kusine erhalten hatte, und c) daß ich eine Reihe dieser Jahre Reichstagsdiäten empfangen hatte, die nicht steuerpflichtig waren. Mit diesem Aufschrieb ging ich auf das Steueramt am Gardeschützenweg, legte sie dem Steuerbeamten vor und fragte ihn, ob ich noch bei meiner Heilbronner Bank eine Aufstellung über meinen dort liegenden Vermögensbesitz anfordern solle. Der Beamte, den ich bislang gar nicht kannte, sah sich meinen Aufschrieb an und schlug auf den Tisch: „Für diese Bande da oben ist das schon mehr als genug!" Ob dieser Herr Engel von meinem öffentlichen Wirken irgendeine Vorstellung hatte oder ob er sich nur von seinen Oberen gekränkt fühlte, daß sie seine Geschäftsführung beanstandeten, ahne ich nicht. Aber ich beschloß sofort, dem Mann ein kleines Denkmal zu setzen, wenn ich irgendeinmal über diese meine Nazierfahrungen etwas erzählen würde.

Die Erfahrung hatte mich schon gelehrt, daß die NSDAP verschiedene Kontrollinstanzen eingerichtet hatte, darunter die Parteiamtliche Prüfungskommission, der zeitgeschichtliche Darstellungen zur Genehmigung vorgelegt werden mußten. Ohne daß mit mir Fühlung genommen war, erfuhr ich eines Tages durch den Berliner Vertreter der Deutschen Verlags-Anstalt, Dr. Kurt Pagel[33], daß das fertige Manuskript des Naumann-Buches vor geraumer Zeit zur Überprüfung an diese Kammer übergeben worden war. Das zwang mich, mit diesem „Amt" Fühlung zu nehmen. Zufällig traf ich beim damaligen Vorsitzenden des Berliner Schwabenvereins einen schwäbischen Literaten, dem es ähnlich gegangen war. Er hatte eine Biographie von Kemal Pascha geschrieben[34], die auch ohne sein Wissen an diese

[33] Dr. Karl Pagel, geb. 1898, Verleger und Schriftsteller.

[34] Gemeint ist Fritz Rössler mit seinem Buch: Kemal Pascha (in der Reihe: Männer und Mächte), Berlin 1934.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stelle geleitet worden war, und er machte mir einen sehr trivialen, aber nicht unnützen Vorschlag, Tag um Tag, morgens und abends dort anzurufen, um mich nach dem Ergebnis der Kontrolle zu erkundigen. Der Mann auf der Gegenseite begriff durchaus meine Situation, auch eben dies, daß meine Arbeit gar nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun habe und teilte mir mit, daß bei ihnen auch Oldenburg-Januschaus Lebenserinnerungen vorgelegt werden mußten, der mit dem gleichen Einwand sich lange erfolglos wehrte.

Daß ich diesem Mann nach unserer täglichen Zwiesprache nicht das „Du" anbot, ist mir in der Erinnerung erstaunlich geblieben. Immerhin wurde ich zu einer Besprechung eingeladen, und zwar jetzt nicht zu meinem Telephon-Partner, sondern zum Leiter der Amtsstelle[35], einem jungen Historiker. Ich war gespannt, was einmal das Schicksal der langen Arbeit sein würde. Es lagen drei Gutachten vor, von wem diese stammten, konnte ich nie erfahren, aber das Buch wurde zum Druck freigegeben, unter einigen Bedingungen, etwa dieser, daß aus einer Kapitelüberschrift die Wortfolge „Der Weg zum nationalen Sozialismus" entfernt würde. Hier nachzugeben, konnte mir nicht zu schwer fallen. [...]

Nachwort

Das Manuskript seiner „Erinnerungen 1905–1933" (Tübingen 1963), des zweiten autobiographischen Werks von Theodor Heuss nach den „Vorspielen des Lebens" (Tübingen 1953), wurde im Januar 1963 abgeschlossen. Im April, also unmittelbar, nachdem die letzten Korrekturen des Erinnerungsbandes gelesen worden waren, begann Heuss mit der Niederschrift einer Fortsetzung seiner Erinnerungen. Ein erstes Kapitel erhielt die Überschrift: „Die Machtergreifung", ein zweites: „Das Ermächtigungsgesetz". Jedoch dieses zweite Kapitel sollte nicht mehr abgeschlossen werden. Während der Niederschrift, besonders im Mai und Anfang Juni, als Heuss sich im Schwarzwald auf der Bühler Höhe aufhielt, begann sich sein Gesundheitszustand zunehmend zu verschlechtern. Anfang Juni mußte er das Katharinen-Hospital in Stuttgart aufsuchen, und Heuss, der sonst alle seine wichtigen Schriften in der ersten Fassung mit der Hand niedergeschrieben hatte, mußte hier versuchen, noch einige Seiten der Erinnerungen zu diktieren. Ende Juni stellte er auch das Diktat ein. Zum Schreiben sollte ihm die Krankheit, die sich im Juli weiter verschlimmerte, keine Zeit und Ruhe mehr lassen. Zwar konnte Heuss nach dem Aufenthalt im Krankenhaus für kurze Zeit wieder in sein Stuttgarter Haus zurückkehren, mußte es aber bald wieder mit dem Krankenhaus vertauschen, wo er sich im August einer Amputation unterziehen mußte. Im Oktober wurde er aus dem Krankenhaus entlassen, aber seine Gesundheit war unwiederbringlich angegriffen; er starb am 12. 12. 1963. Im Rohmanuskript steht das zweite Kapitel dieses Erinnerungstorsos ganz unter dem Einfluß der fortschreitenden Krankheit. Als ob Heuss geahnt hätte, daß ihm zum Schreiben nicht viel Zeit blieb, begann er mehrfach unvermittelt in das Kapitel eine Reihe von Erlebnissen und Beobachtungen einzuflechten, die sich auf die gesamte NS-Zeit, also auch auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges, bezogen. Dadurch ging der

[35] Der Leiter der „Amtsstelle" war „Reichsleiter" Philipp Bouler, sein Stellvertreter „Hauptamtsleiter" Karl-Heins Hederich; vgl. Karl-Heins Hederich, Die parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums, ihre Aufgabe und Stellung in Partei und Staat, Breslau 1937, (Sonderdruck aus Walther Gehl, Der nationalsozialistische Staat, Heft 3).

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darstellung zum Teil der innere Zusammenhang verloren, auch ließ die Kraft zur sonst so eigenwilligen und für Heuss typischen Formulierung nach.
Auch begann das Gedächtnis zu versagen, was zu Namenverwechslungen und Ungenauigkeiten im Detail führte. Das Manuskript wurde Heuss kurz vor seinem Tode noch einmal vorgelesen. Er sagte, in dieser Form könne es nicht veröffentlicht werden. Deshalb wurden hier nur die Teile über die Machtergreifung (ungekürzt), die Erinnerungen an das „Ermächtigungsgesetz" sowie all die Schilderungen abgedruckt, die sich auf die publizistische Tätigkeit von Heuss in den ersten Jahren der NS-Zeit beziehen. Die Kürzungen sind im Text durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Das Gesamtmanuskript, Umfang in maschinenschriftlicher Abschrift 45 Seiten DIN A 4, wird später für biographische Arbeiten zur Verfügung stehen, zur Kommentierung der Aufzeichnungen von Heuss 1945–1947 (Veröffentlichung des Theodor-Heuss-Archivs, Tübingen 1966) wurde es bereits verwendet. *Eberhard Pikart*

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETER PETZINA

HAUPTPROBLEME DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK 1932/33

Die Zeit wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung und politischer Konsolidierung seit 1924 endete in Deutschland im Jahre 1929. Das Jahrfünft relativer Stabilität wurde durch eine Wirtschaftskrise bisher nicht gekannten Ausmaßes abgelöst, in deren Verlauf in allen Industrieländern Volkseinkommen und Produktion schrumpften und Millionen dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben wurden. Das deutsche Volkseinkommen lag 1932 um 41% unter dem Stand des Jahres 1928, entsprechend waren die industrielle Erzeugung, private Einkommen und die Lebenshaltung des einzelnen abgesunken[1]. Politische Entscheidungen wurden mehr und mehr von der wirtschaftlichen Krisensituation beeinflußt. Wirtschaftspolitik wurde in jenen Jahren zu einer immer zentraleren Aufgabe der Regierungen.

Im folgenden sollen am Beispiel der Arbeitsbeschaffungspolitik und der Agrarpolitik – den Schwerpunkten der Wirtschaftspolitik während der Krise – die Reaktionen der deutschen Regierungen auf die wirtschaftlichen Probleme zwischen Frühsommer 1932 und Spätsommer 1933 dargestellt werden. Die hier behandelte Periode beginnt mit der Kanzlerschaft Papens im Juni 1932 und endet nach dem Rücktritt Hugenbergs von der Leitung des Wirtschafts- und Agrarministeriums im Reich und in Preußen im Sommer 1933. Der zeitlichen Abgrenzung entspricht der Übergangscharakter jenes Jahres, in das wirtschaftlich der Höhepunkt, aber auch die Wende der Krise fällt, politisch die demokratische Substanz der Weimarer Republik unter Papen und Schleicher endgültig schwindet und die Diktatur des Nationalsozialismus sich zu festigen beginnt. In der wissenschaftlichen Literatur wurden bislang vor allem die spezifisch politischen Aspekte jenes für die weitere historische Entwicklung so bedeutsamen Jahres behandelt. Die Wirtschaftspolitik zwischen dem Sturz Brünings und dem erzwungenen Rücktritt Hugenbergs blieb trotz ihrer Relevanz für die allgemein-politische Entwicklung am Rande des Interesses[2].

Zwei Fragen sollen besonders berücksichtigt werden: Was wurde an wichtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Lösung der Probleme eingeleitet und durchgeführt? Welche Konzeption stand hinter dieser Wirtschaftspolitik? Bei der Darstellung der wirtschaftspolitischen Fakten wird somit auch auf die Frage nach der Kontinuität der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1932 und 1933 eingegangen, insbesondere darauf, ob seit dem 30. Januar 1933 eine originär nationalsozialistische Wirtschaftskonzeption verwirklicht wurde oder ob Hitler nur an seine Vorgänger anknüpfte und bloßer Vollstrecker einer von Papen und Schleicher eingeleiteten Politik auf wirtschaftlichem Gebiet wurde. In diesem Zusammenhang soll auch

[1] Hierzu Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 600.

[2] Es gibt zwar eine Reihe von Darstellungen zu den Problemen der Weltwirtschaftskrise. Der Schwerpunkt wird jedoch meist auf die Behandlung des Krisenverlaufs gelegt, während die betriebene Wirtschaftspolitik, insbesondere auch deren Zusammenhang mit der allgemeinen Politik, nur kursorisch behandelt wird. Als Beispiel dafür Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gefragt werden, welchen Einfluß die deutschnationalen Partner Hitlers auf die Gestaltung dieser Politik gehabt haben und schließlich soll eine Teilantwort darauf gesucht werden, ob es berechtigt ist, die Periode der Arbeitsbeschaffung des Jahres 1933 von der Zeit der Wiederaufrüstung abzugrenzen. Damit wird sich gleichzeitig von der Wirtschaftspolitik her ein Beitrag zur Periodisierung der nationalsozialistischen Politik in der Anfangszeit des Regimes ergeben.

I

Das Problem einer aktiven Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestand spätestens seit der Jahreswende 1929/30, als die Zahl der Erwerbslosen die Drei-Millionen-Grenze überschritt. Schon im Jahresdurchschnitt 1929 hatte die Zahl der Arbeitslosen 2 Millionen betragen und selbst während der Jahre des Aufstiegs – 1924–1928 – war sie niemals unter die Millionengrenze gesunken: Die jährlichen Durchschnitte lagen zwischen 1½ und 2 Millionen. Dieser nach unserem heutigen Verständnis krisenhaft hohe Prozentsatz an Arbeitslosen von etwa 10% deutete schon in den Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs auf die strukturelle Schwäche und Labilität der deutschen Wirtschaft hin. Er wurde allerdings zunächst noch nicht als Alarmsignal für das Eingreifen des Staates betrachtet, da man glaubte, daß nach den Jahren des Krieges und der Inflation nunmehr der Weg in eine bessere wirtschaftliche Zukunft frei sei und die Arbeitslosigkeit eines Tages verschwunden sein würde. Dieser Optimismus wurde zerstört, als 1929 die weltweite Krise begann, die Deutschland und die Vereinigten Staaten am härtesten traf.

Brüning übernahm im Frühjahr 1930 neben vielen anderen ungelösten politischen Problemen von seinen Vorgängern als wichtigste Aufgabe die Lösung der wirtschaftlichen Krise. Eine vom Ausland unabhängige Politik der Arbeitsbeschaffung bei ständig sich verschärfender Weltwirtschaftskrise hätte vielleicht nur begrenzte Erfolge gehabt. Der Versuch wurde jedoch nicht unternommen. Die tatsächlich betriebene Fiskal- und Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning hat den volkswirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß in Deutschland sogar noch gefördert. Brüning befand sich mit dieser Politik in voller Übereinstimmung mit der Mehrzahl der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaftler, die allein durch eine Politik sparsamer Haushaltsführung und durch Senkung von Löhnen und Preisen die Krise zu überwinden hofften. Im Laufe seiner zweijährigen Regierungszeit wuchs bei Brüning die Einsicht in die Notwendigkeit aktiven staatlichen Eingreifens, doch sah er aus außenpolitischen Rücksichten zunächst wenig Möglichkeiten, eine neue wirtschaftspolitische Konzeption durchzusetzen[3]. Der alliierte Druck zur Reparationszahlung machte eine aktive Handelsbilanz nötig, die nur über eine Politik sparsamer Fiskalpolitik und der Niedrighaltung von Preisen und Löhnen verwirklicht werden konnte. Indem Brüning den ehemaligen Feindmächten das Unmögliche der Reparationsverpflichtung angesichts der schweren Krise durch den Versuch

[3] Der Zusammenhang von Außenpolitik und Wirtschaftspolitik unter Brüning wird ausführlich bei Wolfgang Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning, Berlin 1962, erörtert.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Erfüllung demonstrierte, machte er seinen Nachfolgern den Weg für eine aktivere, autonome Wirtschaftspolitik frei.

Obwohl es an Ansätzen und Vorschlägen für Formen der Arbeitsbeschaffungspolitik unter Brüning nicht gefehlt hat[4], kam es doch erst unter Papen zu einer allmählichen Umorientierung der amtlichen Wirtschaftspolitik. Diese schrittweise Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses dürfte zunächst von Papen nicht vorgesehen worden sein. Unmittelbar nach Bildung seines Kabinetts hielt er am 2. Juni 1932 Rücksprache mit Reichsbankpräsident Luther, wobei ausdrücklich festgelegt wurde, „daß keinerlei Währungsexperimente und überhaupt auf dem Währungs- und Kreditgebiete keine Maßnahmen in Frage kommen, aus welchen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnte"[5]. In der am 4. Juni veröffentlichten Antrittserklärung der Reichsregierung wurde den früheren Regierungen der Vorwurf gemacht, sie hätten „den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht ... ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann"[6]. Diese Verlautbarungen deuten darauf hin, daß Papen sich „wesensfremden" Aufgaben entziehen wollte. Das hieß aber, er beabsichtigte wohl nicht, den Staat zum Träger einer Politik aktiver Arbeitsbeschaffung zu machen.

Die Verschärfung der innenpolitischen Lage zwang Papen jedoch schon bald zum Handeln. Die krisenhafte Entwicklung der Staatsfinanzen und der Sozialversicherung führte am 14. Juni zum Erlaß einer weitreichenden, schon von Brüning vorbereiteten Notverordnung, die durch Reduzierung der staatlichen Beihilfen und Unterstützungssätze sowie einer Reihe weiterer Maßnahmen konsequent den Deflationskurs Brünings fortzusetzen schien[7]. Gleichzeitig wurde hierbei aber auch ein Programm zur Behebung der Arbeitslosigkeit formuliert, das öffentliche Arbeiten auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft und der Bodenmelioration vorsah. Der tatsächliche Umfang des vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Programms war mit 135 Mill. RM sehr bescheiden[8]. Die in dieser Höhe bewilligten Mittel konnten angesichts des Millionenheeres an Arbeitslosen keine entscheidende Besserung herbeiführen. Ihre Bedeutung ist jedoch darin zu sehen, daß die Reichsregierung ihren Willen zu einer Neugestaltung des künftigen wirtschaftspolitischen Kurses demonstrierte.

[4] Eine ausführliche Diskussion bei Gerhard Kroll, a. a. O., S. 361ff. Die nichtamtliche Diskussion hierzu bringt stärker Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954.

[5] Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 94. Luther schreibt sich nachträglich in seinen Memoiren das Verdienst zu, mit der von ihm entscheidend beeinflußten Verlautbarung die Regierung Papen „gegenüber den starken inflationistischen Versuchungen, denen sie ausgesetzt war" auf einen antiinflationistischen Kurs festgelegt zu haben. Siehe Hans Luther, Vor dem Abgrund, Frankfurt a. M. 1964, S. 265.

[6] Schultheß' 1932, S. 98.

[7] Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, vom 14. Juni 1932, RGBl I (1932), S. 273–284.

[8] Hierzu Ausführungen des Reichsarbeitsministers Schäffer in der Sitzung des Reichskabinetts vom 21. 7. 1932, Archiv Inst. f. Zeitgeschichte (IfZ) MA 151/16. (Die Originale der Kabinettsprotokolle befinden sich im Bundesarchiv Koblenz, Bestand Reichskanzlei.)

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Anzeichen hierfür mehrten sich im Laufe des Juni 1932, als im Kabinett die Einsetzung eines Kommissars für Arbeitsbeschaffung erwogen wurde und damit jener Gedanke auftauchte, der dann unter der Regierung Schleicher verwirklicht werden sollte. Von Mitte Juni bis in die erste Julihälfte hinein ist danach keine weitere wirtschaftspolitische Aktivität der Reichsregierung im Inneren zu beobachten. Die Lausanner Konferenz, die den Schlußstrich unter das Reparationsproblem zog, beanspruchte die ganze Aufmerksamkeit des Kabinetts. Mit dem für Deutschland erfolgreichen Ausgang der Konferenz entfiel das bisherige Junktim von restriktiver Kreditpolitik im Inland und der Rücksichtnahme auf die Reparationsgläubiger im Ausland, so daß endgültig die Voraussetzung für eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik geschaffen war. So konnte Papen die Früchte der Brüningschen Erfüllungspolitik ernten. Das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz bewog auch die Leitung der Reichsbank, ihre Zurückhaltung in der Kreditpolitik allmählich zu lockern.

Diese Revision der Wirtschaftspolitik nach Lausanne zeichnete sich deutlicher ab, als anläßlich der Preußen-Aktion, die zur zwangsweisen Ausschaltung der legalen preußischen Regierung führte, im Kabinett erneut der Vorschlag eines Arbeitsbeschaffungsprogramms besprochen wurde, um der politischen Beunruhigung der Öffentlichkeit entgegenzuwirken[9]. Die näherrückenden Reichstagswahlen vom 31. Juli zwangen die Regierung zudem, ein wirtschaftspolitisches Programm zu formulieren, das in größerem Umfang als bisher Maßnahmen für die Überwindung der Wirtschaftskrise enthielt. Zwischen dem 21. und 28. 7. kam es deshalb innerhalb des Kabinetts zu mehreren großen Debatten über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Die konservative Einstellung von Reichskanzler und Finanzminister verhinderten jedoch damals weitergehende Entschlüsse[10]. Ein vom Arbeitsminister vertretenes Beschaffungsprogramm in Höhe von 318 Mill. RM (über die bereits von der Reichsbank zugesagten 135 Mill. hinaus) wurde vom Finanzminister mit der Begründung abgelehnt, daß angesichts der sich verschlechternden Haushaltslage das Reich höchstens 200 Mill. zur Verfügung stellen könne. Diese Meinung wurde auch von Luther, dem jedem wirtschaftlichen Experiment abholden Reichsbankpräsidenten, geteilt. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen anläßlich der Wahlen beschränkte sich demgemäß darauf, einen Katalog allgemeiner Probleme aufzustellen – Bankenkrise, Agrarverschuldung, Arbeitslosigkeit –, ohne daß konkrete Konsequenzen aus den von Tag zu Tag sich häufenden wirtschaftlichen Hiobsbotschaften gezogen wurden.

Erst einen Monat später – nach Wochen, welche die Regierung durch die vom hohen Wahlsieg der Nationalsozialisten verursachte innenpolitische Krisenlage beanspruchten – stellt das Kabinett einen großen Wirtschaftsplan zur Diskussion[11], der in modifizierter Form kurze Zeit später als sogenannter Papen-Plan veröffent-

[9] Dieser Vorschlag wurde schon in der Kabinettssitzung vom 11. Juli 1932 gemacht. Siehe Sitzungsprotokoll, Archiv IfZ, MA 151/16.

[10] Kabinettssitzungen vom 21. u. 28. Juli, Archiv IfZ, MA 151/16.

[11] Kabinettssitzungen vom 26. und 27. August 1932, Archiv IfZ, MA 151/16.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

licht wurde. Im August war es zwischen der Reichsbank und den einzelnen Ressorts (vor allem den Ministerien für Wirtschaft, für Finanzen und für Arbeit) zu Verhandlungen über dieses Wirtschaftsprogramm gekommen. Es hatte bisher eine eigene Alternative zu den verschiedenen in der Öffentlichkeit diskutierten Arbeitsbeschaffungsplänen gefehlt. Papen mußte einen Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse leisten, wollte er nicht den – oberflächlichen – Vorwurf gelten lassen, er lasse die gleiche wirtschaftspolitische Inaktivität wie sein Vorgänger Brüning erkennen. An Vorstellungen, Anregungen und Plänen fehlte es im Sommer 1932 nicht, von denen sich die Regierung inspirieren lassen konnte[12].

Am 28. August verkündete Papen auf einer Versammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster das neue Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung[13], das in Verordnungen am 4. und 5. September seinen Niederschlag fand[14]. Wichtigster Punkt des Papen-Planes war die Ausweitung der volkswirtschaftlich wirksamen Nachfrage mit Hilfe sogenannter Steuergutscheine. Für alle zwischen dem 1. Oktober 1933 fälligen und von den Steuerpflichtigen tatsächlich gezahlten Umsatz-, Real- und Beförderungssteuern sollten vom Reich an die Steuerzahler Gutscheine ausgegeben werden, mit denen künftig Steuern, die zwischen 1934 und 1938 fällig werden würden, beglichen werden konnten. Das bedeutete Erlaß künftiger Steuern und machte in der Zwischenzeit möglich, Kredite in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Mark zu vergeben. Dieses Kreditvolumen wurde noch um weitere 700 Millionen aufgestockt, indem für zusätzliche Beschäftigung von Arbeitnehmern den Unternehmern ebenfalls Steuergutscheine gegeben werden sollten. Mit Hilfe dieses Programms hoffte man, 1 bis 2 Millionen Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Die Konzeption der Steuergutscheine[15] (wie sie Ende August von Reichsbankpräsident Luther gegen den an diesem Punkt noch zögernden Papen im Kabinett durchgesetzt wurde) entsprach insofern traditionellem Wirtschaftsdenken, als staatliche Hilfe auf die indirekte Unterstützung der privaten Unternehmer beschränkt wurde, also Hilfe zur Selbsthilfe der Wirtschaft sein sollte. Dieser in weiten Kreisen noch dominierende und auch die amtliche Argumentation beherrschende Wirtschaftsliberalismus hatte sich teilweise selbst widerlegt, indem der Staat nunmehr mit einem Milliardenprogramm in die Wirtschaft eingreifen wollte, um jene Selbstheilungskräfte der Wirtschaft zu aktivieren[16]. Die Größenordnung der Steuergutscheinaktion sprengte alles bisher von seiten des

[12] Nähere Ausführungen hierzu bei Kroll, a. a. O., S. 408; Grotkopp, a. a. O., S. 87ff.

[13] Rede Papens zitiert in Schultheß' 1932, S. 144ff.

[14] Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932, RGBl I (1932), S. 425–432; Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932, RGBl I (1932), S. 433–435.

[15] Nach Luther, a. a. O., S. 291, stammte die Idee der Steuergutscheine vom Vizepräsidenten der Reichsbank, Dreyse.

[16] Typisch für die wirtschaftsliberale Grundlage, die das politisch autoritäre Papen-Regime beherrschte, war das Argument des Finanzministers, der Staat könne erst dann eingreifen, wenn sich die Wirtschaft bereits selbständig erholt und den Tiefpunkt überwunden habe. Hierzu Kabinettssitzungen vom 21. u. 28. 7. 1932, Archiv IfZ, MA 157/16.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staates Geplante, so daß trotz des traditionellen Denkansatzes mit den September-Verordnungen ein neuer Abschnitt staatlicher Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde. Dieser Bruch wurde von den Akteuren im August 1932 nicht bewußt oder nur mit schlechtem Gewissen vollzogen, wies man doch innerhalb des Kabinetts wie gegenüber der Öffentlichkeit immer wieder darauf hin, daß sich diese Maßnahmen im Rahmen des Herkömmlichen bewegen würden.

Obwohl unmittelbare Eingriffe des Staates vermieden werden sollten, enthielt der Papen-Plan bereits ein Programm für öffentliche Arbeiten, das über direkte Staatsaufträge die Arbeitslosigkeit mindern sollte. Insgesamt überwog jedoch die indirekte Förderung der Wirtschaft, da man dabei in der Illusion verharren konnte, daß hiermit nur eine Belastung zukünftiger Etats zugunsten der Gegenwart erfolge und somit die Aktion sich noch im Rahmen einer „ordnungsgemäßen" Finanzpolitik bewege. Bei direkten Staatshilfen, die bei gegebener Haushaltslage nur über Kredite der Reichsbank finanziert werden konnten, waren derart beruhigende Argumente nicht mehr möglich. Trotz verschiedener Modalitäten liefen beide Methoden auf zusätzliche Kreditschöpfung hinaus und das Risiko einer inflationären Entwicklung war bei dem einen Weg ebenso groß oder gering wie beim anderen. Diese grundsätzliche Gleichheit der ökonomischen Folgen wurde von der Regierung wie den beteiligten Wirtschaftskreisen nicht klar gesehen, so daß Pläne für direkte Arbeitsbeschaffung, wie sie von den Gewerkschaften oder dem Präsidenten des deutschen Landgemeindetages, Dr. Gereke, vertreten wurden, auf heftigen Widerstand der Unternehmerschaft stießen. Dabei war für große Bereiche der Privatwirtschaft der Grund für die Agitation weniger die Furcht vor einer Inflation – dieses Argument wurde vor allem der Bevölkerung gegenüber verwendet – als vielmehr der Wunsch, unmittelbar von den indirekten Staatshilfen in Form der Steuerermäßigungen zu profitieren. Hieran wird deutlich, daß zumindest zum Teil der Papensche „Wirtschaftsliberalismus" nur als eine Folge seiner interessengebundenen Politik zugunsten der Unternehmer einzuschätzen ist.

Dr. Gereke hatte im Sommer 1932 einen großen Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt, in dem den Kommunen eine wichtige Funktion zur Vergabe öffentlicher Aufträge eingeräumt worden war[17]. Dank seiner vielfältigen Beziehungen zu den verschiedensten politischen Richtungen und zur staatlichen Verwaltung wie zu Verbänden war Gereke im Laufe der Krise einer der wichtigsten Figuren im Kampf um wirtschaftspolitische Neuorientierung geworden. Obwohl die Regierung die Gereke-Pläne ablehnte, sah sie sich doch genötigt, mit Gereke

[17] Nach eigenen Angaben war der geistige Vater des sog. Gereke-Planes der frühere 1. Adjutant beim Chef des Kriegsamts und spätere Referent im Reichswehrministerium für Fragen der wirtschaftlichen Mobilmachung, Walter von Etzdorf, zusammen mit Dr. O. Dikkel und Dr. Ludwig Herpel, die einen Arbeitskreis über Fragen der wirtschaftlichen Neuordnung leiteten. Nach geglückter Gründung einer Ausgleichskasse in Rendsburg, deren Funktion in der Ausgabe eines notgeldähnlichen Kreditpapiers auf genossenschaftlicher Grundlage bestand, wandte sich der Arbeitskreis an Gereke, der die Anregung für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm positiv aufnahm. Siehe Walther von Etzdorf, Beiträge zu Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, vom 26. 12. 1963, Zeugenschrifttum IfZ.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in eine Diskussion über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm einzutreten. Die Verhandlungen scheiterten im September und von den Forderungen Gerekes nach großzügiger Erweiterung des volkswirtschaftlichen Kreditvolumens blieb zunächst nur ein kleines Beschaffungsprogramm von 167 Mill. Mark übrig.

Das Wirtschaftsprogramm Papens konnte wegen seiner Ausrichtung auf indirekte Stützungsmaßnahmen keine alsbaldige Wirkung haben. Politisch bedeutete es zudem eine weitere Isolierung der Regierung, da Gewerkschaften und Linksparteien schärfste Frontstellung bezogen. Papen wurde vorgeworfen, er betreibe einen „Ankurbelungsversuch der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer"[18]. Anlaß dafür war vor allem die Verordnung vom 5. 9. 1932, in der festgelegt worden war, daß ein Unternehmer bei Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern die tariflich fixierten Lohnsätze bis zu 50% unterschreiten durfte; eine ähnliche Regelung galt für den Fall, daß der Unternehmer aufgrund der tarifvertraglichen Verpflichtungen die Existenz seines Betriebes gefährdet glaubte. Die Arbeitnehmerschaft sah hierin in erster Linie die „sozialreaktionäre", unternehmerfreundliche Haltung der Regierung und weniger die damit gekoppelten Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Von Anfang an fehlte damit in großen Teilen der Bevölkerung jene Vertrauensgrundlage, die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Papen-Planes gewesen wäre. Es war deshalb nur folgerichtig, daß die Regierung Schleicher am 14. Dezember diese besonders umstrittene Verordnung wieder aufhob, um ihre Politik der Arbeiterschaft gegenüber glaubhafter zu machen. Das konnte sie um so leichter tun, da die Verordnungen vom 4. und 5. 9. ein Fehlschlag waren: Statt der erhofften Verringerung der Arbeitslosigkeit um 1,75 Millionen (dem Maximalwert, falls das Steuergutschein-Volumen für zusätzliche Beschäftigung in Höhe von 700 Mill. voll ausgeschöpft worden wäre) waren beinahe 3 Monate nach Verkündigung des Papen-Planes erst 75000 Arbeiter (aufgrund der Verordnung vom 5. 9.) neu eingestellt worden[19]. Schon im Oktober war die Konzeption als verfehlt erkannt worden; aus Prestigegründen glaubte die Regierung Papen jedoch, diesen Teil des Wirtschaftsplanes aufrechterhalten zu müssen.

Das Programm unmittelbarer Arbeitsbeschaffung in Form öffentlicher Aufträge sah unter Papen insgesamt 302 Mill. RM vor. 135 Mill. waren bereits im Juli beschlossen worden (nachdem schon unter Brüning die Reichsbank ihre Bereitschaft hierfür erklärt hatte), 167 Mill. wurden im Anschluß an die September-Verordnungen bereitgestellt; diese Mittel wurden folgendermaßen verwendet[20]:

(1) 50 Mill. RM für Arbeiten an den Reichswasserstraßen
(2) 102 „ „ „ Straßenbau

[18] So der Delegiertenkongreß der christlichen Gewerkschaften am 18./19. 9. 1932 in Düsseldorf, Schultheß' 1932, S. 165.

[19] Angaben von Arbeitsminister Schäffer auf der Sitzung des Reichskabinetts am 17. 11. 1932, Archiv IfZ, MA 151/17.

[20] Zu Einzelheiten siehe vertrauliche Denkschrift des Reichsministers der Finanzen aus dem Jahre 1937, „Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung 1932 bis 1935". Bundesarchiv Bestand R 2/13716 (Reichsfinanzministerium). (Künftig zitiert als „Denkschrift RFM".)

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(3) 51 Mill. RM für landwirtschaftliche Bodenverbesserung
(4) 52 „ „ „ Tiefbauarbeiten verschiedener Art
(5) 20 „ „ „ vorstädtische Kleinsiedlung
(6) 10 „ „ „ landwirtschaftliche Siedlungen
(7) 12 „ „ „ Abwracken von überaltertem Schiffsraum
(8) 5 „ „ „ Bau von Schiffsdampfern und Heringsloggern

Die Streckung des Programms über einen Zeitraum von mehreren Jahren sowie das relativ geringe Ausmaß des Arbeitsbeschaffungsprogramms verhinderten – ähnlich wie bei der Steuergutscheinaktion – ein baldiges Ergebnis, das zu einer Stabilisierung der innenpolitischen Situation hätte führen können. Den Nutzen aus dem Programm zog erst die Regierung Hitler, der es dann in den Jahren 1933/34 zusammen mit eigenen Maßnahmen politischen Prestigegewinn brachte.

Angesichts ihrer Mißerfolge versuchte die Regierung Papen noch in den letzten Wochen ihrer Amtszeit, die Wirtschaftspolitik zu ändern. Der Fehlschlag bei den Einstellungsprämien wie die ständig anwachsende Front der innenpolitischen Gegner, die sich in der Wirtschaftsprogrammatik immer stärker um Gereke, damit um den Gedanken größerer direkter Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge sammelte, bewog das Kabinett Papen, erneute Alternativen zum bisher verfolgten Kurs zu diskutieren. Papen mußte damit rechnen, daß sich auf der Linie des Gereke-Planes sowohl die Nationalsozialisten um Straßer wie Teile der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie treffen würden[21]; er selbst hatte nur noch die Großindustrie hinter sich und selbst hier mehrten sich Stimmen, die für Staatsaufträge erweiterten Umfangs plädierten. Anfang November wurde im Kabinett vom Finanzminister ein größeres Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt, das zum Teil die Ideen Gerekes aufgenommen hatte: Mit zunächst 600 Mill. RM (der Höhe des späteren Gerekeschen Sofortprogramms) sollte von den Kommunen als Auftraggebern Beschäftigung für 400000 Menschen geschaffen werden. Während Gereke die volle Vorfinanzierung durch das Reich forderte, da er passive Resistenz der Reichsbank befürchtete, befürwortete Schwerin v. Krosigk zur Schonung des Etats eine gleichmäßige Aufteilung des Betrages auf Gemeinden, Reich (Wechselziehung bei der Reichsbank) und Steuergutscheine. Das Kabinett war letztlich also nicht bereit, konsequent den Weg der Arbeitsbeschaffung zu beschreiten. Das Programm wurde vielmehr wegen der Unklarheiten der Finanzierung vertagt, da bei der katastrophalen Finanzlage der Gemeinden an einen Beitrag der Kommunen nicht gedacht werden konnte.

Diese Widersprüchlichkeit – einerseits die Einsicht, daß größere direkte Arbeits-

[21] Walther von Etzdorf (siehe Anm. 17) stellte die Verbindung des Gereke-Kreises mit dem Reichsbanner, dem Stahlhelm, den freien Gewerkschaften und Teilen der NSDAP um Gregor Straßer her. Verbindungsmann zur NSDAP wurde der Mitarbeiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP und frühere Generalstabsoffizier Cordemann. Ziel der sogenannten „Querfront" war einmal die verstärkte Propagierung des Gereke-Planes, zum anderen die Vorbereitung eines Schleicher-Straßer-Kabinetts. Siehe die Stellungnahmen von Etzdorfs und Cordemanns zu Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Zeugenschrifttum IfZ.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beschaffung unvermeidlich war[22], andererseits die Furcht vor den Konsequenzen dieses Schrittes – blieb typisch für das Kabinett Papen kurz vor seiner Demission. Man wollte Teile des Gereke-Planes ohne Gereke ebenso wie Arbeitsbeschaffung ohne Verschuldung des Reiches und konnte sich nicht einmal innerhalb des Kabinetts auf eine gemeinsame Linie einigen. Agierte von Krosigk vor allem gegen die Person und die Kreditpläne Gerekes, so sprach sich der Reichskommissar für Preußen und spätere Innenminister Bracht sogar gegen jede Ausweitung der Arbeitsbeschaffung aus. Zwischen den Fronten hin- und hergerissen, sah sich Papen auch noch unter dem Druck Hindenburgs, der mit seinem Rücktritt vom Posten des Reichspräsidenten gedroht hatte, falls die Regierung nicht endlich erfolgreich in der Schaffung von „Arbeit und Brot" sei; das hieß, „wenn es nicht gelänge, neue Ideen (bei der Arbeitsbeschaffung) zu verwirklichen"[23]. Wie man den Schritt Hindenburgs auch interpretieren mag, so stellt er doch ein wichtiges Indiz für ein Umdenken der amtlichen Wirtschaftspolitik im Sinne stärkerer Hinwendung zu direkten Staatshilfen dar. In der kurzen Frist, die dem Kabinett Papen nach den Reichstagswahlen im November 1932 noch verblieb, sollte es aber nicht mehr zu einem neuen Papen-Programm kommen.

Obwohl eine Neuformulierung der Wirtschaftspolitik noch von Papen versucht wurde, bedeutete erst der Übergang von Papen zu Schleicher einen Wandel in der Konzeption. Darüber konnten auch die Ausführungen im Regierungsprogramm Schleichers nicht hinwegtäuschen, wonach das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen „in seinen wesentlichen Teilen" auch dem jetzigen Kabinett als Basis dienen würde. In derselben Erklärung setzte Schleicher neue Akzente, indem er der Politik der Arbeitsbeschaffung absolute Priorität einräumte: „Unser Regierungsprogramm besteht aus einem einzigen Punkt: Arbeit schaffen"[24]. Nachdrücklich sprach er sich für neue Wege der Wirtschaftspolitik aus, auch wenn sie nicht voll den Gesetzen der Wirtschaft – er meinte damit die Doktrin von der Nichtintervention des Staates – entsprechen würde.

Schleichers Wille zu einer aktiveren Politik fand seinen wichtigsten institutionellen Ausdruck in der Bestellung eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, dem als oberster Reichsbehörde die „einheitliche und beschleunigte Durchführung aller Maßnahmen" auf diesem Gebiete obliegen sollte[25]. Zum Reichskommissar

---

[22] Schon am 10. 8. 1932 meinte Schwerin von Krosigk, daß das Schicksal jeder Regierung davon abhinge, ab sie 2 Mill. Arbeitslose wieder in Arbeit bringe. Protokoll der Ministerbesprechung vom 10. 8. 1932, Archiv IfZ MA 151/16.

[23] Hierzu Sitzung des Reichskabinetts vom 18. 11. 1932, Archiv IfZ, MA 151/17. Möglicherweise geht diese Stellungnahme Hindenburgs auf eine Intervention Gerekes zurück, der noch aus der Zeit des Präsidentenwahlkampfes gute Verbindungen zu Hindenburg besaß (Hinweis von Etzdorfs an den Verfasser vom September 1966). Hindenburg wollte damit kaum Papen bloßstellen, sondern ihm möglicherweise den Rücken für die Umorientierung der Wirtschaftspolitik gegenüber seinen sehr konservativen Kabinettskollegen stärken.

[24] Rede Schleichers im Rundfunk am 15. 12. 1932, zitiert nach: Schultheß' 1932, S. 223ff.

[25] Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung, vom 15. Dezember 1932. RGBl I (1932), S. 543f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde schon am 3. Dezember Dr. Gereke ernannt. Aufgrund seiner Pläne bedeutete das einen Ruck nach links; der neue Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung konnte sogar mit der Duldung der Gewerkschaften rechnen[26]. Die bisherige Unterstützung des Regierungsprogramms durch die Industrie ging damit jedoch verloren. Der Reichsverband der Industrie hatte sich schon im August, bei Vorlage des Gereke-Planes, gegen ein derartiges Programm gestellt[27]. Nach der Errichtung des Reichskommissariats warnte Krupp als Vorsitzender des industriellen Spitzenverbandes erneut vor einer Wirtschaftspolitik, deren Mittel er als „kredit- und währungspolitische Experimente" abqualifizierte; gleichzeitig versuchte er, die neue Regierung auf das Papensche Programm festzulegen, das mit seiner steuerlichen Entlastung wesentlich den Großunternehmen zugute gekommen war. Die gesellschaftliche Grundlage des neuen Kabinetts war damit bedrohlich unsicher geworden: Die Industrie stand in Opposition, mit der Landwirtschaft kam es bald zu schweren Konflikten und die Gewerkschaften konnten aus politischen Gründen jederzeit die stillschweigende Unterstützung der Schleicherschen Wirtschaftspolitik zurücknehmen.

Hauptaufgabe des neuernannten Reichskommissars war die Erarbeitung, Vorbereitung und Einleitung des sogenannten Sofortprogramms. Als Sofortprogramm wurde jener Teil des Arbeitsbeschaffungsplanes bezeichnet, der über öffentliche Aufträge verwirklicht werden sollte. Bereits am 19. 12. 1932 legte Gereke dem Kabinettsausschuß für Arbeitsbeschaffung, der am selben Tag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat[28], ein Programm in Höhe von 600 Mill. RM vor, dessen Träger Reich, Länder, Gemeinden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sein sollten. Gereke betrachtete das Programm als einen ersten Schritt, dem weitere folgen sollten. Um den notwendigen Kreditspielraum für direkte Arbeitsbeschaffung zu schaffen, plädierte er für die Abschaffung der Einstellungsprämien in der noch unter Papen beschlossenen Höhe von 700 Mill. RM. Damit fand er sich innerhalb des Kabinettsausschusses jedoch isoliert, da man die Bereitschaft der Reichsbank bezweifelte, über den Betrag des Sofortprogramms hinaus Mittel für staatliche Direktmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Verhandlungen mit der Reichsbank, die zwei Tage später stattfanden, bestätigten diesen Pessimismus. Luther fand sich zunächst nur zur Finanzierung eines Programms von höchstens 500 Mill. RM bereit. Entgegen den Wünschen und Plänen Gerekes

[26] Am 28. 11. 1932 hatte Schleicher mit Leipart, dem Vorsitzenden des ADGB, konferiert, der ihm die Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet hatte, so u. a. die Verwendung der Einstellungsprämien für Staatsaufträge und Außerkraftsetzung der VO vom 5. 9. 1932. Diese Forderungen wurden Teil des Schleicherschen Wirtschaftsprogramms. Siehe hierzu Schultheß' 1932, S. 214.

[27] Siehe Cuno Horkenbach (Hg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Jg. 1932, Berlin 1933, S. 289.

[28] Mitglieder waren der Reichskanzler, der Finanzminister (Schwerin v. Krosigk), der Wirtschaftsminister (Warmbold), der Arbeitsminister (Syrup) und der Minister ohne Geschäftsbereich Popitz. Siehe Sitzung des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung vom 19. 12. 1932, Bundesarchiv R 43 II/540.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lehnte er weitere Zusagen ab. In dieser restriktiven Haltung wurde er von Krosigk und Warmbold, den für die Finanzen und die Wirtschaft verantwortlichen Ressortministern, unterstützt. Die weitreichenden Pläne Gerekes waren damit bereits wenige Wochen nach der Errichtung des Reichskommissariats wieder auf Größenordnungen reduziert, mit denen ebensowenig wie mit dem Papenprogramm an eine durchgreifende Bekämpfung der Wirtschaftskrise gedacht werden konnte[29]. Luther hatte sich wieder auf jene konservative Position zurückgezogen, die er unter Papen eingenommen hatte, obwohl er sich Anfang Dezember in einer Rede in München[30] für ein großzügiges Programm ausgesprochen hatte. Aufgrund dieser Haltung Luthers fand die Reichsregierung sich deshalb mit 500 Mill. RM ab. Bis zur Verwirklichung dieses gekürzten Planes sollten weitere Wochen vergehen, so daß vom Schwung der ersten Dezembertage bald nichts mehr zu verspüren war.

Ihren Niederschlag fanden die Diskussionen der Reichsregierung und die Pläne des Reichskommissars in drei Verordnungen vom 6., 26. und 28. Januar 1933[31]. In der Verordnung vom 6. Januar wurden die allgemeinen Grundsätze für die praktische Durchführung der Arbeitsbeschaffung formuliert: den Trägern der Arbeitsbeschaffung sollten von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten bzw. der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt Darlehen mit einer Laufzeit bis zu 25 Jahren zu günstigen Tilgungsbedingungen gewährt werden, soweit die vorgesehenen Arbeitsprojekte die folgenden Bedingungen erfüllten: (1) sie mußten für die Volkswirtschaft wertvoll sein, (2) möglichst im Laufe des Jahres 1933 beendet sein, (3) vor allem schon vorhandene Anlagen vollenden oder instandsetzen und (4) „die durch den Kapitalaufwand entstehenden Zukunftslasten rechtfertigen". Insbesondere die Bedingungen (1) und (4) waren letztlich nichtssagend und unverbindlich, da es kein objektives und brauchbares Kriterium für „volkswirtschaftlich wertvoll" oder „wirtschaftlich gerechtfertigt" gab. Im Grunde war jeder staatliche Auftrag angesichts von sechs Millionen Arbeitslosen sinnvoll, da hierdurch die volkswirtschaftliche Nachfrage ausgeweitet und über Sekundäreffekte zusätzlich Beschäftigungslose in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden[32]. Unmittelbar vor

[29] Sitzung des Arbeitsbeschaffungs-Ausschusses vom 21. 12. 1932, ebenda.

[30] Zur Rede Luthers in München am 3. 12. 1932 siehe Guno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Jg. 1932, Berlin 1933, S. 410. – Die Ausführungen wurden zum Teil von Luther wieder dementiert, als Gereke die Bereitschaft Luthers zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung sondierte. Hierzu Sitzung des Arbeitsbeschaffungsausschusses vom 21. 12. 1932, Bundesarchiv R 243 II/540. – In seinen Memoiren motiviert Luther seine Haltung damit, daß die Regierung Papen trotz der außerordentlichen Kreditzusagen der Reichsbank kaum Aktivität entwickelt habe, so daß eine höhere Summe nicht sinnvoll gewesen wäre. Hierzu Hans Luther, a. a. O., S. 295ff.

[31] Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung, vom 6. Januar 1933, RGBl I (1933), S. 11ff.; Verordnung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung, vom 26. Januar 1933, RGBl I (1933), S. 31f.; Verordnung des Reichspräsidenten über finanzielle Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, vom 28. Januar 1933, RGBl I (1933), S. 31.

[32] Das gilt kurzfristig. 1933 waren genügend freie Kapazitäten vorhanden, so daß das Hauptproblem in deren Nutzung bestand. Auf lange Sicht sind Aufwendungen für „produktive

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Demission der Regierung Schleicher wurde in der Verordnung vom 28. Januar 1933 – der letzten vom Kabinett Schleicher verabschiedeten – das Gesamtvolumen dieses Sofortprogramms amtlich auf 500 Mill. RM festgelegt. Das Reich konnte danach Sicherheiten für die zu vergebenden Kredite bis zu dieser Höhe übernehmen, als deren Grundlage Steuergutscheine dienen sollten. Die Papen-Konzeption der Steuergutscheine fand damit eine neue Verwendung; sie wurde mit der direkten Arbeitsbeschaffung verbunden. Die Durchführung des Programms sollte im wesentlichen dezentral erfolgen, d. h., 80% der Mittel sollten von Ländern und Kommunen verteilt werden, 20% (100 Mill. RM) zentral durch das Reich.

Zugleich wurden schon in dieser Vorbereitungsphase neue Techniken entwickelt, die das Modell für die Finanzierungspraxis in der nationalsozialistischen Zeit abgeben sollten: Mit Hilfe der Vorfinanzierung durch die Reichsbank blieb es dem Reich erspart, die Mittel sofort mit Bewilligung der Projekte aus dem Haushalt bereitzustellen. Unter Zwischenschaltung staatlicher Kreditanstalten (Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit, Rentenbank-Kreditanstalt) wurde das Instrument der bei der Reichsbank diskontfähigen Wechsel geschaffen, die mehrfach verlängert werden konnten. Damit war ein langfristig wirksames, „geräuschlos" funktionierendes Kreditpapier geschaffen, das als Vorbild für die Finanzierungspraktiken unter Schacht dienen konnte. Der spätere Arbeitsbeschaffungswechsel des Jahres 1933 unterschied sich im Prinzip nicht von den noch unter Schleicher geschaffenen öffentlichen Wechseln[33]. Die Regierung Hitler brauchte sich der bereitgestellten Instrumente später nur noch zu bedienen, um das „Wirtschaftswunder" von 1933 zu inaugurieren. Schleicher hatte hierfür keine Zeit, da er drei Tage nach Verabschiedung der letzten Verordnung zur Arbeitsbeschaffung als Reichskanzler zurücktreten mußte. Die vorbereiteten Maßnahmen zur Wirtschaftspolitik konnten ebenso wie der Papen-Plan erst unter Hitler zur Geltung kommen.

Überblickt man den gesamten Zeitraum der Regierungen Papen und Schleicher, so wird man ihre Wirtschaftspolitik, soweit sie Lösungen für das dringendste Problem jener Monate, die Arbeitslosigkeit, suchten, folgendermaßen zusammenfassen können: Papen vertrat auf wirtschaftlichem Gebiet noch die traditionellen Ideen des Wirtschaftsliberalismus, der die Überwindung einer wirtschaftlichen Krise wesentlich nur durch die Privatwirtschaft selbst für möglich hielt und dem Staat eine bloß indirekte Rolle zubilligte. Soweit Papen wirtschaftspolitisch aktiv wurde, versuchte er, staatliche Aktivität auf Hilfe zur Selbsthilfe der Privatwirtschaft zu begrenzen, um den Mechanismus der Marktwirtschaft wieder seine „Selbstheilungskräfte" entfalten zu lassen. Aus dieser Ideenwelt heraus stammte sein Wirtschaftsprogramm, in dem aktive, direkte Krisenbekämpfung durch den Staat nur eine untergeordnete Rolle spielte. Darüber hinausgehende Intervention betrachtete er als „künstlich", als Maßnahme, die letztlich keinen Effekt erzielen könne. Die Wirtschaft könne sich nur aus eigener Kraft wieder erholen – dieser ideologische

Zwecke" wirtschaftlich sinnvoller, da allein sie – etwa im Gegensatz zu Rüstungsausgaben – eine künftige Ausweitung der Konsummöglichkeiten bedeuten.

[33] Hierzu Denkschrift RFM, a. a. O., S. 29ff.; Hinweise auch bei Kroll, a. a. O., S. 419.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lehrsatz aus einer Zeit, in der das Wirtschaftssystem auf Krisen tatsächlich noch beweglicher reagieren konnte, wurde zur Maxime seiner Wirtschaftspolitik. Diese seine Wirtschaftsideen entsprachen dabei ganz der sozialen Interessenlage der industriellen Großunternehmer, die zu diesem Zeitpunkt glaubten, mit Hilfe einer „antietatistischen" Position am besten durch die Jahre der Krise zu kommen. Das hinderte sie jedoch nicht, auf Stützungen indirekter Art bei Papen zu drängen. Papens Wirtschaftsliberalismus – so überzeugt er und viele seiner Minister davon auch sein mochten –, erfüllte damit letztlich die Funktion, die Motivation für seine innenpolitische Zusammenarbeit mit der Großwirtschaft abzugeben. Das zeigt sich daran, daß die Regierung Papen das von ihr verfolgte Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe im Interesse der Unternehmer sehr großzügig interpretierte, indem sie ein Milliardenprogramm für diese indirekte Hilfe bereitstellte.

Die Arbeitsbeschaffungspolitik Schleichers weist demgegenüber einen neuen Ansatz auf. Schleichers Einstellung war sehr viel weniger von einer bestimmten Doktrin geprägt als jene Papens oder Schwerin v. Krosigks und anderer Minister. Mochte es die größere Planungsfreudigkeit des Generals sein – für den das Denken in Planungsschemata selbstverständlicher war als für den ideologisch stärker gebundenen Politiker – oder war es auch nur der Versuch, über ein neues Konzept seine innenpolitische Basis zu verbreitern; tatsächlich bewies Schleicher in seinen offiziellen Äußerungen wie in der Berufung Gerekes, daß er die Absicht hatte, in großem Umfang den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufzunehmen. Es ist jedoch bei diesem Ansatz geblieben, da auf seiten Luthers und der verantwortlichen Ressortminister nicht die Bereitschaft vorhanden war, den Weg Gerekes mitzugehen. Zwar wurde mit dem Sofortprogramm der Schwerpunkt auf die unmittelbare Staatsaktivität verlagert; doch das Programm selbst hatte dem Umfang wie seinem Inhalt nach alle Merkmale einer Kompromißlösung an sich. Ein praktisches Ergebnis war beim Sturz Schleichers noch nicht vorhanden. Dafür war der Prozeß der Willensbildung im Kabinett zu langwierig und die Frist zu kurz. Schleicher wie Papen war deshalb gemeinsam, daß sie – jeder von einem verschiedenen Standpunkt her – Teillösungen konzipierten, aber selbst noch keine Erfolge ernten konnten.

II

Das zweite Hauptproblem staatlicher Wirtschaftspolitik während der Krise war neben der Eindämmung der Arbeitslosigkeit die Agrarpolitik. In den Zwanziger- und beginnenden Dreißigerjahren wirkten sich weltweite agrarische Überproduktion und der damit verbundene Preisverfall der Agrarprodukte für die Landwirtschaft kaum weniger verhängnisvoll aus als die Arbeitslosigkeit für die Industriearbeiter. Der erste Weltkrieg hatte in vielen Ländern zu einer Intensivierung der Landwirtschaft geführt, so daß die europäischen Landwirte in verstärktem Maße mit der überseeischen Konkurrenz zu kämpfen hatten. Im Durchschnitt der Jahre 1930 bis 1933 lagen in Deutschland die Erzeugerpreise für Roggen um 23% unter dem Durchschnitt der Jahre 1925/28, bei Weizen um 10%, bei Gerste um 19%.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ähnliche Preiseinbrüche waren bei den anderen pflanzlichen und tierischen Produkten zu konstatieren, so daß die Erlöse der Landwirtschaft sich laufend verringerten. Die Erzeugerpreise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse unterschritten 1932 den Stand von 1925 um 36%, die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft betrugen im Wirtschaftsjahr 1932/33 nur noch 62% des Jahres 1928/29[34]. Parallel zum Verfall der Preise stiegen die Schulden der Landwirtschaft und die Zahl der jährlichen Zwangsversteigerungen, deren Höhepunkt 1931 mit einer versteigerten Fläche von 176,7 Tausend ha (davon allein 50,7 Tausend in Ostpreußen und 28 Tausend in Pommern) erreicht war[35].

Besonders verhängnisvoll für die Existenz der Weimarer Republik wirkte sich der Umstand aus, daß der „Roggengürtel" im Nordosten Deutschlands von der Agrarkrise am stärksten betroffen war. Angesichts des großen politischen und gesellschaftlichen Einflusses der ostdeutschen Großgrundbesitzer mußte sich die wirtschaftliche Gefährdung der Landwirtschaft in politische Gefährdung des republikanisch-demokratischen Staates umsetzen. Es war eine Ironie der Geschichte, daß demokratische Regierungen vor 1932 gezwungen waren, auch jene Großagrarier, die aus ihrer Gegnerschaft zur Republik kein Hehl machten, durch hohe Zölle und direkte Subventionen in Form von Osthilfeprogrammen zu stützen. Allein die unmittelbaren Hilfsmaßnahmen hatten bis 1932 etwa 1 Mrd. RM beansprucht; zusammen mit der Sanierung der Genossenschaften und sonstigen Krediten hatten die Regierungen seit Beginn der Krise 2 Mrd. RM für die Osthilfe bereitgestellt[36]. Mit diesen Maßnahmen hatte 1930/32 die Regierung Brüning indessen weder den Preisverfall von Deutschland fernhalten, noch die von der Staatshilfe profitierenden Landwirte zu politischer Loyalität bewegen können.

Von der nachfolgenden Regierung Papen, speziell von Landwirtschaftsminister Freiherrn von Braun, der bislang schon als Generaldirektor der deutschen Raiffeisengenossenschaften der Landwirtschaft eng verbunden war, konnte sich die grüne Front noch größere Aktivität in der Lösung ihrer Schwierigkeiten erwarten. Schon bei seinem ersten öffentlichen Auftreten proklamierte der verantwortliche Ressortminister als eines der Ziele staatlicher Agrarpolitik die „Schließung der Preisschere" durch eine Änderung der „alten Methoden der Handelspolitik"[37]. Das aber konnte nur heißen: weiteres Abgehen von den Prinzipien des freien weltwirtschaftlichen Austausches und verstärkte Abschließung des Binnenmarktes gegenüber ausländischer Konkurrenz. Damit war die Richtung aufgezeigt, in welcher der Agrarminister

[34] Zur Entwicklung der Erzeugerpreise siehe W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin-Heidelberg-New York 1965, S. 544ff. Zur Entwicklung der Verkaufserlöse siehe Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 607, und Konjunkturstatistisches Handbuch 1936 (Inst. f. Konjunkturforschung Berlin), S. 176f.

[35] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1932, S. 376.

[36] Hierzu die Angaben Brauns in der Kabinettssitzung vom 2. 11. 1932, Archiv IfZ, MA 151/17.

[37] Rede Brauns vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat am 11. 6. 1932, Schultheß' 1932, S. 106f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– der sein Amt ganz als den Sachwalter agrarischer Interessen begriff – in den folgenden Monaten tätig werden wollte. Eine einseitige Orientierung der Wirtschaftspolitik an den Interessen der Landwirtschaft war jedoch in den Monaten der Kanzlerschaft Papen und Schleicher nicht möglich, wenn man nicht die gewichtige Unterstützung der deutschen Industrie verlieren wollte. Nur durch den Übergang zu einer Politik, deren Ziel die weitestmögliche Autarkie der deutschen Wirtschaft war, hätte man in vollem Umfang die Wünsche der Großagrarier und der Bauernschaft befriedigen können. Das hätte die Herauslösung der deutschen Industriewirtschaft aus dem weltwirtschaftlichen Verband bedeutet. Dieser Weg war im traditionell exportorientierten Deutschland zunächst nicht gangbar, da die Auslandsnachfrage nicht durch eine zusätzliche Inlandsnachfrage nach Produktion der Industrie kompensiert werden konnte. Erst einige Jahre später – vor allem in der Zeit des Vierjahresplanes seit 1936 – wurde die Autarkisierung der deutschen Wirtschaft verstärkt, ohne je lückenlos zu werden. Papen wie Schleicher versuchten daher einen Mittelweg zu beschreiten, der einerseits den Bauern verstärkten Schutz gegen ausländische Konkurrenz bieten, andererseits die Exportinteressen der deutschen Industrie nicht gefährden sollte. Beide Regierungen waren sich prinzipiell darin einig, daß die Lösung für Deutschlands Wirtschaftsprobleme nicht in einer grundsätzlichen Abkehr vom Weltmarkt zu suchen war, wenn Papen und noch stärker Schleicher auch aus innenpolitischen Gründen zu handelspolitischen Konzessionen an die Landwirtschaft bereit waren.

Es erwies sich als sehr schwierig, die Vorstellungen für einen agrarisch-industriellen Interessenausgleich in die Praxis zu übertragen. An die Stelle des sachlichen Ausgleichs trat die offene Auseinandersetzung, die innerhalb des Kabinetts in den ständig divergierenden Auffassungen des Agrar- und und des Wirtschaftsministers zum Ausdruck kam. Wirtschaftsminister Warmbold, vorher Vorstandsmitglied der I.G.-Farben, vertrat dabei nicht weniger nachdrücklich die Wünsche der deutschen Industrie als von Braun jene der Agrarier, so daß die Wirtschaftspolitik, soweit sie beide Sektoren der Wirtschaft betraf, häufig durch Entschlußlosigkeit oder Inkonsequenz gekennzeichnet war. Deutlich wurde dieser Gegensatz der verschiedenen Interessen bei der Außenhandelspolitik. Des weiteren zeigte sich der Konflikt besonders bei zwei speziellen agrarpolitischen Problemen jener Zeit, den Fragen des landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutzes und den Agrarschulden in Höhe von etwa 11–12 Mrd. Mark[38].

In exemplarischer Form indessen wurde die Widersprüchlichkeit der Wirtschaftspolitik Papen/Schleicher auf dem Gebiet der Einfuhr agrarischer Produkte deutlich. Im Juni 1932 war es wegen des Auslaufens des Handelsabkommens mit den Niederlanden notwendig geworden, in neue Verhandlungen über Agrarimporte einzutreten. Die Niederlande waren im Jahre 1932 nach der Sowjetunion zum größten Abnehmer deutscher Waren geworden und besaßen gegenüber dem Reich eine seit Jahren stark passive Handelsbilanz; sie importierten aus Deutschland etwa

[38] Zur Höhe der Schulden siehe Angaben des Landwirtschaftsministers von Braun, Reichskabinettssitzung vom 1. 7. 1932, Archiv IfZ, MA 151/16.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

doppelt so viel als sie dorthin ausführten[39]. Angesichts des weltweiten Ringens um Absatzmärkte besaß Deutschland somit ihnen gegenüber eine besonders schwache Verhandlungsposition. Dennoch stellte sich von Braun gegen jegliche Zugeständnisse, indem er eine einschneidende Begrenzung der Agrarimporte aus Holland, speziell von Butter und anderen Milchprodukten, mit Hilfe der Kontingentierung und prohibitiv wirkender Zollsätzen forderte. Er begründete seine Haltung damit, daß eine Exportsteigerung Utopie wäre und deshalb die Stärkung des Binnenmarktes, vor allem der heimischen Landwirtschaft, wichtiger sei. Hierin wurde er im Kabinett von Meißner im Namen des Reichspräsidenten sowie von Innenminister von Gayl unterstützt, von letzterem mit dem Argument, daß als Kompensation für die infolge der Preissteigerungen betroffenen Arbeiterschaft bestimmte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet sowie einige Verstaatlichungen innerhalb der Industrie vorgenommen werden sollten[40]. Die Agrarfronde im Reichskabinett konnte sich jedoch nur teilweise durchsetzen, da Papen sowie Warmbold und das Außenministerium für Verhandlungen mit Holland waren, um dem angedrohten Boykott deutscher Industriewaren zuvorzukommen. Als Verhandlungsgrundlage sollte dabei ein von den industriellen und landwirtschaftlichen Spitzenverbänden ausgearbeiteter Kompromiß dienen, in welchem allerdings in einem entscheidenden Punkt, der Höhe des Zollsatzes, keine einheitliche Linie vertreten wurde. Vom Spezialfall des Butterzolls ausgehend versuchte die Landwirtschaft und ihr Minister, allgemein das Prinzip der mengenmäßigen Kontingentierung für alle Agrarimporte durchzusetzen, um die Produktions- und Preisbindungen völlig vom Weltmarkt loszulösen[41].

Im Sommer 1932 vertrat Papen trotz wachsendem Druck der Agrarier noch prinzipiell die Interessen der exportorientierten Industrie. Dabei versuchte er jedoch die Alternative: Industrie oder Landwirtschaft zu umgehen, indem er eine Einigung der beiden Wirtschaftsbereiche auf Kosten eines schwächeren Dritten, der Arbeiterschaft, vorschlug. Für Konzessionen der Industrie im Bereich der Handels- und Zollpolitik sollte ihr Entschädigung über Senkung der Löhne (wie sie in den September-Verordnungen zur Arbeitsbeschaffung dann realisiert wurde) gewährt werden[42]. Unter der Drohung Brauns, daß von der Einführung des Kontingentprinzips die Existenz des Kabinetts abhängen würde und die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im November ihren Wahlkampf auf die Frage des Agrarschutzes konzentrieren würden, revidierte Papen im Laufe des September 1932 seine Meinung [43]. Nachdem zwischen Juni und August 1932 nur geringfügige Schutzmaßnahmen beschlossen worden waren, die gegenüber der Brüningschen Agrarpolitik kaum Änderungen gebracht hatten, begann sich seit Mitte September

[39] Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, S. 451ff.

[40] Sitzung des Reichskabinetts am 1. 7. 1932, Archiv IfZ, MA 151/16.

[41] Sitzungen des Reichskabinetts vom 21. 7. u. 28. 7. 1932, a. a. O.

[42] So sinngemäß die Ausführungen Papens in der Sitzung des Reichskabinetts am 21. 7.1932, Archiv IfZ MA 151/16.

[43] Siehe Sitzung des Reichskabinetts am 23. 9. 1932, Archiv IfZ MA 151/16.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik zur Agrarpolitik zu verlagern. Das Ergebnis war vor allem eine gesetzliche Erschwerung der Zwangsvollstreckung sowie die generell verordnete Senkung der land- und forstwirtschaftlichen Schuldzinsen um 2%[44]. Hinzu kam die partielle Einführung des Kontingente-Systems für einige Produkte, wie Speck, Schmalz und Holz. Eine umfassende Regelung für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte wurde jedoch nicht erreicht, da das Ausland bei Bekanntwerden dieser Pläne mit entsprechenden Sanktionen drohte[45].

Die befürchtete Reaktion des Auslandes wurde von den Gegnern der Kontigentierung dazu benutzt, erneut ihre grundsätzliche Opposition gegen die auf einseitige Berücksichtigung agrarischer Interessen gerichtete Wirtschaftspolitik anzumelden. Mochte Warmbolds Hinweis, daß diese Politik das gesamte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung lahmlegen würde, auch ein bloß taktisches Argument zur Vertretung der exportindustriellen Interessen sein – tatsächlich war es der Sache nach gerechtfertigt. Die deutsche Landwirtschaft konnte niemals einen Ausgleich für den möglichen Rückgang der Auslandsnachfrage schaffen, so daß eine konsequent betriebene Politik der Autarkisierung das Arbeitslosenproblem noch verschärft hätte. Finanzminister Schwerin von Krosigk fand sich auch nicht bereit, den Getreidestützungsmaßnahmen zuzustimmen, die durch den staatlichen Ankauf von Roggen und Weizen verwirklicht werden sollten. Diese Stützungsaktion hätte 100 Mill. RM erfordert und wäre beinahe vollständig der ostdeutschen Landwirtschaft zugute gekommen[46]. Das Kabinett einigte sich auf eine Garantieermächtigung zur Getreidestützung in Höhe von 37 Mill. RM, nicht zuletzt, um dem eindeutigen Wunsch Hindenburgs nach verstärkter Hilfe für die ostdeutsche Landwirtschaft zu entsprechen[47]. Selbst von Braun war zu diesem Zeitpunkt gegen eine Veröffentlichung der Stützungspläne, da er Gegenreaktionen der süd- und westdeutschen Bauernschaft befürchtete. An diesem Detail wird ein Grundproblem Papenscher Agrarpolitik deutlich: Ein Großteil der vorgesehenen Agrarschutzmaßnahmen – Vollstreckungsschutz, Getreidepolitik, Osthilfe – wirkte sich einseitig zugunsten der ostelbischen Agrarier aus. In der Vertretung der west- und süddeutschen Landwirtschaft, deren materielle Grundlage in viel höherem Maß als im deutschen Osten die Veredelungswirtschaft darstellte, zeigte sich die Reichsregie-

---

[44] Verordnung des Reichspräsidenten über die Zinserleichterung für den landwirtschaftlichen Realkredit, vom 27. September 1932, RGBl I, 1932, S. 480–482; Verordnung des Reichspräsidenten über landwirtschaftliches Vermittlungsverfahren, Vollstreckungsschutz und Pächterschutz, vom 27. September 1932, RGBl I, 1932, S. 473–480.

[45] Hierzu Bericht von Schwerin v. Krosigk in der Ministerbesprechung am 2. 11. 1932, Archiv IfZ MA 151/16.

[46] Geplant war vom Ernährungsministerium der Ankauf von 600 000 t Getreide zum Preis von 160 Mark/t im Osten und der Weiterverkauf des Getreides an westdeutsche Viehzüchter und Veredelungsproduzenten zum Preis von 132–140 Mark/t. Hierzu Ministerbesprechung v. 2. 11. 1932, Archiv IfZ MA 151/17.

[47] Bei Hindenburg hatten Ende Oktober Interventionen zur Ablösung der Kontingent-Gegner (Warmbold, Schwerin v. Krosigk) stattgefunden. Siehe Th. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, a. a. O., S. 310f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung wie auch der immer wieder intervenierende Reichspräsident weniger interessiert. Das sollte in den bald folgenden Auseinandersetzungen der Regierung Schleicher mit dem Reichslandbund wichtig werden.

Unter Schleicher schien sich an der bisher verfolgten Agrarpolitik nur wenig zu ändern. Der neue Kanzler versuchte jedoch immerhin, die beiden bisher wichtigsten Gegenspieler, Warmbold und von Braun, auf mittlerer Linie zu einem Stillhalteabkommen zu verpflichten, um das Kabinett zu stabilisieren[48]. Schleicher versuchte ferner, der weiteren Auseinandersetzung um die mengenmäßige Festlegung der Agrareinfuhren durch Absprachen mit Vertretern der landwirtschaftlichen Interessenverbände, insbesondere des Reichslandbundes auszuweichen. Man konnte sich darauf einigen, die Kontingentierungspolitik nicht mehr zum einzigen Kriterium agrarfreundlichen Verhaltens zu machen, sondern mit Rücksicht auf die Handelsvertragsgespräche die Kontingente durch autonome Zölle (d. h. ohne vertragliche Abmachung mit dem Ausland festgelegte Zollsätze) zu ersetzen[49]. Dafür mußte Schleicher weitere Zugeständnisse an die Agrarier machen, einmal auf dem Gebiet des Vollstreckungsschutzes, zum anderen beim sogenannten Butterbeimischungszwang. Letzterer bedeutete die gesetzliche Pflicht für die deutschen Margarineproduzenten, auf Anordnung der Reichsregierung zu einem gewissen Prozentsatz tierische Fette beizumischen. Eine derartige Maßnahme – die auf Wunsch der Landwirtschaft am 23. 12. 1932 Gesetz wurde[50] – sollte die Position der deutschen Veredelungslandwirtschaft (Schleswig-Holstein, Niedersachsen) verbessern. Die materielle Existenz der deutschen Bauern hing in einem überragenden Umfang vom gesicherten Absatz von Milch bzw. Milchprodukten wie Butter ab: ein Fünftel (in späteren Jahren sogar ein Viertel) aller Erlöse stammten hieraus. Dem Gesetz kam also eine beträchtlich höhere Bedeutung als vielen anderen Stützungsmaßnahmen zu, da es bei entsprechender Verwendung ein wichtiger Hebel zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen sein konnte[51]. Da es aber zunächst nur den Rahmen für den Zwang zur Beimischung von Butter schuf, war es für die Landwirtschaft wie im umgekehrten Sinn auch für die betroffene Industrie entscheidend, in welcher Weise die Bestimmungen konkretisiert wurden.

Neben autonomen Zöllen und Butterbeimischung hatte die Führung des Reichslandbundes eine Verstärkung des Schutzes vor Zwangsvollstreckung verlangt. Hier war Schleicher nicht bereit, über den bereits gegebenen Schutz hinaus weitere Maßnahmen zu ergreifen, da er befürchtete, daß ein Totalschutz große Erbitterung in

[48] Hierzu Schleichers Bemerkung in seiner programmatischen Rundfunkrede vom 15. 12. 1932, er habe die beiden Minister in eine Konklave geschlossen, „um die richtige Mittellinie" zu finden. Schultheß' 1932, S. 225.

[49] Zu den Verhandlungen Schleichers mit dem Landbund siehe die Ausführungen Schleichers bei der Besprechung Hindenburgs mit Vertretern des Reichslandbundes am 11. Januar 1933, Bundesarchiv R 43 II/192.

[50] Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung tierischer Fette und inländischer Futtermittel, vom 23. Dezember 1932, RGBl I (1932), S. 575f.

[51] Zur Aufgliederung der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 613.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jenen Wirtschaftsbereichen auslösen würde, deren Forderungen an die Landwirtschaft damit endgültig einfrieren würden. Trotz des Zögerns der Regierung Schleicher beim Vollstreckungsschutz wird an den anderen Zugeständnissen immerhin deutlich, daß das „Stillhalteabkommen" zwischen von Braun und Warmbold zunächst zu Lasten Warmbolds und der industriellen Forderungen gegangen war. Es wäre aber falsch, Schleicher als Erfüllungsgehilfen der Agrarinteressen des deutschen Ostens zu sehen, also jener Interessen, die insbesondere vom Deutschen Landbund unter Graf Kalckreuth vertreten wurden. Seine geplanten Maßnahmen mußten sich vielmehr in relativ höherem Maße zugunsten der nichtostdeutschen Veredelungslandwirtschaft auswirken, die in ihrer mittelbäuerlichen Struktur wohl besser seiner Vorstellung von „nationaler Schollengebundenheit" entsprach als die Großbetriebe des Ostens. Wie er sich in seiner Arbeitsbeschaffungspolitik von der de facto deutschnationalen Position Papens löste, so auch in der Agrarpolitik, bei der die Deutschnationalen in besonders schroffer Form zu Interessenvertretern des Ostens geworden waren.

Diese Haltung Schleichers wird in der Siedlungsfrage deutlich. Er wollte die von Brüning betriebene Siedlungspolitik im deutschen Osten, die unter Papen stagnierte, wiederum aktivieren. Im Regierungsprogramm wurde angekündigt, daß 30 000 ha Land in den Ostprovinzen der Siedlung zugeführt werden sollten. Schleicher wagte sich damit auf ein Gebiet der Agrarpolitik, das ihm zwangsläufig die Feindschaft der Großagrarier eintragen mußte. Am 31. 12. 1932 konstituierte sich ein Ausschuß der Reichsregierung für ländliche Siedlung, der schon in der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und ländlichen Siedlung vorgesehen worden war[52]. Programm dieses Ausschusses war einmal die beschleunigte Durchführung des Osthilfeprogramms, vor allem die Sanierung jener Betriebe, bei denen dies wirtschaftlich vertretbar schien, und die Freistellung jenes Landes für Sieldungszwecke, wo eine Sanierung nicht möglich war. Um sich vom Verfahren Brünings, der notfalls eine Zwangsversteigerung durch das Reich vorgesehen hatte, zu unterscheiden, wollte Schleicher die Liquidierung dieser Betriebe den Hauptgläubigern, also vor allem den Preußischen Landschaften überlassen. Diese zögerten aber, um nicht dem Vorwurf der Agrarfeindlichkeit ausgesetzt zu werden und verlangten ihrerseits Subventionen des Reiches zur eigenen Sanierung. Diesen praktischen Hemmungen standen daher beim Siedlungsprogramm keine kurzfristig realisierbaren politischen Vorteile gegenüber, so daß sich die Siedlungspläne schon bald als schwere Belastung der Regierung Schleicher erweisen sollten.

Der Burgfriede zwischen der Landwirtschaft und der Regierung Schleicher wurde am 8. Januar 1933 vom Reichslandbund gebrochen. In einer Rede in Frankfurt/Oder bezeichnete Graf Kalckreuth die Siedlung als ein Verbrechen und das

[52] Neben Schleicher gehörten dem Ausschuß Schwerin von Krosigk, von Braun, Syrup, Popitz und Gereke an. Hierzu und zur Konzeption der Osthilfe- und Siedlungspolitik der Regierung Schleicher Protokoll der Sitzung des Ausschusses für ländliche Siedlung am 31. 12. 1932, Bundesarchiv R 43 II/210.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Butterbeimischungsgesetz als unbefriedigend[53]. Obwohl Landwirtschaftsminister von Braun vom Kanzler – als Preis für den Burgfrieden – weitgehende Befugnisse zur Erfüllung agrarischer Forderungen erhalten hatte, wurde jetzt der gesamte agrarpolitische Kurs vom Landbund abgelehnt. Der Rede Kalckreuths war drei Tage vorher ein Besuch der Landbundführer bei Schleicher vorausgegangen, der nicht zu den von der ostdeutschen Landwirtschaft erwarteten Ergebnissen geführt hatte[54]. Nunmehr ließ der Landbund jegliche politische Rücksichtnahme gegenüber Schleicher fallen und verabschiedete am 11. Januar 1933 eine Entschließung, in der es u. a. hieß: „Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft . . . hat unter Duldung der derzeitigen Regierung ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen."[55] Gleichzeitig wandte man sich an Hindenburg, bei dem man nicht zu Unrecht großes Verständnis erwarten konnte. Am Vormittag des 11. Januar wurde die Führung des Landbundes von Hindenburg empfangen, nachmittags erfolgte unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die Konfrontation mit Schleicher, Warmbold und von Braun[56]. Soweit dabei die Probleme der Butterbeimischung und der autonomen Zölle diskutiert wurden, zeigte sich jetzt die weitgehende Bereitschaft Schleichers, den Wünschen des Reichslandbundes nachzukommen. Er gab die bindende Erklärung ab, völlig unabhängig von ausländischer Reaktion nunmehr autonome Zollsätze für Agrarimporte festzulegen. Selbst in der Frage des Vollstreckungsschutzes war Schleicher nun zu Konzessionen bereit, die zwar nicht umfassenden Schutz bedeuteten, doch immerhin die Immobilien einschließlich des Viehes dem Zugriff der Gläubiger entzogen[57]. Der Reichslandbund war jedoch trotz der Möglichkeit sachlicher Kompromisse nicht mehr gewillt, mit der Regierung Schleicher zu kooperieren[58]. Noch während der Diskussion beim Reichspräsidenten war ja der Presse jene am Vormittag angenommene Entschließung zugeleitet worden, deren Veröffentlichung Schleicher zum formellen Bruch mit dem Landbund veranlaßte.

Die dramatische Zuspitzung der Gegensätze wurde noch verschärft, als der Pommersche Landbund damit drohte, „Scholle und Arbeitsstelle mit den letzten Mitteln [zu] verteidigen" und Hindenburg aufforderte, „das Landvolk gegen ein Versagen des Kabinetts" zu schützen[59]. Träger dieser Radikalisierung war indessen nicht die gesamte Landwirtschaft. Die Deutsche Bauernschaft e. V. als Organisation

[53] Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe, vom 9. 1. 1933.

[54] Cuno Horkenbach, a. a. O., 1935, S. 15.

[55] Ebenda, S. 17.

[56] Hierzu Sitzungsprotokoll Bundesarchiv R 43 II/192.

[57] Am 17. Januar 1933 wurde die „Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung" erlassen, RGBl I, 1933, S. 19–21.

[58] Wirtschaftliche und politische Motive sind bei dem Entschluß des Landbundes zusammengekommen. Einmal nahm man – nicht zu Unrecht – an, daß Schleicher nicht die vom Landbund bekämpfte Siedlungskonzeption aufgeben würde, zum anderen suchten Deutschnationale wie Nationalsozialisten ein politisches Arrangement, das nur gegen Schleicher zu verwirklichen war.

[59] Telegramm des Pommerschen Landbundes an Hindenburg vom 12. 1. 1933, Bundesarchiv R 43 II/152.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eines Teils der west- und süddeutschen Landwirtschaft bezeichnete sogar als die wahren Schuldigen die Großagrarier, die sich gegen jegliche Siedlungspläne stellen würden[60]. Diese Spaltung der grünen Front konnte den Autoritätsverfall der Regierung jedoch nicht verhindern, zumal die Deutschnationalen sich nunmehr deutlich von der Regierung distanzierten und die Nationalsozialisten den Konflikt zu scharfer Agitation benutzten. Die Deutschnationalen – unter Papen eine der wenigen parteipolitischen Stützen des Kabinetts – übten jetzt Kritik an der gesamten wirtschaftspolitischen Linie der Regierung und machten sich offen die Argumente des Reichslandbundes zu eigen. Darré, Leiter des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP, beschuldigte die Regierung, sie würde die deutsche Landwirtschaft „opfern" und forderte den Aufbau einer autarken Wirtschaft[61]. Schleicher wurde auf wirtschaftlichem Gebiet ebenso isoliert wie er es zwei Wochen später, bei seinem Sturz, auch politisch sein sollte.

Schleicher hat auf dem Gebiet der Agrarpolitik ähnlich wie bei der Arbeitsbeschaffung versucht, neue Wege einzuschlagen, die zunächst in einer vorsichtigen Abkehr von den konservativ-reaktionären Positionen Papens wie der Deutschnationalen bestand. Wie er bei der Arbeitsbeschaffung eine bescheidene Öffnung nach links vornehmen wollte, so wollte er in der Agrarpolitik stärker an Stelle der großagrarischen, die mittelbäuerlichen Interessen berücksichtigen. Dieser Mittelkurs wurde ihm letztlich von keiner Seite honoriert, wobei ein gut Teil dieses wirtschaftspolitischen Mißerfolgs in seinem taktischen Unvermögen bestand, die divergierenden Interessen auf dem Verhandlungswege auszusöhnen. Sachliche Erfolge waren Ende Januar noch ebensowenig wie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorhanden, so daß die neue Regierung Hitler sich zwar der geschaffenen Ansätze bedienen konnte, aber für die Überwindung der Krise neue Wege beschreiten mußte.

III

Zum Jahrestag der Machtergreifung, am 30. Januar 1934, zog Hitler in einer programmatischen Rede vor dem Reichstag Bilanz über das erste Jahr seiner Regierungszeit. Einer seiner wirksamsten Aktivposten war dabei der Hinweis auf die wirtschaftspolitischen Erfolge, allen voran die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Besserung der Situation in der Landwirtschaft. Vergleicht man die Zahlen, so war tatsächlich ein entscheidender Schritt im Kampf gegen die Wirtschaftskrise getan: Die Arbeitslosigkeit hatte sich von über 6 Millionen zum Zeitpunkt der Machtergreifung – das hieß Beschäftigungslosigkeit für jeden dritten Arbeitnehmer – auf 3,77 Millionen verringert, die industrielle Produktion war im Laufe des Jahres 1933

[60] Entschließung der Deutschen Bauernschaft e. V. vom 14. 1. 1933, Bundesarchiv R 43 II/192. Hier wird der Interessenkonflikt zwischen der mittelbäuerlichen Veredelungswirtschaft des Westens und den Getreideproduzenten des Ostens deutlich, der eine völlig gemeinsame wirtschaftspolitische Linie der „Grünen Front" verhinderte. Eine geschickter taktierende Regierung hätte sich des Konflikts zur Stärkung der eigenen Position bedienen können.

[61] Offener Brief von Darré an Schleicher v. 13. 1. 1932, Bundesarchiv R 43 II/192.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um 13% angestiegen, die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft lagen im Wirtschaftsjahr 1933/34 mit 7,34 Mrd. um ein Fünftel höher als im vorausgegangenen Jahr[62]. Dem äußeren Erscheinungsbild nach setzte sich diese Entwicklung in den folgenden Jahren fort, während zur gleichen Zeit in großen Teilen des Auslands das Bild der Krise beinahe bis Kriegsausbruch vorherrschend blieb – noch im Jahre 1938 gab es in den Vereinigten Staaten 10 Millionen Arbeitslose, jeder fünfte Arbeitnehmer war ohne Arbeit. Schon drei Jahre nach Hitlers Regierungsantritt wurde deshalb vom „deutschen Wirtschaftswunder" gesprochen[63], wobei der Kern dieses Wunders in der Aktivität des Staates gesehen wurde, der sich 1933 zur systematischen Beeinflussung des Wirtschaftslebens entschlossen habe. Es bestand im In- und Ausland, bei Freunden und Gegnern des Regimes dabei Übereinstimmung, daß das Verdienst an der Überwindung der Krise der Politik der neuen Reichsregierung zuzuschreiben sei, wenn auch die Einschätzung der dabei angewandten Methoden je nach Standort stark variierte. Analog zum revolutionären Umbruch in der allgemeinen Politik sei es – so argumentierte man – am 30. Januar 1933 auch zu einem grundlegenden Wandel in der Wirtschaftspolitik gekommen, der jene Überwindung der Krise ermöglicht habe. Die These von der nationalsozialistischen Neuordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik wurde von Partei und Regierung nach 1933 eifrig gestützt, da so die Erfolge ganz dem neuen Regime zugeordnet werden konnten. Typisch dafür war die Stellungnahme des seit 1932 amtierenden Finanzministers Schwerin von Krosigk, der 1936 formulierte: „Erst die Machtübernahme durch Adolf Hitler schuf politisch und psychologisch die Grundlagen, auf denen eine neue Konjunkturpolitik aufgebaut werden konnte."[64] Die Darstellung der seit Februar 1933 betriebenen Politik soll eine Antwort auf die Frage nach der originär nationalsozialistischen Konzeption der Wirtschaftspolitik geben.

Bestimmend für den wirtschaftspolitischen Kurs in den auf die Machtergreifung folgenden Monaten schienen zunächst personelle Momente zu werden: Hugenberg konnte seinen schon früher konzipierten Plan eines für die Gesamtwirtschaft zuständigen „Krisenministeriums" verwirklichen, als er am 30. Januar 1933 in Personalunion das Agrar- und das Wirtschaftsministerium im Reich und in Preußen übernahm. Wichtiger als diese Ämterhäufung war jedoch die am 16. März 1933 erfolgende Ablösung des Reichsbankpräsidenten Luther durch den früheren Präsidenten Schacht. Seit seiner Hinwendung zur „nationalen Opposition" war Schacht immer stärker zur Vertrauensperson Hitlers und zu einem seiner Mittler zur Großindustrie und zur Bankenwelt geworden, wo sein Prestige gleichzeitig das Ansehen des nationalsozialistischen Parteiführers hob. Der Öffentlichkeit gegenüber ließ sich mit dem anerkannten Bank- und Währungsfachmann Schacht die Illusion wirtschaftlicher „Vernunft" begründen und aufrechterhalten, da Schacht seit der Stabi-

[62] Hierzu Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1934 und 1941/42.

[63] So Hans E. Priester, Das deutsche Wirtschaftswunder, Amsterdam 1936.

[64] Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Reichshaushalt und Finanzen, in: Probleme des deutschen Wirtschaftslebens, Hg. Deutsches Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen, Berlin-Leipzig 1937, S. 468.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lisierung der Mark Ende 1923 als die Verkörperung kluger Wirtschaftspolitik galt[65]. Angesichts der weit verbreiteten Inflationsfurcht der Bevölkerung und der unklaren Wirtschaftspläne führender Nationalsozialisten war Schacht für Hitler in der Anfangszeit des Regimes ein nicht zu unterschätzendes stabilisierendes Element. Mochten derartige allgemein-politische Überlegungen bei Hitler mitgewirkt haben, so war der aktuelle Anlaß zur Ablösung Luthers in dessen konservativ-traditioneller Haltung in Fragen der Kreditgewährung zu sehen. Am 7. März 1933 führte Hitler im Kabinett aus, daß ein Wechsel in der Leitung der Reichsbank unbedingt notwendig sei und an die Spitze ein beweglicher Mann gehöre[66]. „Beweglich" hieß für ihn aber, daß die Reichsbank sich mit der Finanzierung eines Aufrüstungsprogramms einverstanden erklärte und sich nicht darauf beschränkte – wie es Luther auf einen entsprechenden Vorstoß Hitlers hin getan hatte – der Regierung für diese Zwecke 100 Mill. anzubieten[67]. Bei Schacht glaubte sich Hitler sicher zu sein, daß die Reichsbank die Pläne der Regierung im vollen Umfang unterstützen würde.

Am 1. Februar 1933 kündigte der neue Kanzler ein sehr vage klingendes wirtschaftliches Programm an, das zwei Schwerpunkte hatte: „Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit der Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit."[68] Eine über diese allgemeinen Phrasen hinausgehende Festlegung vermied Hitler nicht nur aus Unsicherheit wirtschaftlichen Problemen gegenüber, sondern auch aus der Überlegung, daß es kein Wirtschaftsprogramm gab, auf das sich anläßlich der bevorstehenden Märzwahlen 18–19 Millionen Wähler einigen könnten. Er gab deshalb seinen Kabinettsmitgliedern die Empfehlung, „alle genaueren Angaben über ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zu vermeiden"[69]. Das war ein Ratschlag, den ihm Schacht beinahe wortwörtlich schon am 29. August 1932 erteilt hatte[70]! Die Taktik Hitlers, sich zunächst nicht auf ein detaillierteres Programm festzulegen, wurde nachträglich dahin interpretiert, daß Hitler zum damaligen Zeitpunkt gar keine klaren Vorstellungen vom einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs gehabt habe[71]. Soweit es sich um den Einsatz einzelner wirtschaftspolitischer Instrumente handelte (so auf dem Gebiet der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung), ist das richtig. Hitler hat

[65] In der Stellungnahme der Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe v. 17. März 1933, klingt zwar das Unbehagen über die Ablösung Luthers an, doch sieht man mit Schacht die Kontinuität einer dem „Prinzip der Unabhängigkeit" verpflichteten Reichsbank gesichert.

[66] Archiv IfZ Fa 203/1, S. 166.

[67] Hierzu die entsprechenden Hinweise und Quellenbelege bei Bracher-Sauer-Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Köln-Opladen 1960, S. 786. Diese Version wird von Luther (a. a. O., S. 304) bestritten. Danach hat Hitler niemals konkrete Wünsche für die Aufrüstung Luther gegenüber angemeldet.

[68] Rede Hitlers am 1. 2. 1933, Schultheß' 1933, S. 36.

[69] Hitler auf der Ministerbesprechung am 8. 2. 1933, Archiv IfZ Fa 203/1, S. 49.

[70] Schreiben Schacht an Hitler v. 29. 8. 1932, Nürnberger Dokument EC–457, IMT 36, S. 536.

[71] So auch Kroll, a. a. O., S. 457f., der wie viele andere das taktisch-politische Element in dieser Position Hitlers übersah.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1933 wie in den späteren Jahren seine Unkenntnis und häufig auch die bewußte Mißachtung ökonomischer Sachgesetzlichkeit demonstriert. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, Hitler habe keinerlei Konzeption gehabt, nach der die Wirtschaftspolitik in ihren Grundlinien ausgerichtet werden sollte. Die Ausgestaltung des Details, die Bereitstellung der notwendigen Mittel übertrug er vielmehr bewußt den Fachleuten.

Hitler hatte in den ersten Wochen gute Gründe für seine Zurückhaltung gegenüber eindeutiger öffentlicher Fixierung seiner Wirtschaftspolitik. Die objektiven Daten der Krise hatten sich nicht geändert und der Konflikt zwischen industriellen und agrarischen Interessen bestand weiter, auch wenn er innerhalb des Kabinetts durch die Vereinigung von Wirtschafts- und Agrarressort nicht offen zum Ausdruck kam. Hitler, von dem mehr Menschen als je zuvor während der Wirtschaftskrise in beinahe gläubigem Vertrauen Rettung aus den Nöten des Tages erhofften, wollte nicht riskieren, durch offene Darlegung seiner Ziele diese Anhängerschaft zu verlieren. Das aus den früheren Jahren übernommene Taktieren führte jetzt dahin, daß völlig verschiedene Interessengruppen, Agrarier und Mittelstand, Ständeromantiker und Vertreter verschwommener sozialistischer Ideen, Antikapitalisten wie industrielle Vertreter der alten kapitalistischen Ordnung mit der Machtergreifung ihre Stunde gekommen sahen. Zwar hatte es auch bei den früheren Regierungen die Anmeldung von Interessentenwünschen gegeben, hatte vielfältige Kommunikation über die wirtschaftspolitische Linie zwischen Regierenden und Regierten stattgefunden. Nunmehr ergoß sich aber eine Flut von Stellungnahmen und Wünschen über den neuen Kanzler, deren Bandbreite von alchimistischer Rezeptur zur Behebung der Arbeitslosigkeit oder der Einführung neuen Geldes bis hin zur massiven Intervention der führenden Wirtschaftsverbände reichte[72].

Am 1. Februar 1933 wurden in einem vom Deutschen Industrie- und Handelstag an die Reichsregierung gerichteten Memorandum die Forderungen der exportorientierten deutschen Industrie vorgelegt, am 23. Februar wurde eine Denkschrift der Landwirtschaft an Hitler übersandt[73]. Die Industrie sprach sich dabei für den Primat privatwirtschaftlicher Wirtschaftsbelebung aus (sie zeigte sich damit wie unter Schleicher der öffentlichen Arbeitsbeschaffung gegenüber sehr skeptisch), forderte eine liberale Handelspolitik zur Aufrechterhaltung des Exports (mit dem Argument, daß davon 3 Millionen Menschen Arbeit erhielten; nur so lasse sich das Ziel der Verringerung der Arbeitslosigkeit erreichen) und schließlich eine allgemeine Wirtschaftspolitik zur Stärkung privater Wirtschaftskraft (u. a. mit Weiterführung der Steuergutscheine) bei gleichzeitiger Niedrighaltung öffentlicher Ausgaben. In der Grundlinie entsprach das ganz der von Papen eingeleiteten und betriebenen

[72] Eine Reihe von Vorschlägen, zum Teil wirren Inhalts, die die große Not und Verzweiflung der unter der Krise Leidenden zeigen, finden sich in den Akten der Reichskanzlei, Bundesarchiv R 43 II/538, 308a.

[73] Memorandum des Deutschen Industrie- und Handelstages v. 1. 2. 1933, Bundesarchiv R 43 II/308a; Memorandum des Deutschen Landwirtschaftsrates v. 23. 2. 1933, Bundesarchiv R 43 II/308a.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirtschaftspolitik. Trotz verbaler Zugeständnisse an die nationalpolitische Bedeutung des Bauerntums und trotz der Motivierung des Exports mit der „Erhaltung eines lebensstarken Deutschtums im Ausland" waren die interessengebundenen Forderungen eindeutig. Noch kompromißloser war das Memorandum des Deutschen Landwirtschaftsrates, des obersten Organs der deutschen Landwirtschaftskammern. Hier wurde die Regierung vor die Alternative gestellt, ob sie „Nationalwirtschaft oder Weltwirtschaft" wolle, ob die Fundamente der Wirtschaftspolitik im Ausland liegen sollten oder Deutschland den Weg hin zur „Nahrungsfreiheit" beschreiten wolle. Nur der zweite Weg würde nationale Wirtschaftspolitik bedeuten. Im „Gesamtinteresse Deutschlands und deutscher Zukunft" müsse die Entscheidung daher zugunsten der Nationalwirtschaft fallen. Das würde handelspolitisch die konsequente Durchsetzung deutscher Zollautonomie und der Kontingentierung, binnenwirtschaftlich die Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion zur Vermeidung von Überproduktion und Preisverfall und schließlich eine umfassende Unterstützung der agrarischen Betriebe bedeuten. Diese Maßnahmen sollten jetzt beschleunigt auch im Interesse der Veredelungswirtschaft ergriffen werden, die bisher immer das Opfer der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft und einer zu kompromißbereiten Außenpolitik – ähnlich wie unter Kanzler Caprivi – geworden sei. Nicht Schleicher oder Caprivi, sondern Bismarck und Mussolini sollten das Modell künftiger deutscher Wirtschaftspolitik abgeben. Erst mit der Verwirklichung dieses nationalen Konzepts werde man auch wieder „zum begehrten politischen Bundesgenossen".

Der gesamten politischen Konzeption Hitlers entsprachen die Argumente der Agrarier mehr, als es die Forderungen der dem Export zugewandten deutschen Industrie taten. Eine einseitige Stützung der Landwirtschaft, die zu Lasten der Industrie wie der Zahl der gewerblich Beschäftigten ging, konnte jedoch nicht praktiziert werden, da gleichzeitig die Industrie für die Stabilisierung der inneren Lage wie für die Aufrüstung notwendig war und Hitler zumindest in der Anfangszeit des Regimes den Konsens des ganzen Volkes benötigte. Die Lösung dieser Widersprüche erfolgte später durch die Aufrüstung großen Stils: Steigende Rüstungsaufträge verwiesen die Unternehmer auf den Binnenmarkt, d. h. machten sie vom Export unabhängiger, so daß die Wirtschaftspolitik den Agrarprotektionismus verstärken und gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in der Industrie erhöhen konnte. Dieser Weg konnte erfolgreich erst ab 1934 beschritten werden, als dank der Aufwendungen für die Rüstung, die gegenüber 1933 beinahe auf das Fünffache gesteigert wurden, die öffentlichen Investitionen in Deutschland wieder den Stand von 1928 (des Hochkonjunkturjahres vor der Krise!) erreichten[74]. Dieser Weg wurde jedoch von Hitler *bereits unmittelbar nach der Regierungsübernahme* vorgezeichnet, da so das Hauptziel der Wiederaufrüstung mit der Politik der Arbeitsbeschaffung gekoppelt werden konnte. In der bewußten Verbindung beider Ziele, des politisch-militärischen und des wirtschaftspolitischen, ist der Neuansatz

[74] Siehe die Aufstellung bei René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 bis 1939, Zürich 1958, S. 25.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik im Februar 1933 zu sehen. Eine Trennung in die Periode der Arbeitsbeschaffung und die Periode der Wiederaufrüstung ist nicht feststellbar[75].

Die Grundlinie des künftigen Wirtschaftsprogramms wurde auf der Ministerbesprechung am 8. Februar 1933 festgelegt. Die Diskussion um den Bau eines oberschlesischen Staubeckens nahm Hitler zum Anlaß, den Ministern sein Programm vorzulegen: „Die nächsten fünf Jahre in Deutschland müßten der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes gewidmet sein. Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen."[76] Demgemäß wurde gleichzeitig beschlossen, in den entsprechenden Kapiteln des Reichshaushalts 1933 (u. a. in den Einzelplänen von Wehr- und Verkehrsministerium) vordringlich Wehrmachtsprojekte und erst dann zivile Projekte wie den Ausbau der Wasserstraßen zu berücksichtigen. Die neue Zielrichtung der Arbeitsbeschaffungspolitik wurde auch in der Neubesetzung des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung und ländliche Siedlung deutlich, zu dessen Beratungen nunmehr der Wehrminister und der Reichskommissar für die Luftfahrt herangezogen wurden.

Ansatzpunkt für die Verwirklichung von Hitlers neuem Wirtschaftsdenken sollte das von Schleicher inaugurierte Sofortprogramm werden. Für Hitler war dieses Programm „besonders geeignet, den Interessen der Wiederaufrüstung dienstbar gemacht zu werden. Es ermögliche am ehesten die Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung des Landesverteidigung."[77] Zur bisherigen zivilen Orientierung sollte die militärische treten. Das konnte einmal durch Umschichtung der 500 Mill. RM des bisherigen Programms auf militärisch wichtige Projekte hin geschehen, zum anderen durch Ausweitung des finanziellen Volumens, wobei der Zuwachs der Aufrüstung zugute kommen konnte. Der Kommissar für die Arbeitsbeschaffung versuchte zunächst den zweiten Weg zu gehen. Er hoffte, daß mit dem Kanzler Hitler nunmehr die Gelegenheit gekommen sei, das Sofortprogramm auszuweiten, was unter Schleicher wegen des Widerstandes von Luther und konservativer Kabinettsmitglieder mißlungen war. Er konnte darauf hinweisen, daß die Anforderungen der Arbeitsbeschaffungsträger die Summe von 500 Mill. RM weit überschritten, daß allein den dem Reich für zentrale Maßnahmen reservierten 100 Mill. Wünsche von 400 Mill. gegenüberstanden, davon 160 Mill. für militärisch-strategische Zwecke. Wiederum wie unter Schleicher empfahl er der neuen Regierung die Streichung der von Papen eingeführten Einstellungsprämien, deren Erfolg noch immer weit unter dem ursprünglich erhofften Ziel lag[78]. Hitler ließ sich zwar von den Argu-

[75] So auch Bracher-Sauer-Schulz, a. a. O., S. 785ff.

[76] Hitler auf der Ministerbesprechung am 8. 2. 1933, Archiv IfZ, 203/1, S. 43.

[77] Hitler in der Sitzung des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung am 9. 2. 1933, Bundesarchiv R 43 II/540.

[78] Hierzu die Diskussion auf den Sitzungen des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung am 8./9. Februar 1933, Bundesarchiv R 43 II/540.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menten Gerekes für den Fortfall der Einstellungsprämien überzeugen, aus wahltaktischen Gründen wollte er vor den Wahlen jedoch an den Bestimmungen des Papen-Plans nichts ändern, um – wie Schwerin von Krosigk den Kanzler beschwor – „die Erschütterung des Vertrauens in die Stetigkeit der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung" zu vermeiden. Aufgrund der Opposition des Finanzministers gelang es Gereke wiederum nicht, sein Arbeitsbeschaffungsprogramm auszuweiten. Erst nach den Wahlen erfolgte zum 1. April die Streichung der Lohnprämien und die Ausweitung des Programms um 100 Mill. RM. Dieser Zuwachs sollte für Projekte der Reichswehr zur Verfügung gestellt werden[79].

Zunächst jedoch wurden die Anforderungen der Ressorts entscheidend gekürzt und dabei selbst der Betrag für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Wehrmacht beinahe halbiert, damit man den gesetzten Rahmen von 500 Mill. RM einhalten konnte. Hitler erklärte sich schließlich damit einverstanden, da der Wehrminister zugeben mußte, daß die Reichswehr im laufenden Rechnungsjahr 1933 nicht mehr als 50 Mill. RM für zusätzliche Beschaffungsprogramme ausgeben könne. Wichtiger als ein vergrößerter Anteil am Sofortprogramm war Blomberg im Augenblick die Zusicherung des Kabinetts, daß bei der Durchführung des zunächst bis 1936 vorgezeichneten Aufrüstungsprogramms die dafür notwendigen Finanzmittel bewilligt würden.

Angesichts der beschränkten Aufnahmefähigkeit der Wehrmacht im Jahre 1933 schien Hitlers Aussage, daß „für die Wiederaufrüstung Deutschlands . . . Milliardenbeträge erforderlich seien"[80], bloße Phantasterei zu sein, die von den meisten Kabinettsmitgliedern kaum wichtiger genommen wurde als die Ausführungen Hitlers zur künftigen Lebensraumpolitik einige Tage vorher von den Reichswehrgeneralen[81]. Wie ernst ihm damit jedoch war, zeigte schon die Entwicklung im Jahre 1934. Trotz der im Februar/März notwendigen Bescheidung Hitlers machte er den für die Durchführung der Arbeitsbeschaffung zuständigen Instanzen die Auflage, daß bei der Vergabe öffentlicher Aufträge künftighin „die absolute Vorrangstellung . . . der Landesverteidigung" gesichert sein sollte, dagegen Arbeiten nichtmilitärischen Charakters, die von Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften geplant waren, möglichst eingeschränkt werden sollten.

Die Verwirklichung dieser Auflage mußte einmal – völlig entgegen den früheren Absichten Gerekes – die Bedeutung der nicht beim Reich zentralisierten Arbeitsbeschaffung beträchtlich mindern, zum anderen die Arbeitsbeschaffung inhaltlich ändern. Eine Aufstellung der zwischen 1933 und 1936 tatsächlich bewilligten Mittel des Sofortprogramms bestätigt das[82]. Auf das Reich, das ursprünglich mit maximal 20% am Programm beteiligt sein sollte, entfiel schließlich ein Drittel,

[79] Sitzung des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung am 17. 3. 1933, Bundesarchiv R 43 II/540.

[80] Hitler in der Sitzung des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung am 9. 2. 1933, Bundesarchiv R 43 II/540.

[81] Befehlshaberbesprechung v. 3. 2. 1933, abgedruckt bei Th. Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 434ff.

[82] Denkschrift RFM, a. a. O., S. 15. Hier findet sich die detaillierte Aufstellung über die bewilligten Darlehen des Sofortprogramms.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

also 200 Mill. RM, die beinahe vollständig für militärische Zwecke (offiziell ausgewiesen als „sonstige Reichsmaßnahmen") verwendet wurden. Die übrigen, im wesentlichen Länder und Kommunen zur Vergabe zustehenden 400 Mill. RM wurden zur Hälfte für landwirtschaftliche Meliorationen und vorstädtische Kleinsiedlung (dem bevorzugten Einsatzfeld des damals noch freiwilligen Arbeitsdienstes), zur Hälfte für den Ausbau des Verkehrswesens und kommunaler Versorgungseinrichtungen verwendet. Diese Aufgliederung macht noch einmal eine wichtige Funktion des Sofortprogramms im Rahmen der nationalsozialistischen Gesamtpolitik des Jahres 1933 (in dem 550 Mill. von den insgesamt 600 Mill. bis Ende November bewilligt wurden[83]) deutlich: Arbeitsbeschaffung wurde zum Teil eines der Instrumente, um bereits unmittelbar nach der Machtübernahme die beginnende Ausweitung des Rüstungsvolumens vor den kritischen Augen des Auslandes zu verschleiern. Mit seiner Hilfe konnten auf dem Weg öffentlicher Aufträge, die über Kredite der Reichsbank finanziert wurden, rüstungswichtige Projekte gefördert werden, ohne daß der offiziell ausgewiesene Etat des Reichswehrministeriums gegenüber dem Jahr 1932 erhöht werden mußte. Die Aufwendungen für die Rüstung dürften demnach 1933 nicht 736 Mill. RM (das ist die Summe der zusammengefaßten Etats von Wehr- und Luftfahrtministerium[84]) betragen haben, sondern bereits dank dem Arbeitsbeschaffungsprogramm etwa ein Viertel höher gewesen sein.

Die nationalsozialistische Propaganda wurde in späteren Jahren nicht müde, auf die Erfolge ihrer Arbeitsbeschaffungspolitik in den Jahren 1933/34 hinzuweisen. Damit kontrastiert auffällig, daß die Regierung Hitler erst vier Monate nach der Machtübernahme ein eigenes Programm vorgelegt hat und sich zwischen Februar und Mai 1933 auf das Schleicher-Gereke-Programm (wenn auch mit den dargestellten wichtigen Änderungen des Inhalts) und einige kleinere Maßnahmen wie die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer beschränkt hat. Das zeigt, daß Hitler zwar einige Grundvorstellungen von der Funktion der Wirtschaftspolitik, vor allem im Hinblick auf die Aufrüstung, besaß, jedoch über kein ausgereiftes Programm zur Lösung der Probleme verfügte. Das galt auch für Hugenberg, dessen Interesse einseitig auf die Agrarpolitik hin orientiert war. Die oben aufgezeigten taktischen Erwägungen, sich in den ersten Monaten nicht offen für oder gegen etwas festzulegen, spielten eine wichtige Rolle. Sie wurden in der Forderung Hitlers seinen Ministern gegenüber deutlich, „die gesamte Aktivität des Volkes auf das rein Politische abzulenken, weil die wirtschaftlichen Entschlüsse noch abgewartet werden müßten"[85]. Dieses Abwarten bedeutete einmal, daß zunächst unter Konsultation der Industrie ein Programm diskutiert und entwickelt wurde, dessen Ausarbeitung dem nationalsozialistischen Staatssekretär im Finanzministerium, Fritz Reinhart, oblag, nach-

[83] Hierzu Aufstellung der Reichskreditgesellschaft Berlin, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1933/34, S. 4.

[84] Siehe Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1933, Berlin 1933. René Erbe, a. a. O., S. 25, schätzt demgegenüber die Rüstungsausgaben für 1933 auf 720 Mill. RM.

[85] Hitler in der Ministerbesprechung am 15. 3. 1933, Archiv IfZ Fa 203/1, S. 199b.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Gereke, der Industrie wie Teilen der Partei unbequem, unter der Beschuldigung der Korruption schon am 23. März seines Postens enthoben worden war. Es bedeutet auch, daß Hitler sich erst der vollen Unterstützung der vorher zögernden Großindustrie versichern wollte, um unter bedenkenloser Hintanstellung der propagandistisch vertretenen Mittelstandsideologie das Primärziel der Aufrüstung verwirklichen zu können. Hitler stoppte deshalb sehr schnell alle „revolutionären" Eingriffe in das Wirtschaftsleben[86] und suchte für sein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm Rat und Zustimmung bei der Industrie.

Am 29. Mai 1933 fand eine Besprechung Hitlers mit den führenden Männern der deutschen Wirtschaft statt, in der Hitler den Repräsentanten aus Industrie und Bankenwelt Grundgedanken zur Arbeitsbeschaffung als dem seiner Auffassung wichtigsten inneren Problem Deutschlands vortrug[87]. Das Bemühen um die private Großwirtschaft wurde durch sein demonstratives Bekenntnis zur zentralen Rolle der Privatwirtschaft deutlich, während er die Funktion des Staates, speziell dessen Möglichkeiten bei der Lösung der Wirtschaftsankurbelung, bewußt einengte und ihn als bloßen Anreger für die Beseitigung wirtschaftlicher Schwierigkeiten definierte. Soweit eine eigene Arbeitsbeschaffungspolitik des Staates betrieben werde, sei sie im Rahmen des deutschen Kampfes um Gleichberechtigung und Wiederaufrüstung zu sehen. Zwei Ansatzpunkte der Arbeitsbeschaffung wurden von Hitler besonders betont: Förderung des privaten Hausbesitzes durch Steuerermäßigung und Ausbau des deutschen Straßennetzes. Der Autobahnbau verknüpfte in idealer Weise Arbeitsbeschaffung und strategische Möglichkeiten. Die Industrie stimmte dieser Planung zu, da hier große Aufträge zu erwarten waren und Hitler in Aussicht stellte, daß der privaten Wirtschaft auch im Falle des wirtschaftlichen Aufschwungs keine größere Steuerlast zugemutet werden sollte als in den bisherigen Krisenjahren.

Zwei Tage nach der Zusammenkunft mit der Industrie wurden die Pläne Hitlers zur Arbeitsbeschaffung dem Kabinett vorgetragen[88]. Die Reihenfolge zeigt, wen Hitler als wichtigeren Partner für seine Politik empfand. Nachdrücklich machte er sich die Wünsche der Großwirtschaft zu eigen, indem er die Verringerung der Sozialausgaben im Reichshaushalt anordnete, um den Unternehmern steuerliche Vergünstigungen einräumen zu können. Er forderte sogar (was kein Interessenvertreter der Industrie öffentlich auszusprechen gewagt hätte), daß die steuerliche Belastung der privaten Unternehmen in den folgenden fünf Jahren nicht höher sein dürfe als im schwersten Krisenjahr 1932, in dem das private Steueraufkommen auf einen in den Zwanziger Jahren nicht gekannten Tiefstand abgesunken war. Selbst wenn diese Forderung später aus fiskalischen Gründen nicht verwirklicht

[86] Diese Eingriffe (speziell in das Bankwesen) waren in den ersten Wochen nach der Machtübernahme relativ häufig. Ende April 1933 wurden sie durch einen Erlaß Hitlers verboten und schärfste Strafen bei Verstößen angedroht. Siehe Schreiben von Lammers an Staatssekretär Reinhardt v. 27. 3. 1933 und die Bekanntmachung des wirtschaftspolitischen Sachbearbeiters der NSDAP, Wagener, v. 28. 4. 1933. Bundesarchiv R 43 II/1195.

[87] Besprechung Hitlers mit Industriellen über Arbeitsbeschaffung am 29. 5. 1933, Bundesarchiv R 43 II/536.

[88] Ministerbesprechung über Arbeitsbeschaffung am 31. 5. 1933, Bundesarchiv R 43 II/536.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde, so illustriert sie doch, wie weit Hitler im Interesse einer gesicherten Aufrüstungspolitik industrielle Wünsche erfüllen wollte und wie wenig ernst es ihm mit seiner arbeiter- und mittelstandsfreundlichen Phraseologie war. Dem Kabinett unterbreitete er neben den Projekten der Sanierung des privaten Hausbesitzes (wofür mit Gesamtaufwendungen in Höhe von 3–4 Mrd. Mark, davon 250 Mill. jährliche Reichshilfe über Senkung bzw. Wegfall der Hauszinssteuer, gerechnet wurde) und des Autobahnbaus vor allem das von Staatssekretär Reinhardt ausgearbeitete Programm, das zu diesem Zeitpunkt als Gesetzentwurf vorlag und nur noch der formellen Zustimmung der Minister bedurfte.

Der Reinhardt-Plan – am 1. Juni 1933 zum Gesetz erhoben[89] – verknüpfte ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 1 Milliarde Mark mit steuerlichen Anreizen zur Aktivierung privater Wirtschaftstätigkeit. Gemessen am Zeitpunkt seiner Verabschiedung wie am Volumen der geplanten Aufwendungen wurde er Kernstück der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik. Mit seiner Hilfe hoffte die Regierung, 700–800000 Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Das Reinhardt-Programm war trotz äußerlicher Ähnlichkeit, etwa in der Finanzierungstechnik und den Vergabegrundsätzen[90], nicht bloß Fortführung des Sofortprogramms, sondern es verband indirekte Stützungsmaßnahmen mit direkter staatlicher Auftragsvergabe. Dieser Rückgriff auf Methoden der Papenzeit erklärt sich daraus, daß der Privatwirtschaft das bisher abgelehnte öffentliche Beschaffungsprogramm mit Hilfe steuerlicher Privilegien schmackhaft gemacht werden sollte. Neben der Berücksichtigung spezifisch nationalsozialistischer Ziele, wie sie etwa in der Förderung der Eheschließung über Ehestandsdarlehen zum Ausdruck kamen, zeigt ein Blick auf die Verwendung der bereitgestellten Mittel einen erstaunlichen Unterschied gegenüber dem Sofortprogramm: Militärische Projekte wurden mit Hilfe des Reinhardt-Planes nicht finanziert, die Kredite und Reichszuschüsse wurden vielmehr (abgesehen von einer Summe von 4% des Gesamtvolumens) zur Verbesserung der kommunalen und landwirtschaftlichen Infrastruktur, für den Wohnungsbau und für die Haussanierung verwendet[91]. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß mit dem Sofortprogramm soviel Mittel für militärische Zwecke vorhanden waren, daß die Reichswehr 1933 aus technischen Gründen – wie im Frühjahr 1933 schon von Blomberg angekündigt – keine zusätzlichen Summen benötigte. Später wurde zudem die Finanzierung der Rüstung durch andere Methoden (wie das System der Mefo-Wechsel) sichergestellt, so daß die Verschleierung über die Arbeitsbeschaffung nicht mehr notwendig wurde.

Papen-, Sofort- und Reinhardt-Programm begannen im Laufe des Sommers ihre belebende Wirkung zu zeigen, als Hitler Anfang August 1933 der Öffentlichkeit die

[89] Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit v. 1. Juni 1933, RGBl I, 1933, S. 323–329.

[90] Die Einzelheiten der Durchführung wurden in erstaunlicher Offenheit durch Verordnung v. 28. 6. 1933, RGBl I (1933), S. 425–428, festgelegt. Siehe Kroll, a. a. O., S. 464ff.

[91] Nach der Aufstellung in der Denkschrift RFM, a. a. O., S. 17f., entfielen 29% auf Verkehrsmaßnahmen, 12% auf kommunale Versorgungsbetriebe, 17% auf Hochbaumaßnahmen von Ländern und Gemeinden, 18% auf Haussanierung und Wohnungsbau, 15% auf Meliorationen und landwirtschaftliche Siedlung und 9% auf Verschiedenes.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„zweite Welle" im „Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit" für Herbst 1933 ankündigte[92]. Sie ihrerseits sollte im Frühjahr 1934 von der „dritten Welle" abgelöst werden. Dahinter verbargen sich die bisher nicht verwirklichten, schon seit Monaten propagandistisch aufgebauschten Pläne für den Hausbau und den Autobahnbau. Für den Autobahnbau war zwar schon im Juni 1933 die gesetzliche Grundlage geschaffen worden[93], eine Entlastung für den Arbeitsmarkt bedeutete er freilich bis zum Frühjahr 1934 noch nicht, da das Jahr 1933 im wesentlichen von Vorbereitungs- und Planungsarbeiten ausgefüllt war. Erst 1934 gingen von hier entscheidende Impulse aus, als über 200 Millionen Mark für den Bau zur Verfügung gestellt und Hunderttausende zu den Arbeiten herangezogen wurden. Entscheidender war zunächst das Zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 21. September 1933[94], das in wohldurchdachter Verbindung von Steuersenkungen und staatlichen Beihilfen in Höhe von 500 Mill. Mark den privaten Wohnungsbau und die Landwirtschaft fördern sollte. Der Reichszuschuß war bis zum 31. März 1934 beschränkt, damit er seinen arbeitsmarktpolitischen Effekt in jenen Monaten entfaltete, in denen die Gefahr eines erneuten Anschwellens der Arbeitslosigkeit besonders groß war[95]. Hitler sah die Konsolidierung nationalsozialistischer Herrschaft wie den bisher geschaffenen Mythos um sich selbst als Bezwinger der wirtschaftlichen Not gefährdet, wenn es der Regierung nicht gelang, „den Winter wirtschaftlich durchzuhalten und die Zahl der Beschäftigten auf dem jetzigen Stand zu halten"; deshalb seien alle Maßnahmen „in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung zu betrachten"[96].

Der Absicherung der Herbstgesetze diente wiederum ein Treffen mit führenden Männern der Wirtschaft wie Thyssen, Bosch, Siemens, Vögler u. a., das als Sitzung des sogenannten Generalrats der Wirtschaft stattfand. Vor diesem Gremium – ursprünglich als dauerhafte Beratungsinstitution der Reichsregierung in wirtschaftspolitischen Fragen gedacht, die aber später nie mehr in Erscheinung trat[97] – erläuterte der angesichts der bisherigen Erfolge auch in wirtschaftlichen Dingen selbstbewußt gewordene Hitler seine Einstellung zu Grundfragen der Wirtschaft. Im Gegensatz zu seiner ersten großen Zusammenkunft als Kanzler mit den Repräsentanten der Industrie hatte er es jetzt nicht mehr nötig, sich Ratschläge geben zu

[92] Hitler auf der Führertagung der NSDAP am 5. 8. 1933, Schultheß' 1933, S. 189f.

[93] Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen", RGBl II, 1933, S. 509.

[94] RGBl I, 1933, S. 651–653.

[95] Zu Einzelheiten siehe Kroll, a. a. O., S. 471f.

[96] Hitler auf der Ministerbesprechung am 19. 9. 1933, Archiv IfZ Fa 203/3, S. 4.

[97] Von der einzigen Sitzung des Generalrates liegt ein Protokoll von 166 Seiten vor, in dem sich wichtige Aufschlüsse über Hitlers Einstellung zu wirtschaftlichen Fragen finden. Siehe Bundesarchiv R 43 II/321. Von Hitlers Seite dürfte der Generalrat niemals ernsthaft als Dauereinrichtung gedacht gewesen sein. Nachdem er seinen Zweck erfüllt hatte, die neuen Arbeitsbeschaffungsgesetze der Öffentlichkeit gegenüber abzuschirmen und die Industrie propagandistisch auf Hitlers Kurs zu verpflichten, war er für Hitler überflüssig geworden. Das 1936 geschaffene Gremium gleichen Namens hatte damit nichts gemein, da es eine Koordinationsinstanz auf Minister- bzw. Staatssekretärsebene in wirtschaftlichen Fragen wurde.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lassen; statt dessen hielt Hitler einen Monolog über volkspsychologische Probleme, unter die er (ohne sich zu konkreten Fragen zu äußern) die staatliche Wirtschaftspeziell die Arbeitsbeschaffungspolitik einordnete.

Diese „Psychologisierung" ökonomischer Sachprobleme ist nicht bloß Ausfluß von Hitlers Unkenntnis. Indem er die Fragen der Arbeitsbeschaffung und Krisenbekämpfung aus dem Bereich des Nur-Wirtschaftlichen heraushob und durch massenpsychologisch wirksame Propaganda den wirtschaftlichen Aufschwung zur Frage des Vertrauens zum neuen Staat machte, erwies er sich dem Fach-Wirtschaftspolitiker weit überlegen. Der bald sichtbare Erfolg bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit war zumindest teilweise auf jenes neugeschaffene Vertrauen zurückzuführen, ohne das der Weg aus einer Wirtschaftskrise niemals gangbar ist. Das erkannt und daraus die Folgen gezogen zu haben, war letztlich die entscheidende „wirtschaftspolitische" Leistung Hitlers.

Mit dem zweiten Arbeitsbeschaffungsgesetz ist der Kreis wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Reiches zur Behebung der Arbeitslosigkeit umschrieben. Ergänzend sind Sonderprogramme von Reichsbahn und Reichspost anzuführen, für die 1933 415 Mill., 1934 etwa 400 Mill. aufgewendet wurden[98]. Zu einem beträchtlichen Teil handelte es sich hier um Ersatzinvestitionen, die auch früher getätigt wurden, so daß sie im strengen Sinne nur teilweise unter die eigentliche Arbeitsbeschaffung zu subsummieren sind. Läßt man diese nicht unmittelbar vom Reich inaugurierten Programme, die Aufwendungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und die Mittel des seit 1934 einsetzenden Autobahnbaues außer acht, so ergibt sich folgende Bilanz: Im Rahmen der großen Beschaffungspläne (Papen-, Sofort-, Reinhardt-Plan, Spende der nationalen Arbeit, 2. Gesetz gegen Arbeitslosigkeit) wurden insgesamt 3 Milliarden Mark bereitgestellt. Im Haushaltsjahr 1932/33 (bis 1. April 1933) wurden davon nur 100 Mill. ausbezahlt, 1933/34 1,04 Mrd., 1934/35 1,2 Mrd., 1935/36 300 Millionen, insgesamt bis März 1936 2,64 Mrd. RM[99]. Der Schwerpunkt des Dreimilliarden-Programms lag also in den Jahren 1933 und 1934. Danach wurde Arbeitsbeschaffung im Vergleich zu anderen staatlichen Aufwendungen eine Randaktivität. Rechnet man die Aufwendungen von Reichsbahn und Reichspost in Höhe von etwa 1,1 Mrd., der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung von 760 Mill. (bis Frühjahr 1936) und die Ausgaben für den Autobahnbau von Herbst 1933 bis Ende 1935 in Höhe von 700 Mill.[99a] hinzu, so ergibt sich ein Gesamtvolumen der Arbeitsbeschaffung von 1932 bis zum Frühjahr 1936 von 5,2 Mrd. Mark, wovon allein zwischen Frühjahr 1933 und Anfang 1935 3,8 Mrd. ausgegeben wurden. Der unmittelbare Erfolg der Politik der Arbeitsbeschaffung mit Hilfe staatlicher Aufträge und der Aktivierung der Privatwirtschaft durch indirekt wirkende Impulse zeigte sich an der raschen Minderung der Arbeitslosigkeit, die schon im Jahresdurchschnitt 1934 beinahe auf die Hälfte des Standes von 1933

[98] Denkschrift RFM, a. a. O., S. 52ff.

[99] Denkschrift RFM, a. a. O., S. 41.

[99a] Hierzu Geschäftsberichte der Gesellschaft „Reichsautobahnen" 1933–1935. Danach Ausgaben 1933: 7,8 Mill., 1934: 209 Mill., 1935: 485 Mill.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abgesunken war. Selbst im Winter 1933/34 stieg die Arbeitslosigkeit dank der Förderung der privaten Bautätigkeit kaum an. Der Gesamtrückgang der Zahl der Unbeschäftigten ist nicht bloß die Folge staatlicher Politik, da Hitler die allmähliche Erholung der Weltwirtschaft zugute kam. Trotz dieser Einschränkung ist das Ergebnis der 1932 und 1933 eingeleiteten Programme noch beachtlich genug, wenn man den schnellen Aufstieg in Deutschland mit der Stagnation in anderen Ländern vergleicht.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß eine nationalsozialistische Konzeption der Wirtschaftspolitik sich nur zögernd durchsetzte. Das entscheidend Neue war die Instrumentalisierung der Wirtschaftspolitik zu einem Mittel der Aufrüstung. Eine eigene Vorstellung vom *Wie* der Arbeitsbeschaffungspolitik (und anderer Bereiche der Wirtschaftspolitik) war dagegen nicht vorhanden. Unsicherheit gegenüber dem wirtschaftlichen Mechanismus, zögerndes Taktieren und der Versuch, die Unterstützung der von ihm bewunderten Industrieführer zu erhalten, kennzeichnen Hitlers Verhalten in den ersten Monaten 1933 – ein Faktum, das im Gegensatz zur Aktivität auf dem spezifisch innenpolitischen Gebiet steht. Zum Teil aus taktischen Gründen, zum Teil aus der Befangenheit wirtschaftlichen Fragen gegenüber gebrauchte Hitler zunächst jene orthodox-liberalen Argumente, nach denen Arbeitsbeschaffung mit der Logik der Wirtschaft nur schwer zu vereinbaren ist. Er hat sich aus diesen Gründen zunächst darauf beschränkt, die von Papen und Schleicher begonnenen Programme fortzuführen, sie jedoch zum Teil für neue Ziele genutzt. Erst als ein eigenes Programm (das Reinhardt-Programm) ausgearbeitet und Hitler sich der Zustimmung der Industrie sicher war, begann im Frühsommer eine eigene nationalsozialistische Politik, die wirtschaftsliberale Methoden in Form indirekter Hilfen mit einer gesteigerten Staatsaktivität über öffentliche Aufträge verknüpfte. Durch den wachsenden Erfolg dieser Maßnahmen gewann Hitler jenes Selbstbewußtsein, das viele Zeitgenossen zu der Annahme verführt hat, die Nationalsozialisten hätten im Februar 1933 schlagartig mit der Verwirklichung ihrer speziellen Wirtschaftsprogrammatik begonnen. Vorgegeben war für Hitler jedoch bloß das allgemeine Ziel, die Wirtschaftspolitik für seine politischen Primärziele zu nutzen. Nur hier besteht der gemeinsame Nenner für seine wirtschaftlichen Maßnahmen, die, wenn man sie nur vom ökonomischen Gehalt her analysiert, in sich widersprüchlich und heterogen waren.

IV

Nach den Vorstellungen Hugenbergs sollte die Neubesetzung der Staatssekretärspositionen in den von ihm geleiteten Ministerien mehr als ein bloßer Personalwechsel sein. Die Hereinnahme des aus der alldeutschen Bewegung kommenden Oberfinanzrates Bang in das Wirtschaftsministerium hat sich jedoch kaum auf die allgemeine Wirtschaftspolitik im Sinne deutschnationaler Programme ausgewirkt. Seit März 1933 wurde die dominierende Figur der deutschen Wirtschaftspolitik Schacht, dem es Ende Mai 1933 gelang, sämtliche Arbeitsbeschaffungsprogramme

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner Kontrolle zu unterwerfen, so daß Arbeitsminister Seldte, Schwerin von Krosigk und auch Hugenberg in jeweils entscheidenden Bereichen (nach dem Schacht bereits der Kapitalmarkt und die Währungspolitik unterstand) wichtige Kompetenzbeschränkungen hinnehmen mußten[100]. Trotz formeller Zuständigkeit und Machtfülle trat Hugenberg im Kabinett kaum je in seiner Funktion als Wirtschaftsminister auf, sondern beschränkte sich auf die agrarische Interessenvertretung. Hugenberg war damals faktisch weder Kontakt- und Vertrauensperson der Industrie noch hat er die Politik der Arbeitsbeschaffung, die von ihm als einzigem Kabinettsmitglied abgelehnt wurde[101], in irgendeiner Form beeinflußt.

Die Berufung des Vorstandsmitgliedes des Reichslandbundes und pommerschen Gutsbesitzers von Rohr-Demmin als Staatssekretär in das Landwirtschaftsministerium gab dem Agrarprogramm Hugenbergs die persönliche Note. Durch Rohr-Demmin sollte der Einfluß des Großagrariertums institutionalisiert und die rasche Verwirklichung der agrarischen Forderungen gesichert werden. Gefördert wurde das Programm durch Hitlers taktische Parole anläßlich der Märzwahlen, „die Wünsche wenigstens eines Teiles der Nation zunächst zu befriedigen, nämlich der deutschen Bauern"[102]. Dieser Parole kam angesichts des numerischen Gewichts der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung – hierauf entfielen 1933 noch 29 % aller Erwerbspersonen gegenüber 11 % heute – große innenpolitische Bedeutung zu, da hierüber eine tragfähige Massenbasis für das neue Regime möglich schien.

Die Ansatzpunkte für die Agrarpolitik waren erneut der handelspolitische Schutz der Landwirtschaft gegenüber dem Ausland und der Vollstreckungsschutz, die Fragen der Butterbeimischung und weiterer Subventionen. Schon am 14. Februar wurde ein zunächst bis 31. Oktober 1933 geltender Vollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe erlassen, der die Bauern völlig dem Zugriff der Gläubiger entzog. Gleichzeitig folgte eine Serie von Zolländerungen, die die Zollsätze für die wichtigsten agrarischen Importprodukte zum Teil mehr als verdoppelten[103], so daß die Preise für Veredelungsprodukte rasch zu steigen begannen. Mit der von Hugenberg perfektionierten Zollschutzpoltik nahm Hitler bewußt in Kauf, daß es übergangsweise zur Verschlechterung der Beziehungen mit dem Ausland kam, wie sich schon im Februar 1933 im vorläufigen Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen mit Holland und Schweden zeigte.

Hugenbergs und von Rohrs Absichten gingen jedoch über den Auslandsschutz hinaus. Die Erlöse aus Getreide und Fett, zwei entscheidenden Positionen für die materielle Lage der Landwirte, sollten durch ein geschlossenes Kontrollsystem weiter angehoben werden. Loslösung der Agrarpreise vom Weltmarkt, Abriege-

---

[100] Hierzu Ministerbesprechung über Arbeitsbeschaffung am 31. 5. 1933, Bundesarchiv R 43 II/536.

[101] Ebenda.

[102] Hitler auf der Ministerbesprechung am 8. 2. 1933, Archiv IfZ Fa 203/1, S. 43.

[103] Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz, RGBl I, 1933, S. 63, nebst Ausführungsverordnung v. 14. 2. 1933, RGBl I, 1933, S. 64–66. Zolländerungsverordnungen v. 8. 2., 17. 2., 18. 2., 4. 3., 23. 3., 16. 5., 10. 6. 1933, RGBl I, 1933.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung der ausländischen Futtermitteleinfuhr, um den Getreideverbrauch im Inland zu steigern und die zwangsweise Preissteigerung für inländische Fette mit Hilfe von Sondersteuern und der Butterbeimischung zur Margarine sowie Getreidesubventionen und die Errichtung einer staatlichen Monopolstelle für den Getreidehandel sollten die Sanierung der deutschen Bauernschaft auf Kosten der Verbraucherschaft, das aber hieß: der Masse der städtischen Arbeiter und Angestellten, bringen[104]. Entsprechend der großagrarischen Orientierung der deutschnationalen Wirtschaftspolitik wurde am 16. Februar 1933 ein Getreidesubventionsprogramm von 123 Mill. RM beschlossen, das im wesentlichen (wie auch frühere Subventionsprogramme) der ostdeutschen Landwirtschaft zugute kommen sollte. Für Hugenberg waren indessen Subventionen und Zollpolitik – so nützliche Instrumente es sein mochten – doch immer nur „Teilausschnitte". Das Ziel war letztlich die Aufhebung der marktwirtschaftlichen Beziehungen für den agrarischen Sektor – eine Konzeption, die in diametralem Gegensatz zu Hugenbergs Haltung in der Frage der Arbeitsbeschaffung stand, wo er sich mit wirtschaftsliberalen Argumenten, die wohl seine arbeiterfeindliche Haltung verbergen sollten, gegen eine verstärkte Aktivität des Staates gewandt hatte.

Nachdem der beinahe lückenlose Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft erzielt war, erreichte die interessengebundene Agrarpolitik Hugenbergs ihren zweiten Höhepunkt mit der Verwirklichung des sogenannten Fettplanes im März 1933. Dieser Plan bedeutete die Ausweitung des schon früher festgelegten Zwanges zur Beimischung von Butter zur Margarine, ergänzt durch eine Kontingentierung der Margarineproduktion auf 60 % der bisherigen Erzeugung[105]. Mit dieser Maßnahme – der schon eine Reihe von Verordnungen zur Förderung der heimischen Milch- und Fettprodukte vorausgegangen war – wurde auf administrativem Wege die Verbraucherschaft zur Verwendung inländischer Fette gezwungen und damit den deutschen Bauern zu Lasten der Konsumenten und der betroffenen Margarineindustrie eine Subvention bisher nicht gekannten Ausmaßes mit zwangswirtschaftlichen Methoden zugebilligt. Für die Landwirtschaft war der Fettplan ein voller Erfolg: Von März bis September 1933 stiegen die Großhandelspreise für Butter, Milch, Schmalz und Schweine um 40 bis 50 %. Als Folge verbesserte sich die Erlössituation der Landwirtschaft nach Jahren des Preisverfalls grundlegend[106].

Das Zustandekommen des Fettplanes war nicht nur agrarpolitisch bedeutungsvoll, sondern ist gleichzeitig aufschlußreich für die Beziehungen der deutschnationalen Exponenten im Kabinett zu Hitler. Dieser hatte sich zwar für die Unterstützung der Landwirtschaft ausgesprochen, doch schreckte er bei der Vorlage des

[104] Hierzu die Agrardiskussionen des Reichskabinetts v. 16. u. 27. Februar, 2., 7., 11., 20. März. Archiv IfZ Fa 203/1.

[105] Verordnung über die gewerbsmäßige Herstellung von Erzeugnissen der Margarinefabriken und Ölmühlen v. 23. 3. 1933; Zweite Verordnung zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel v. 23. 3. 1933; Verordnung über Zolländerungen v. 23. 3. 1933. RGBl I, 1933, S. 143ff.

[106] Hierzu Bericht des Landwirtschaftsministeriums v. 21. 9. 1933, Bundesarchiv R 43 II/199.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hugenberg-von-Rohr-Planes vor den Folgen einer derart gewichtigen und notwendigerweise unpopulären Maßnahme zurück. Nachdem im Februar Frick sogar die Streichung der noch unter Schleicher erlassenen Beimischungsverordnung verlangt hatte und in der Folgezeit die Stimmen innerhalb der NSDAP gegen die „reaktionären Ziele" der Deutschnationalen sich mehrten, widersetzte sich Hitler ebenfalls den Zielen Hugenbergs[107]. Hitler hielt den gesamten Fettplan für undurchführbar und fürchtete bei Einführung der damit verbundenen behördlichen Fettbewirtschaftung um seine Popularität, während der Innenminister gar Unruhen innerhalb der Bevölkerung, „ungeheure Empörung und große Verhetzung" heraufbeschwor. Der Fettplan weitete sich so zu einer Machtprobe innerhalb des Kabinetts aus, in deren Verlauf sich Hugenberg isoliert fand und Hitler mit der offiziellen Distanzierung von Staatssekretär Rohr-Demmin drohte. Dennoch trat das erstaunliche Ergebnis ein, daß Hugenberg sich durchsetzte. Die Nationalsozialisten bedurften im März 1933 noch des deutschnationalen Regierungspartners für ihre eigenen politischen Ziele, so daß Konzessionen in der Agrarpolitik notwendig wurden, nicht zuletzt auch, da Hugenberg hier auf volle Unterstützung Hindenburgs rechnen konnte.

Die letzte große Maßnahme deutschnationaler Agrarpolitik war die Entschuldung der deutschen Bauern zu Lasten der Gläubiger. Im Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, das gleichzeitig mit dem ersten Arbeitsbeschaffungsgesetz am 1. Juni 1933 verkündet wurde[108], war die Sanierung der verschuldeten Güter durch eine Reduzierung der Verbindlichkeiten, durch Zinssenkungen und zum Teil auch durch Landabgabe vorgesehen. Unter Aufhebung bisheriger Privatrechtsbeziehungen fand eine Teilenteignung der Kreditgeber statt, die ihrerseits, soweit es sich um Ausländer handelte, Entschädigungen aus der Reichskasse erhalten konnten. Dieses Entschuldungsgesetz wurde im Mai 1934 durch das speziell auf die ostdeutschen Verhältnisse zugeschnittene Roggenschuldengesetz ergänzt[109]. Die Entschuldungsaktion war eine jener Maßnahmen, deren Durchführung den „Mut zu einer gewissen Unpopularität", wie Hitler ihn vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat ankündigte, erforderte und dessen Berechtigung er aus der überragenden Bedeutung der Bauernschaft für die Existenz des gesamten Volkes ableitete[110]. Tatsächlich wurde von der Entschuldung neben den Banken auch der gewerbliche Mittelstand und das Landhandwerk betroffen, ohne daß man sich gegen die Landwirtschaft, die hier den Dank für ihre Unterstützung der „nationalen Revolution" erhielt, hätte durchsetzen können.

Eine Gesamtbetrachtung der agrarpolitischen Maßnahmen zwischen Februar und Juli 1933 bestätigt, daß die Landwirtschaftspolitik in ihrer einseitigen Interessengebundenheit ausgeprägt deutschnationalen Charakter besaß. Hitler mußte Hugenberg hier einige Monate frei schalten lassen, um seine Position in den anderen

[107] Ministerbesprechungen v. 8. 2., 7. 5., 11. 5., 15. 3. u. 20. 3. 1933, Archiv IfZ Fa 203/1.
[108] RGBl I, 1933, S. 331–344.
[109] RGBl I, 1933, S. 391f.
[110] Hitler vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat am 5. 4. 1933, Schultheß' 1933, S. 83.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bereichen zu festigen. Auf lange Sicht widersprach das jedoch der nationalsozialistischen Zielsetzung einer Agrarpolitik, die über die Interessenpolitik hinaus die Verwirklichung ideologisch-rassischer Ziele vorsah. Es widersprach auch dem totalen Machtstreben Hitlers, der es auf die Dauer nicht zulassen konnte, daß ein so wichtiger gesellschaftlicher Bereich dem nationalsozialistischen Einfluß entzogen blieb. Die Unterhöhlung der deutschnationalen Position wurde schon am 4. April 1933 sichtbar, als Darré die Zusammenfassung sämtlicher Agrarverbände in einer Reichsführergemeinschaft unter seiner Leitung gelang[111]. Wenige Wochen später erfolgte die Besetzung der Schlüsselstellungen im Reichslandbund und im Deutschen Landwirtschaftsrat durch Nationalsozialisten, so daß im Mai 1933 der deutschnationalen Spitze des Reichslandwirtschaftsministeriums die von Nationalsozialisten beherrschten Verbände gegenüberstanden, deren Vertreter offen die Ablösung Hugenbergs forderten.

In der im April beginnenden Entmachtung Hugenbergs sowie den damit zusammenhängenden persönlichen und sachlichen Konflikten mit Darré finden sich die Ursachen von Hugenbergs Rücktritt Ende Juni 1933. Die Anlässe – ein von Hugenberg auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz vorgelegtes Memorandum, das vom Kabinett nicht gebilligt wurde, sowie die Nichterfüllung der Hugenbergschen Forderung auf Ablösung des nationalsozialistischen Ministerialdirektors Posse[112] – zeigten die Machtlosigkeit des deutschnationalen Parteiführers. Sein Nachfolger im Landwirtschaftsministerium wurde Darré, der sich schon im Juli 1933 die alleinige Befugnis zum Neuaufbau der landwirtschaftlichen Organisationen sicherte und im September 1933 mit der Begründung des Reichsnährstandes und der Verabschiedung des Erbhofgesetzes die ideologischen und staatsdirigistischen Intentionen nationalsozialistischer Agrarpolitik zu verwirklichen begann. Nach dem deutschnationalen Zwischenspiel von fünf Monaten, in dem eine traditionelle Interessenpolitik ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde die totale Machtergreifung auch in der Landwirtschaft sichtbar, die zu einer radikaleren Neuorientierung führte als die gleichzeitige Neuberufung von Schmitt an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums im Bereich der nichtagrarischen Wirtschaftspolitik. Zwar blieb von Rohr bis Anfang 1934 noch Staatssekretär, doch hatte das keine praktische Bedeutung. Es diente nur der Beschwichtigung der Großgrundbesitzer, die von Darré eine Reaktivierung der Siedlertätigkeit in Ostelbien befürchteten, die unter Hugenberg bedeutungslos geworden war[113].

Tatsächlich war die Siedlertätigkeit nur 1933 und 1934 von Belang. Doch auch

[111] Schultheß' 1933, S. 83. Zu den einzelnen Stufen der Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Verbände siehe Bracher-Sauer-Schulz, a. a. O., S. 186ff. Weiterhin die Dokumentation „Zum Rücktritt Hugenbergs 1933", in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 193ff.

[112] Hierzu Ministerbesprechung v. 23. u. 27. 6. 1933, Archiv IfZ Fa 203/2.

[113] Dafür typisch ein Schreiben an Hindenburg vom Januar 1934, in dem auf die Gefahren der Ostsiedlung hingewiesen wird. Bundesarchiv R 43 II/193. Weiterhin die Kritik in der Denkschrift von Rohr zur Agrarpolitik vom Juli 1934, R 43 II/193. In dieser Denkschrift wird der gesamte agrarpolitische Kurs von Darré, besonders das Erbhofgesetz und der Reichsnährstand, abgelehnt.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in diesen beiden Jahren überschritt die Zahl der angesiedelten Personen nur knapp den Durchschnitt der Jahre 1919/32. Danach spielte die vorher propagandistisch so wichtige Siedlungstätigkeit keine Rolle mehr. Gemessen an der Zahl der Neusiedler war sie unwichtiger als in der Weimarer Republik[114]. Das Mißverhältnis von Agrarideologie und praktischer Politik, das schon in den Zwanziger Jahren ausgeprägt gewesen ist, hat sich nach 1933 noch weiter verschärft.

Es wäre sicher falsch, die Bedeutung der Agrarpolitik im Gesamtbereich der Hitlerschen Wirtschaftspolitik zu unterschätzen. Hitler erkannte sehr klar die innenpolitische Bedeutung einer befriedeten Landwirtschaft für die Stabilität des Regimes und trug dem durch weitgehende Verringerung des bäuerlichen Existenzrisikos Rechnung. Die Agrarpolitik ergab sich zudem in den ersten Monaten aus taktischem Zugeständnis an den noch unentbehrlichen politischen Partner. Später übernahm sie neben der kriegsnotwendigen Autarkisierung die Funktion des ideologischen Stimulans im Bereich der Wirtschaftspolitik, die seltsam mit der Wirklichkeit einer Industriegesellschaft kontrastierte. Trotz dieser Wichtigkeit des agrarpolitischen Sektors und aller damit verbundenen Konzessionen an die Landwirtschaft darf aber nicht übersehen werden, daß die Wirtschaftspolitik insgesamt von Anfang an ihre entscheidende Ausrichtung vom Ziel der Aufrüstung erhalten hat, die allein mit der Großindustrie zu verwirklichen war. Letztlich spielten somit die agrarischen und mittelständischen Dogmen und Wünsche – so wichtig sie aus taktischen Überlegungen in der Anfangszeit sein mochten – doch nur eine sekundäre Rolle, deren Bedeutung nach dem hier betrachteten Zeitraum (also ab 1934) schnell schwand.

[114] Von der Siedlung wurden zwischen 1919 und 1933 250 000 Personen betroffen, das waren 0,4% der Gesamtbevölkerung. Rechnet man die 90 000 Personen aus der Zeit von 1933–1939 hinzu, so beträgt die Quote knapp 0,5%. Hierzu Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 113.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SIEGFRIED BAHNE

DER „TROTZKISMUS" IN GESCHICHTE UND GEGENWART

G. W. Plechanow, der „Vater des russischen Marxismus", stellte in seiner Abhandlung über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, in der er die Umgestaltung der gesellschaftlichen Einrichtungen letztlich auf die Veränderung der „ökonomischen Bedingungen" zurückführte, gleichwohl fest: „Diese Umgestaltung geschieht niemals ‚von selbst'; sie erfordert stets die Einmischung der *Menschen*, denen auf diese Weise große gesellschaftliche Aufgaben erwachsen. Als große Männer bezeichnet man eben diejenigen, die mehr als die anderen zu deren Lösung beitragen. Eine *Aufgabe lösen*, bedeutet aber nicht, bloß ein ‚Symbol' und ein ‚Anzeichen' dafür zu sein, daß sie gelöst ist."[1] Wenige Jahrzehnte nach dieser Anerkennung der Bedeutung der „großen Männer" von marxistischer Seite brachte die bolschewistische Oktoberrevolution eine Bestätigung der Plechanowschen These. Denn man kann wohl mit Recht sagen, daß ohne die entschlossene Ausnutzung der günstigen Situation im damaligen St. Petersburg vor allem durch zwei Männer, Lenin und Trotzki, dieses umwälzende Ereignis nicht oder jedenfalls *so* nicht stattgefunden hätte. Nicht ohne Grund feierte die „Prawda" noch im März 1923 den damaligen Kriegskommissar Trotzki als „Organisator des Sieges"[2]. Nur wenige Jahre später aber war derselbe Name in der Sowjetunion zum Symbol für angeblich konterrevolutionäre antisowjetische Bestrebungen geworden; Trotzki wurde als „Agent des Klassenfeindes" beschimpft[3], der „Trotzkismus" als parteifeindliche Ideologie dem „Leninismus" gegenübergestellt.

Lew Dawidowitsch Bronstein – so lautete sein wirklicher Name, Trotzki nannte er sich seit seiner Flucht aus Sibirien im Jahre 1902 – war 1879 als Sohn eines fast analphabetischen jüdischen Grund- und Mühlenbesitzers im Gouvernement Cherson in der südlichen Ukraine geboren worden und auf dem Dorfe aufgewachsen. Als siebzehnjähriger Schüler sympathisierte er kurze Zeit mit den Narodniki (Volkstümlern), die die Befreiung Rußlands von den Bauern und nicht von dem zahlen-

[1] G. W. Plechanow, Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, Berlin 1945, S. 42f., vgl. aber auch S. 33f.: „Einflußreiche Persönlichkeiten können dank der Besonderheiten ihres Verstandes und Charakters das *individuelle Gepräge der Geschehnisse und einige ihrer besonderen Folgen* ändern, sie können ihre allgemeine Richtung nicht ändern, die durch andere Kräfte bestimmt wird." Vgl. K. Kautsky, Das Erfurter Programm, Neuaufl. Berlin 1965, S. 144; L. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Februarrevolution, Berlin 1931, S. 318f.

[2] Prawda-Artikel vom 14. 3. 1923 (Nr. 56), dt.: Inprekorr. III (1923), S. 453–455 (K. Radek).

[3] Vgl. z. B. Kommunistische Internationale XVIII (1937), S. 1089: „. . . In die Partei vermochten Spione ausländischer Spionagedienste einzudringen mit dem Oberspion Trotzki an der Spitze, der noch bei Lenins Lebzeiten von den deutschen Imperialisten Geld für die Durchführung seiner konterrevolutionären Arbeit erhalten hatte . . .". (E. Jaroslawski); P. Lang, L'Alliance du Trotzkisme et du Fascisme contre le Socialisme et la Paix, Paris, o. J.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mäßig geringen Proletariat erwarteten[4]. Schon vor seiner ersten Verbannung im Jahre 1899 aber näherte er sich – nach eigener Aussage innerlich widerstrebend – dem Marxismus, der ihn durch seine „sogenannte ‚Enge'" zunächst abschreckte. „Der Kampf um das System trug einen gespannten, oft verzweifelten Charakter", schrieb er später. Gerade *weil* der Marxismus ein so vollendetes System darstelle, habe er sich anfänglich von ihm abgestoßen gefühlt[5].

1902 glückte Trotzki die Flucht nach Westeuropa, wo er in London zum erstenmal mit Lenin zusammentraf, der ihn nach kurzer Zeit gern als vollberechtigtes Mitglied in das Redaktionskollegium der sozialdemokratischen Zeitung „Iskra" aufgenommen hätte, wogegen aber Plechanow Einspruch erhob[6]. Auf dem 2. Kongreß der russischen Sozialdemokratie im Juli – August 1903 in London spaltete sich die faktisch eben erst gegründete Partei wegen Meinungsverschiedenheiten in der Organisationsfrage: Lenin und seine Anhänger (wegen ihrer Mehrheit bei der Schlußabstimmung seitdem „Bolschewiki" genannt) verlangten die Umwandlung der illegalen Partei in eine Kaderpartei mit streng zentralistischem Aufbau, die „Menschewiki" um L. Martow und P. B. Axelrod traten dagegen für die Beibehaltung des hergebrachten sozialdemokratischen Parteityps auch für die illegale russische Sozialdemokratie ein; Mitglied sollte nach ihrer Meinung jeder werden können, der die Partei unterstützte und ihre Ziele billigte. Obwohl Lenin ihn für seinen Standpunkt zu gewinnen suchte, schloß sich Trotzki keiner der beiden Gruppierungen oder „Fraktionen" fest an. Wie Trotzki später berichtete, hoffte er lange Zeit, sie wieder miteinander aussöhnen zu können[7].

[4] Vgl. über die Hauptvertreter der sogen. „subjektiven Soziologie", P. L. Lawrow und N. K. Michailowski: W. Markert, „Eine politische Soziologie in Rußland", in: Archiv für Kulturgeschichte XXIII (1933), S. 255–274; J. H. Billington, Mikhailovsky and Russian Populism, Oxford 1958. – Trotzki war damals vor allem von Bentham, Mill und Tschernyschewski beeindruckt (später auch von Lassalle).

[5] L. Trotzki, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930, S. 93–124, 119: „Ich fand später bei Marx, Engels, Plechanow, Mehring eine Bestätigung dessen, was mir im Gefängnis als meine eigenen Gedanken erschienen war und was nur einer Kontrolle und Begründung bedurft hatte. Den historischen Materialismus habe ich zuerst in einer nicht dogmatischen Form aufgenommen. Die Dialektik offenbarte sich mir anfangs nicht in ihren abstrakten Formulierungen, sondern als lebendige Triebfeder, die ich im historischen Prozeß wahrnahm, soweit ich mich bemühte, ihn zu begreifen." Ferner: I. Deutscher, The Prophet Armed, Trotsky: 1879–1921, Oxford UP 1954 (zit. Deutscher I), S. VII f., 22–49; G. A. Živ, Trockij, Charakteristika po lichnym vospominaniam, New York 1921, S. 9 ff.; M. Eastman, Leon Trotsky: The Portrait of a Youth, New York 1925, S. 33 ff., 64; W. Giusti, Il pensiero di Trotzky, Florenz 1949, S. 41 ff.

[6] Trotzki, Mein Leben, S. 146–149; ders., Über Lenin. Material für einen Biographen, Berlin 1933, S. 40 f.; Deutscher I, S. 59, 62 f.; N. Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, 2. Aufl. Berlin 1960, S. 92 f., 109, 237 f.

[7] Vgl. D. Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, Köln-Graz 1962, S. 392–408; J. L. H. Keep, The Rise of Social Democracy in Russia, Oxford 1963, S. 107–148; Eastman, Trotsky, S. 171; V. Serge, Vie et Mort de Trotsky, Paris (1951), S. 18; Deutscher I, S. 72–88, 178; L. Schapiro, The Communist Party of the Soviet Union, New York (1960), S. 46 ff.; H. Brahm, Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins, Die ideologische Auseinandersetzung 1923–1926, Köln (1964), S. 42 ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach Lenins Meinung ließen sich die Bolschewiken im Gegensatz zu den Menschewiken von einer Konzeption leiten, die er als „proletarischen Jakobinismus" definierte; bei Annahme dieser historischen Analogie wäre also die weniger radikale sozialdemokratische Fraktion mit den Girondisten zu vergleichen, und Lenin sprach auch verächtlich von den „Girondisten der heutigen Sozialdemokratie"[8]. Trotzki aber warnte nicht nur vor solchen Analogien mit dem Hinweis, die Geschichte wiederhole sich nicht, er bekämpfte auch Lenins Konzeption in scharfer Form in seinem „Bericht der sibirischen Delegation" und in der Axelrod gewidmeten Broschüre „Unsere politischen Aufgaben, Fragen der Taktik und der Organisation", die im Spätsommer 1904 in Genf erschien und damals einiges Aufsehen erregte. In ihr wies er auf die Unvereinbarkeit des Jakobinismus mit dem Sozialismus hin. Einmal an der Macht, hätten sich die Jakobiner nur mit Hilfe der Guillotine halten können. Statt „pädagogisch" die politische Selbsttätigkeit der russischen Arbeiter zu entwickeln, fordere Lenin eine hauptsächlich aus der marxistischen Intelligenz bestehende Partei, die *über* dem Proletariat stehen solle. Die Garantie für die Stabilität einer Partei sei jedoch in ihrem Fundament, in der aktiven und selbständigen Tätigkeit des Proletariats zu suchen und nicht in der organisatorischen Spitze. Lenin fordere die Ausschaltung aller, die gegen ihn seien, und der Zustand in der Partei gleiche so den Verhältnissen bei einem Belagerungszustand unter einem Diktator: „Diese Methoden führen in der Parteipolitik ... dazu, daß die Parteiorganisation an die Stelle der Partei tritt, dann das Zentralkomitee die Parteiorganisation ersetzt und zuletzt ein Diktator das Zentralkomitee...". Trotzki meinte, Lenins Definition der Sozialdemokratie sei „ein Attentat auf den Klassencharakter unserer Partei". Lenin habe noch nicht begriffen, daß man sowohl der gesellschaftlichen Entwicklung wie auch einer Partei nicht den Weg vorschreiben könne, den sie gehen sollten. Seine Theorie der proletarischen Diktatur postuliere, daß die Vorbereitung der Diktatur eine organisatorische Frage sei, die Diktatur durch einen Diktator gefestigt werden solle, und daß jede Abweichung „Opportunismus" sei. Trotzki, der Jakobiner und Blanquisten miteinander verglich, erklärte, wie jeder Opportunismus neige auch der jakobinische zu einer verschwörerischen Art der Machtergreifung. Er meinte demgegenüber, nicht dadurch, daß eine *über* dem Proletariat stehende Person oder Gruppe mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet werde, sondern nur durch die Vertiefung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse könne eine von Feinden bedrohte proletarische Diktatur siegen[9]. In

[8] Vgl. W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Berlin–Wien 1929, Bd. IV/2, S. 125–335 (Was tun?), Bd. VI, S. 1–40, 53–71, 93f., 111–135, 155ff., 188ff., 195–448 (Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, bes. S. 400), 461–480; P. Scheibert, Über Lenins Anfänge, in: Historische Zeitschrift Bd. 182 (1956), S. 549–556.

[9] N. Trockij, Naši političeskie zadači. Taktičeskie i organizacionnye voprosy, Genf 1904, passim; L. Trotzky, Our Revolution, Essays on Working-Class and International Revolution 1904–1917, New York 1918, S. 73; Deutscher I, S. 88–97; Serge, a. a. O., S. 270; B. D. Wolfe, Drei Männer, die die Welt erschütterten, Wien (1951), S. 294, 299, 316f. – Für Trotzkis spätere Selbstkritik wegen seiner Haltung nach dem II. Parteikongreß 1903 vgl. Mein Leben, S. 155, 157, 215.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vielen Punkten deckte sich diese Kritik Trotzkis nicht nur mit der der Menschewiki – nicht von ungefähr hatte Trotzki seine Broschüre Axelrod gewidmet –, sondern auch mit der Rosa Luxemburgs an Lenin[10]. Trotzki stellte zu jener Zeit Lenins „jakobinischer" Theorie eine „sozialistische Konzeption der revolutionären Demokratie" gegenüber.

In der ersten russischen Revolution von 1905 war Trotzki als zweiter Vorsitzender des St. Petersburger Sowjet weithin bekannt geworden. Nach dem Scheitern der Revolution und seiner Flucht aus der erneuten Verbannung entwickelte Trotzki die Grundzüge dessen, was später als „historischer Trotzkismus" bezeichnet worden ist. Dazu gehörte die Beurteilung der russischen Agrarfrage in ihrem Verhältnis zur Revolution. Die Wichtigkeit dieses Problems als des „Fundaments der Revolution", als Hilfe und Hauptschwierigkeit für die revolutionäre Partei zugleich, hatten sowohl Lenin als auch Trotzki rechtzeitig erkannt. In seinem im wesentlichen 1905 geschriebenen, 1906 veröffentlichten Aufsatz „Ergebnisse und Perspektiven" hebt Trotzki die Agrarfrage als eine der ersten und wichtigsten Fragen für eine Arbeiterregierung hervor; nach der Machtergreifung werde das Proletariat vor der Bauernschaft als Befreier erscheinen, da es alle revolutionären Veränderungen auf dem Lande anerkennen müsse und keineswegs versuchen dürfe, etwa den Boden sofort zu verstaatlichen. Auf dem V. Parteitag in London (13. 5. – 1. 6. 1907) legte Trotzki ebenfalls seinen Standpunkt in dieser Frage dar, und Lenin, der seinerseits die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" forderte und von den „einheitlichen Interessen des Proletariats und der Bauernschaft" im Kampf gegen die Konterrevolution überzeugt war, stimmte in dieser Frage und der Stellung zu den bürgerlichen Parteien, vor allem den liberalen Kadetten (Konstitutionellen Demokraten), weitgehend mit ihm überein. Ähnlich wie Trotzki hatte Lenin 1905 gemeint, daß *nach* dem Durchgang durch die Periode der demokratischen Revolution die Situation sich ändern werde, denn dann würde es „lächerlich anmuten, vom ‚einheitlichen Willen' des Proletariats und der Bauernschaft, von der demokratischen Diktatur usw. auch nur zu sprechen". Es handelte sich also für beide nur um ein taktisches und vorübergehendes Bündnis. Aber Lenin dachte der Bauernschaft eine größere Rolle bei der Revolution zu als Trotzki; er hielt sogar die Beteiligung einer selbständigen Bauernpartei für möglich, weshalb Trotzki ihn der *Über*schätzung der selbständigen Rolle der Bauern zieh. Lenin warf umgekehrt Trotzki deren *Unter*schätzung vor. Während beide in der Beurteilung des Agrarproblems zunächst vorwiegend taktische Meinungsverschiedenheiten hatten, sich im Grundsätzlichen aber weitgehend einig waren, änderte sich dies nach dem Londoner Kongreß[11].

[10] Vgl. J. P. Nettl, Rosa Luxemburg, Oxford UP 1966, S. 283–294; R. Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit XXII/2 (1904/05), S. 484 bis 492, 529–535; Lenin, Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 480–491. – Zur Terminologie vgl. R. Nürnberger, Die Französische Revolution im revolutionären Selbstverständnis des Marxismus, in: Marxismusstudien, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 61–76.

[11] Lenin, Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 44, 74–76, 88–90, 231f.; ebd. Bd. 12, Berlin 1959,

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1915 meinte Trotzki, daß der Imperialismus „das Proletariat der bürgerlichen Nation gegenüberstellt" und sich deshalb die revolutionäre Rolle der Bauernschaft verringern müsse. Lenin bezichtigte ihn deswegen der „Negierung" der Rolle der Bauern. Er schrieb, Trotzki helfe damit in Wirklichkeit den „liberalen Arbeiterpolitikern", die „unter der ‚Negierung' der Rolle der Bauernschaft den *mangelnden Willen* verstehen, die Bauern zur Revolution aufzurütteln!". 1917 modifizierte Lenin seine These von der Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft; er forderte nun ausdrücklich eine Diktatur des Proletariats und der *armen* Bauern[12].

Nach der Oktoberrevolution erklärte Trotzki, der Bürgerkrieg sei im Wesentlichen ein „Kampf um die politischen Reserven" gewesen, besonders um die Bauern, aber „die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung können nur im internationalen Maßstab gelöst werden, in der Arena der proletarischen Weltrevolution"[13]. Diese späteren Stellungnahmen Trotzkis sind der eigentliche Grund für die dann folgenden Angriffe Stalins und seiner Anhänger auf Trotzkis Bauernpolitik gewesen: von den neuen Meinungsverschiedenheiten aus wurden die früheren Differenzen zwischen Lenin und Trotzki auch in dieser Frage vergrößert und vergröbert. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß Stalin in seinem Artikel „Die Oktoberrevolution und die Frage der Mittelschichten" vom 7. November 1923, in dem er u. a. die Loslösung der Bauernschaft von der Kapitalistenklasse als das Hauptverdienst der Revolution pries, Trotzki noch mit keinem Wort angriff. Auch dieser hat übrigens mehr als ein Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution nochmals die Wichtigkeit dieser Frage hervorgehoben, als er schrieb, daß das russische Proletariat 1917 keinesfalls an die Macht gelangt sein würde, wenn die Bourgeoisie die Agrarfrage gelöst hätte[14].

S. 473, 482; Trotzky, Our Revolution, S. 98, 133f.; ders., Februarrevolution, a. a. O., S. 373; ders., Die permanente Revolution, Berlin 1930, S. 95–102. O. Anweiler, Die Rätebewegung in Rußland 1905–1921, Leiden 1958, S. 105ff.; Deutscher I, S. 179f. – Trotzki sprach 1908/09 vom „Düngerhaufen des Liberalismus" und verzeichnete mit Freude, daß der russische Liberalismus „an innerer Wurmstichigkeit und konzentrierter Stupidität" beispiellos dastehe (Trotzki, Die russische Revolution 1905, Berlin 1923, S. 223, 217). Sinowjew bezeichnete 1923 die Anhänger Trotzkis und Plechanows von 1910 als „Versöhnungsbolschewiki": G. Sinowjew, Geschichte der KP Rußlands (B), (Petrograd-Hamburg) 1923, S. 163, vgl. auch 130f.

[12] Trotzki in: Naše Slovo, Nr. 217 (17. 10. 1915), dt. zit. in: N. Lenin – G. Sinowjew, Gegen den Strom, (Petrograd-Hamburg) 1921, S. 296; Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XVIII, Berlin-Wien 1929, S. 422; ders., Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 322, 356. – Trotzki wollte im Gegensatz zu Lenin nicht eine Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, sondern eine proletarische Diktatur, die sich auf die Bauernschaft stützt. Er warf Lenin vor, seine Konzeption des „Klassenasketismus" besitze einen „hoffnungslos idealistischen Charakter" (Trotzki, 1905, S. 228–230).

[13] L. Trotzki, Die Neue Ökonomische Politik Sowjetrußlands und die Weltrevolution (Petrograd-Hamburg) 1923, S. 5; ders., 1905, S. 6.

[14] J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, Berlin 1952, S. 96f., Bd. 5. S. 500f.; Trotzki, Februarrevolution, S. 60; vgl. M. Eastman, Since Lenin died, London 1925, S. 115: „The statement

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den Jahren nach dem II. Parteitag beschäftigte sich Trotzki eingehend mit der wirtschaftlich-sozialen Situation und Entwicklung Rußlands. Seine Studien hatten ihn schon 1904 zu der Überzeugung gelangen lassen, daß das – relativ schwache – russische Proletariat als Führer und Vorhut in einer nationalen russischen Revolution werde auftreten müssen. Andererseits könne – diese Ansicht war hauptsächlich eine Frucht der Erfahrungen der Revolution von 1905 – das Proletariat nur im Augenblick eines nationalen Aufstandes an die Macht gelangen. Daß es dazu grundsätzlich in der Lage sei, stand für ihn aber schon damals fest. Er meinte, der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie habe seine eigene Logik: Das Wachsen des proletarischen Klassenbewußtseins provoziere eine korrespondierende Reaktion der herrschenden Klassen, so daß der Klassenkampf schon lange vor der Durchführung der Konzentration der Produktion seinen Höhepunkt erreiche. Nur wo eine Hegemonie der Industrie über die Landwirtschaft, der Stadt über das Dorf bestehe, sei die Voraussetzung für ein Hinüberziehen der schwankenden Mittelschichten zum Proletariat gegeben. Der konzentrierte Charakter der russischen Industrie, das Fehlen eines revolutionär gestimmten Bürgertums und die politische Hilflosigkeit der dem „lokalen Kretinismus" verhafteten Bauernschaft führten aber dazu, daß trotz der absoluten Schwäche des russischen Kapitalismus und Proletariats bereits ein soziales Übergewicht der industriellen Bevölkerung über die ackerbautreibende bestehe, so daß Großbourgeoisie und Proletariat bereits jetzt im Klassenkampf höheren Grades aufeinanderstießen und das Proletariat „durch den inneren Gang der Dinge" zur Führung der Bauernschaft und zum Kampf um die Staatsgewalt getrieben werde. Trotzki glaubte, daß in Rußland eine nationale *bürgerliche* Revolution schon deshalb unmöglich sei, weil eine wirklich revolutionäre „bürgerliche Demokratie" fehle[15].

Grundvoraussetzung einer Revolution ist nach Trotzkis Meinung, daß sich das bestehende gesellschaftliche Regime als unfähig erweist, die lebensnotwendigen Aufgaben der Entwicklung einer Nation zu lösen. Der Vorbereitungsprozeß einer Revolution bestehe darin, daß die objektiven, in den Wirtschafts- und Klassenwidersprüchen enthaltenen Aufgaben das Bewußtsein der Massen verändern und ein neues politisches Kräfteverhältnis schaffen. Die materiellen Beziehungen bestimmten also nur das Flußbett der Prozesse, alles weitere hänge von den Verände-

---

that Trotsky deviated from Lenin on the peasant question is, according to the testimony of Lenin himself a lie." (s. Anm. 29). – Als theoretische Stütze der Bauernpolitik diente nicht zuletzt eine beiläufige Bemerkung von Marx in einem Brief an Engels vom 16. 4. 1856: „The whole thing in Germany wird abhängen von der Möglichkeit, to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasants' war. Dann wird die Sache vorzüglich." (K. Marx – F. Engels, Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 47). Vgl. Trotzki, Permanente Revolution, S. 130f.; E. H. Carr, The Bolshevik Revolution 1917–1923, Bd. 2, London 1952, S. 385–393.

[15] Trotzky, Our Revolution, S. 29ff., 102, 114, 116; ders., Rußland in der Revolution, Dresden 1910, S. 13, 28–37; ders., 1905, S. 254, vgl. 218: „Zugleich mit den gewerblichen Funktionen der Handwerkerdemokratie übernahm das russische Proletariat ihre Aufgaben, darunter auch die politische Hegenomie über die Bauernschaft" (aus: Der Kampf um die Macht, 1915).

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen des Kollektivbewußtseins ab, und nur die „synthetische Doktrin" der materialistischen Methode gestatte es überhaupt, hinter den „chinesischen Schatten" des politischen und ideologischen Kampfes die wirkliche Bedeutung der sozialen Kräfte zu erkennen[16]. Eine Revolution sei nur dann möglich, wenn innerhalb der bestehenden Gesellschaft eine Klasse existiere, die zur Lösung der von der Geschichte gestellten Aufgaben an die Spitze einer Nation zu treten vermöge. Und die von der Geschichte gestellte neue Aufgabe war nach Trotzkis Meinung die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Es ist in dieser Beziehung interessant, auf sein offenes Eingeständnis zu stoßen, daß für ihn (wie für viele andere Marxisten) nicht die Arbeiterklasse und die Verbesserung ihrer Lage, sondern der Sozialismus das Primäre gewesen ist. Er schrieb 1906, es sei eines der Hauptverdienste des Marxismus, im Proletariat eine am Aufbau des Sozialismus interessierte und zur Überwindung feindlicher Widerstände genügend starke soziale Macht entdeckt und gleichzeitig gezeigt zu haben, daß diese Klasse ihre Rettung nur im Sozialismus finden könne[17].

Das Studium der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Rußlands und die Erfahrungen der Revolution von 1905 hatten Trotzki zu der Überzeugung gebracht, daß in Rußland durchaus in absehbarer Zeit eine Revolution unter proletarischer Führung möglich sei. Allerdings machte er dabei die Einschränkung, daß eine proletarische Revolution nicht auf Rußland beschränkt bleiben könne. Bereits 1906 stellte Trotzki fest, daß die Maßnahmen einer russischen Arbeiterregierung von der gesamten historischen Erfahrung des internationalen Proletariats bestimmt werden müßten. Jedenfalls aber sei eine politische Herrschaft des Proletariats unvereinbar mit seiner wirtschaftlichen Sklaverei. Selbst eine nur vorübergehende politische Herrschaft des Proletariats werde den Widerstand des Kapitals entscheidend schwächen und dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse bedeutende Vorteile bringen. Und wie auch immer die weitere Entwicklung verlaufen werde, „ein europäischer Krieg ... bedeutet eine europäische Revolution", erklärte Trotzki damals[18].

Das Kernstück der Trotzkischen Ideen ist seine Lehre von der „permanenten Revolution"; sie hat ihre Wurzeln in der marxistischen Theorie, vor allem in der von Marx und Engels verfaßten Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten vom März 1850. Dieser Aufruf befaßte sich vor allem mit dem Verhältnis zwischen Kleinbürgertum und Proletariat, kleinbürgerlicher und proleta-

[16] L. Trotzki, Die russische Revolution. Oktoberrevolution, Berlin 1933, S. 231, 488; vgl. ders., Europa und Amerika, Berlin 1926, S. 10ff., sowie Lenins Darlegung der Kriterien einer revolutionären Situation in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 206f., und K. Kautsky, Der Weg zur Macht, Berlin 1909, S. 62. – Trotzki interpretierte den Marxismus als den „bewußten Ausdruck des unbewußten geschichtlichen Prozesses" und faßte eine Revolution als „rasende Inspiration der Geschichte" auf (Mein Leben, S. 320, 474).

[17] Trotzky, Our Revolution, S. 119f.

[18] Ebd., S. 130, 132, 142; vgl. ders., Rußland in der Revolution, S. 228–241.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rischer Revolution. Die aus den Erfahrungen der Revolution von 1848 abgeleitete, von Marx und Engels vorgeschlagene Taktik ist die, daß die revolutionäre Arbeiterpartei zusammen mit der Kleinbourgeoisie gegen die feudale oder großbürgerliche „Fraktion" kämpfen, zugleich aber verhindern solle, daß diese selbst ihre Herrschaft befestigen könne. Im Gegensatz zu den Kleinbürgern, die die Revolution möglichst schnell beenden wollten, sei es Aufgabe der Arbeiter, „die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt" und die Assoziation der Proletarier in allen wichtigen Ländern so weit vorgeschritten sei, daß die Konkurrenz untereinander bei ihnen aufgehört habe und die „entscheidenden produktiven Kräfte" in ihren Händen konzentriert seien. In seiner Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich" schrieb Marx 1850, daß der revolutionäre Sozialismus „die Permanenzerklärung der Revolution, ... die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt" darstelle[19]. – Von diesem „Kriegsplan gegen die Demokratie" ging Trotzki bei der Ausarbeitung seiner eigenen Permanenztheorie aus.

Die Permanenztheorie ist eine Hauptursache für die Unterscheidung des „Trotzkismus" als einer Sekundärlehre vom Marxismus. Dieser Terminus wurde als abwertende Bezeichnung von gegnerischer Seite geprägt, und zwar Trotzkis Mitteilung zufolge nach 1905 von dem russischen liberalen Politiker und Historiker P. N. Miljukow[20]. Auch Lenin bediente sich später dieser Bezeichnung, und nach fast zwei Jahrzehnten griffen Stalin, Sinowjew und Kamenew sie als Kennwort für eine „Abweichung" vom Marxismus-Leninismus wieder auf. Trotzki selbst, der sich als Marxisten und später Leninisten betrachtete, hat diesen Terminus lange Zeit als verleumderisch abgelehnt. So distanzierte er sich z.B. noch im Dezember 1926 von dem „sogenannten Trotzkismus", der künstlich fabriziert werde, „gegen meinen Willen, gegen meine Überzeugung, gegen meine wirkliche Auffassung"[21]. – Ihren ersten schriftlichen Niederschlag fand die Permanenztheorie, die Trotzki 1904/05 ursprünglich zusammen mit seinem damaligen Freund Alexander Parvus-Helphand ausgearbeitet hatte, in dem bereits erwähnten Aufsatz „Ergebnisse und Perspektiven" aus den Jahren 1905/06. Hier hatte Trotzki auch schon ausgeführt, daß das russische Proletariat trotz seiner Schwäche bereits zur revolutionären Initiative fähig sei, aber nur mit einer wichtigen Einschränkung die einmal errungene Macht in Rußland werde behaupten können: „Ohne direkte politische Hilfe des

[19] Marx-Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 247f., 89f. Vgl. u. a. Trotzki, Permanente Revolution, S. 26; D. Rjazanov, Očerki po istorii marksizma, Moskau-Leningrad 1928, Bd. I, S. 105f.; T. I. Ojerman, Razvitie marksistskoj teorii na opyte revoljucii 1848 g., Moskau 1955, S. 134–154.

[20] Trotzki, Mein Leben, S. 213, 273. Stalin behauptete demgegenüber, das Wort „Trotzkismus" sei zuerst von Lenin gebraucht worden (Werke, Bd. 10, Berlin 1953, S. 64), obwohl dieser erst im Frühjahr 1914 vom „bloßen ‚Trotzkismus'" gesprochen hat (Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 333).

[21] Protokoll, Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 22. 11. bis 16. 12. 1926, Hamburg-Berlin 1927, S. 580.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

europäischen Proletariats wird die russische Arbeiterklasse nicht in der Lage sein, die Macht zu behaupten und ihre zeitweilige Herrschaft in eine permanente sozialistische Diktatur umzuwandeln. Wir können das nicht einen Augenblick bezweifeln. Andererseits ist es keine Frage, daß eine sozialistische Revolution im Westen es uns erlauben würde, die zeitweilige Herrschaft der Arbeiterklasse sofort in eine sozialistische Diktatur zu überführen." Die Revolution von 1905 erschien Trotzki als eine glänzende Bestätigung seiner Theorie. Diese Revolution hatte trotz ihres Fehlschlags in seinen Augen dem russischen Proletariats deutlich „die Perspektive der Machteroberung eröffnet"[22].

Ergänzt werden muß hier noch die Beurteilung der Bauernschaft im Rahmen der Permanenztheorie. Wie wir gesehen haben, befürwortete Trotzki ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft; dies konnte aber für ihn nur so lange Bestand haben, wie das Proletariat keine tiefen Eingriffe in das bürgerliche Eigentum vornehme. Danach werde es zu feindlichen Zusammenstößen auch mit der breiten Masse der Bauernschaft kommen. „Die auf ihre eigene Kraft angewiesene Arbeiterklasse Rußlands wird in dem Augenblick, da sich die Bauernschaft von ihr abwendet, unvermeidlich von der Konterrevolution zerschmettert werden. Es wird ihr nichts anderes übrigbleiben, als das Schicksal ihrer politischen Herrschaft ... mit dem Schicksal der sozialistischen Revolution in Europa zu verbinden", hieß es schon 1906 in „Ergebnisse und Perspektiven"[23].

[22] Trotzky, Our Revolution, S. 136f. (Übers.); ders., Mein Leben, S. 172; ders., Permanente Revolution, S. 69, 88ff. Vgl.: F. Mehring, Die Revolution in Permanenz, in: Die Neue Zeit XXIV/1 (1905/06), S. 169–172; W. Scharlau, Parvus und Trockij: 1904–1914, Ein Beitrag zur Theorie der permanenten Revolution, in: Jbb. f. Gesch. Osteur. NF X (1962), S. 349 bis 380; Trotzky, Stalin, Eine Biographie, Köln-Berlin 1952, S. 551ff.; I. Deutscher, S. 99 bis 105, 145–163, 219f.; Brahm, a. a. O., S. 29–34; H. Schurer, The Permanent Revolution, Metamorphosis of an Idea, in: Soviet Survey No. 32 (1960), S. 68–73; G. Vestuti, La Rivoluzione Permanente, Mailand 1960; G. Migliardi, Trotzky dal menscevismo alla ‚rivoluzione permanente', in: Rivista Storica del Socialismo No. 9 (1960), S. 89–129; Nettl, a. a. O., S. 339, 361f., 504.

[23] Trotzky, Our Revolution, S. 144 (Übers.). – In der „literarischen Diskussion" d. J. 1924 rügte N. J. Bucharin: „Genosse Trotzki hat in seiner Theorie der permanenten Revolution 1. weder die allgemeine Fragestellung über die Bauernschaft, noch 2. die Methoden der Führung der Bauernschaft durch das Proletariat noch 3. die verschiedenen Etappen der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft im Verlaufe unserer Revolution überhaupt begriffen ... Die Bauernschaft ist auf unserem Planeten in überaus großer Mehrheit. Wenn das Proletariat nicht über die Mittel verfügt, diese Mehrheit hinter sich herzuführen, dann ist *entweder* auch die internationale Revolution zum Zusammenbruche verurteilt, *oder* sie muß ... so lange verschoben werden, bis sich auf dem Erdball eine proletarische Mehrheit gebildet haben wird." Trotzkis Fehler bestehe darin, daß er den lediglich *möglichen* Konflikt zwischen Proletariat und Bauernschaft für *unvermeidlich* halte. „Der Konflikt ist nur dann unvermeidlich, wenn sich das proletarische Regime für die Bauernschaft als weniger vorteilhaft erweist als das bürgerliche Regime ... Das ist aber gar nicht unvermeidlich." (Um den Oktober, [Hamburg 1925], S. 194ff.). Ein näheres Eingehen auf die damit angedeuteten Probleme, darunter das der sogen. „Schere" zwischen der landwirtschaftl. und industriellen Entwicklung in der Sowjetunion und die „rechten" und „linken" Lösungsversuche Mitte der 20er Jahre und seit 1928 ist hier nicht möglich. Vgl. z. B. R. V. Daniels, Das Gewissen der

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die *zentrale* Idee in den Theorien Trotzkis ist jedoch nach seinen eigenen Worten der Gedanke, daß die demokratischen Aufgaben zurückgebliebener Nationen in der gegenwärtigen Epoche zur proletarischen Diktatur führen, die dann die sozialistischen Aufgaben „auf die Tagesordnung stellt". Im Gegensatz zur traditionellen Meinung behauptet die Permanenztheorie also, daß in rückständigen Ländern, also in Ländern ohne moderne Industrie, Industriearbeiterschaft und demokratische Institutionen, die Demokratie nur eine „unmittelbare Einleitung zur sozialistischen Revolution" sei. So entstehe zwischen demokratischer und sozialistischer Revolution eine „Permanenz der revolutionären Entwicklung", meinte Trotzki in einer späteren Darstellung seiner Permanenztheorie. Der zweite Aspekt der Theorie bezieht sich bereits auf die sozialistische Revolution selbst. In ihr „mausere" sich die Gesellschaft, Zusammenstöße verschiedener Gruppen ereigneten sich, „eine Wandlungsetappe ergibt sich aus der anderen", und die Gesellschaft komme nicht ins Gleichgewicht. Diesen Zustand nannte Trotzki den „permanenten Charakter der sozialistischen Revolution als solcher". Der dritte Aspekt der Permanenztheorie betrifft den internationalen Charakter der sozialistischen Revolution. Diese Revolution beginne auf nationalem Boden, könne aber hier nicht vollendet werden. Die internationale Revolution ihrerseits stelle trotz aller zeitlichen Auf- und Abstiege ebenfalls einen permanenten Prozeß dar, der seinen Abschluß erst bei dem endgültigen Sieg der neuen Gesellschaftsordnung auf dem ganzen Planeten finde und für den die kapitalistische Weltwirtschaft den Boden vorbereitet habe. Kurz vor seinem Tod hat Trotzki die „Perspektive der permanenten Revolution" so beschrieben: „Der vollständige Sieg der demokratischen Revolution in Rußland ist vorstellbar nur unter der Form der Diktatur des Proletariats, das sich auf die Bauernschaft stützt. Die Diktatur des Proletariats, die unvermeidlich nicht nur demokratische, sondern auch sozialistische Aufgaben auf die Tagesordnung setzt, wird gleichzeitig der internationalen sozialistischen Revolution einen starken Impuls verleihen. Nur der Sieg des Proletariats im Westen wird Rußland vor der bürgerlichen Restauration schützen und ihm die Möglichkeit geben, den sozialistischen Aufbau bis zu Ende durchzuführen."[24]

So lautet in knapper Zusammenfassung in einem späteren Entwicklungsstadium Trotzkis Permanenztheorie, die sich auch auf eine Bemerkung von Marx im „Feuerbach"-Kapitel der 1845/46 geschriebenen „Deutschen Ideologie" stützen konnte. Dort heißt es u.a.: „... Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal' und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt." Diese Permanenztheorie war allerdings kaum in Einklang zu bringen mit der traditionellen, vor allem von Kautsky – und in der russischen Sozial-

Revolution, Köln-Berlin 1962, S. 301 ff., 573 ff.; D. Mitrany, Marx against the Peasant, 2. Aufl. London 1952; G. D. Jackson jr., Comintern and Peasant in East Europe 1919–1930, Columbia UP 1966.

[24] Trotzki, Permanente Revolution, S. 27–29, 158–163, 69, 103; ders., Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin 1929, S. 44; Trotzky, Stalin, S. 558.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

demokratie von Plechanow und den Menschewiki – vertretenen Ansicht des „orthodoxen Marxismus", daß Vorbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus die „*Reife der Verhältnisse*, der nötigen Höhe der industriellen Entwicklung" und „die Reife des Proletariats" seien. Nicht durch einen Putsch einer Minorität könne nach der Erkenntnis von Marx und Engels die Staatsgewalt erobert werden, meinte Kautsky, sondern „nur dort, wo die kapitalistische Produktionsweise hoch entwickelt sei, liege die ökonomische Möglichkeit vor, durch die Staatsgewalt das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches zu verwandeln; andererseits aber erstehe die Möglichkeit, die Staatsgewalt zu erobern und festzuhalten, für das Proletariat nur dort, wo es zu einer großen Masse anwachse, die ökonomisch unentbehrlich, zu großem Teil fest organisiert und über ihre Klassenlage sowie über das Wesen von Staat und Gesellschaft aufgeklärt sei"[25]. Alle diese Voraussetzungen trafen aber auf das zaristische Rußland nicht zu.

Welche Haltung hat Lenin Trotzkis Permanenztheorie gegenüber eingenommen, und wie und warum ist sie später zum antitrotzkistischen Schlachtruf Stalins geworden? Stalin sagte in seinen Vorlesungen über die Grundlagen des Leninismus, Trotzki und seine Anhänger hätte die Marxsche Idee der permanenten Revolution so „verballhornt", daß sie für den praktischen Gebrauch untauglich geworden sei, und nur Lenins erfahrener Hand sei es gelungen, die Fehler zu korrigieren und die Theorie in ihrer reinen Gestalt zu einem der Grundpfeiler seiner Revolutionstheorie zu machen. Wie Stalin zugab, stand Lenin ebenfalls – seit 1905 – auf dem Standpunkt der ununterbrochenen (oder permanenten) Revolution und bekämpfte die Anhänger der Permanenztheorie keineswegs wegen der revolutionären Permanenz, sondern wegen der Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft[26]. Lenin war in diesem Punkt weniger radikal als Trotzki, er trat z. B. für eine Koalition von Proletariat und Bauernschaft, die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" ein, die erst in einem späteren Stadium durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden könne. Im September 1905, als Trotzki

[25] Marx-Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 35; Trotzkij, Verratene Revolution, Antwerpen (1936), S. 58f.; K. Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, 2. Aufl. Wien 1918, S. 7ff., 58ff., 60: „Die Bolschewiki sind Marxisten . . . Ihre Diktatur widersprach jedoch der Marxschen Lehre, daß kein Volk naturgemäße Entwicklungsphasen überspringen oder wegdekretieren könne." Ders., Weg zur Macht, S. 8. Vgl.: Der einzige Weg (Zs. f. d. IV. Internationale), Nr. 2 (1938), S. 49 (W. Held); Kautsky, Die soziale Revolution, 2. Aufl. Berlin 1907, S. 59 bis 62; ders., R. Luxemburg, K. Liebknecht, L. Jogiches, (Berlin 1921), S. 5f., sowie die spätere Kontroverse zwischen Kautsky (Terrorismus und Kommunismus, Berlin 1919; Von der Demokratie zur Staatssklaverei, Berlin 1921) und Trotzki (Terrorismus und Kommunismus, Anti-Kautsky, Wien und Petrograd-Hamburg 1920).

[26] Stalin, Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 91–94 (ursprüngl. Fassung in: ders., Lenin und der Leninismus, Wien 1924, S. 43–47), Bd. 8, ebd., S. 17f. Vgl. u. a. Trotzki, Permanente Revolution, S. 83; Brahm, a. a. O., S. 34ff.: „. . . Lenin war der einzige, der der Theorie der permanenten Revolution Trotzkijs beträchtlich nahe kam, doch war er als versierter Marx-Kenner noch zu stark dem traditionellen marxistischen Gedankengut verhaftet, als daß er sich mit der gleichen Kühnheit über geheiligte Grundsätze hätte hinwegsetzen können wie der weniger vorbelastete Trotzkij . . .".

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seine Theorie entwickelte, schrieb Lenin aber auch: „... von der demokratischen Revolution werden wir sofort ... den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben."[27]

Ähnlich wie in der Agrarfrage war also auch hier der Ausgangspunkt zwischen Lenin und Trotzki weitgehend gemeinsam, im weiteren Verlauf kamen sie dann jedoch auch in dieser Frage zu abweichenden Ergebnissen. Lenin lehnte Trotzkis Permanenztheorie als „halbanarchistisch" ab und meinte, die „originelle Theorie Trotzkis" übernehme von den Bolschewiki den Appell zum entschlossenen revolutionären Kampf und von den Menschewiki die Negierung der Rolle der Bauernschaft. Seit 1908 standen Lenin und Trotzki einander in scheinbar unversöhnlicher Feindschaft gegenüber. Lenin nannte Trotzki einen „Schwätzer" ohne feste Anschauungen, dieser beklagte sich bei Kautsky darüber, daß Lenin eine „Verleumdungskampagne" gegen seine Zeitung („Prawda") und ihn persönlich führe[28]. – Obwohl Lenins Ablehnung der „absurd linken" Theorie Trotzkis deutlich zu sein scheint, behauptete Trotzki später, daß sich seine Position „in allen entscheidenden Situationen mit der Position Lenins deckte". In der Tat entsprach die bolschewistische Machtergreifung weitgehend Trotzkis Vorstellungen – der sich in der Organisationsfrage Lenin anschloß –, und im Februar 1919 erklärte Lenin: „... Ich meinerseits bestätige voll und ganz die Erklärung des Genossen Trotzki. Zwischen uns bestehen keinerlei Meinungsverschiedenheiten, und was die Mittelbauern betrifft, so gibt es darüber nicht nur zwischen mir und Trotzki, sondern allgemein in der kommunistischen Partei, der wir beide angehören, keine Meinungsverschie-

[27] Lenin, „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung", Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 225–234, 232f.: „... Wir werden mit allen Kräften der gesamten Bauernschaft helfen, die demokratische Revolution zu vollbringen, *damit* es uns, der Partei des Proletariats, *um so leichter sei*, möglichst rasch ... zur sozialistischen Revolution überzugehen." Vgl. ebd., S. 76f., 90, 445f.: „... der klassenbewußte Arbeiter ... weiß, daß es keinen andern Weg zum Sozialismus gibt als den über den Demokratismus, über die politische Freiheit", sowie Bd. 8, Berlin 1958, S. 571f., und Bd. 33, Berlin 1962, S. 34 (Oktober 1922).

[28] Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVIII, Berlin-Wien 1929, S. 420–422; ders., Werke, Bd. 8, S. 281, 284, Bd. 17, Berlin 1962, S. 351. Vgl. u. a. ebd., S. 3–7, 29, 202, 231, Bd. 16, Berlin 1962, S. 396–399, und Bd. 20, S. 153, 331–333, 347f.; Trotzki an Kautsky, 5. 7. 1911 (Kautsky-Archiv im IISG, Amsterdam, D XXII 169): „Seit 1 1/2 Jahren bin ich in der russischen Partei das Objekt der wüstesten Verleumdungskampagne (NB: unter Verleumdungen verstehe ich hier nicht etwa Beschuldigungen an ‚Opportunismus' und ‚Verrat des Proletariats' – eine zu billige Münze bei uns, um auf sie acht zu geben, – sondern *bewußte Lügen, kalt ersonnene Tatsachen, gefälschte Zitate* die dazu dienen sollen, den politischen Gegner moralisch zu diskreditieren) ..."; sowie Trotzkis Brief an N. S. Tscheïdse vom 1. 4. 1913 (E. Jaroslawski, Aus der Geschichte der KPdSU (B), Bd. 1, Hamburg-Berlin 1929, S. 345), in dem er schrieb: „Das ganze Gebäude des Leninismus in der gegenwärtigen Zeit ist auf Lüge und Falschheit aufgebaut und trägt die giftigen Bestandteile der eigenen Zersetzung in sich." Ferner: Trotzki, 1905, S. 222–231; Carr, Bolshevik Revolution, Bd. 1, S. 57ff. Trotzki wollte diese Kontroversen später abschwächen (Mein Leben, S. 500); er war der Ansicht, daß Lenin seinen Aufsatz „Ergebnisse und Perspektiven" nicht gelesen hatte (Permanente Revolution, S. 47f.).

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denheiten."[29] Zweifellos stimmten beide nach der Oktoberrevolution in ihrer dringenden Erwartung der europäischen Revolution und der Beurteilung der russischen Umwälzung als lediglich der ersten Etappe der proletarischen Weltrevolution überein, und diese Haltung bezeichnete Trotzki als den „Kern der Doktrin der permanenten Revolution"[30]. Doch bleibt die Tatsache bestehen, daß Trotzkis Permanenztheorie radikaler – und theoretischer – war als die Lenins, der weniger Wert darauf legte, seine Gedanken systematisch auszuführen, als vielmehr darauf, je nach der wechselnden Situation eine – theoretisch fundierte – brauchbare Faustskizze für den Augenblick der Aktion zu entwerfen[31]. Daher lassen sich bei ihm „Bruchstellen" finden, die die Möglichkeit boten, daß sowohl Trotzki mit seiner Permanenztheorie als auch – allerdings in wesentlich geringerem Ausmaß – Stalin mit seiner These, daß die Leninsche Lehre von der Ungleichmäßigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung in der Periode des Imperialismus die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in *einem* Lande einschließe, bei entsprechender Auswahl und Ausdeutung sich auf Lenin berufen konnten, wobei Trotzki in theoretischer Hinsicht die größere innere Berechtigung auf seiner Seite hatte[32].

Wir können zusammenfassend sagen: Vor 1917 stand Lenin Trotzki und seinen Theorien zunächst schwankend, dann ablehnend gegenüber, in der Zeit der Aktion 1917 aber schwanden die theoretischen Differenzen schnell dahin[33], so daß Lenin schon kurz nach seiner Rückkehr nach Rußland von Parteifreunden wie L. B. Kamenew des „Trotzkismus" beschuldigt wurde. Schrieb Trotzki im August 1917: „Ein sicherer, entscheidender Erfolg ist für uns undenkbar außerhalb der europäischen Revolution", so sagte Lenin im März 1918: „Es ist absolut wahr, daß wir ohne die deutsche Revolution zu Grunde gehen." Deshalb bestehe die unbedingte „Notwendigkeit, die internationale Revolution hervorzurufen"[34]. Unmittelbar vor,

[29] Trotzki, Permanente Revolution, S. 31; Lenin, Werke, Bd. 36, Berlin 1962, S. 490; vgl. u. a. Deutscher I, S. 256f.; Brahm, a. a. O., S. 51ff.

[30] Trotzki, Probleme der Entwicklung der USSR, Plattformentwurf der Internat. Linksopposition zur russischen Frage, Berlin 1931, S. 22.

[31] Vgl. z. B. Lenin, Werke, Bd. 9, S. 75f.: „Konkrete politische Aufgaben muß man in einer konkreten politischen Situation stellen. Alles ist relativ, alles fließt, alles ändert sich . . . Es gibt keine abstrakte Wahrheit. Die Wahrheit ist immer konkret." (Juni/Juli 1905). Vgl. Trotzki, 1917, S. 44. – Trotzki meinte, daß Lenin, „dieser größte Maschinist der Revolution", stets von *einer* Idee beherrscht worden sei, dem Ziel; für Lenin sei das Studium der Wirklichkeit lediglich „theoretische Auskundschaftung im Interesse der Aktion" gewesen (Über Lenin, S. 28; Oktoberrevolution, S. 289).

[32] Vgl. etwa Lenin, Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 78, 85, Bd. 32, Berlin 1961, S. 335, Bd. 33, Berlin 1962, S. 191, 464f.; Trotzki, Oktoberrevolution, S. 684–687; Stalin, Werke, Bd. 3, Berlin 1951, S. 235 (August 1917); Daniels, a. a. O., S. 309; Protokoll VII. EKKI Plenum, a. a. O., S. 487–520, 785–836 (Stalin), 548–570 (Sinowjew), 580–593 (Trotzki); A. Martynow, Genosse Trotzki verteidigt sich, in: Die Kommunist. Internationale VII (1926), S. 398–411; Die Internationale VIII (1925), S. 92–100, 118–128 (E. Schneller); S. W. Page, Lenin and World Revolution, New York UP 1959.

[33] Vgl. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 384ff., Bd. 24, Berlin 1959, S. 4; Trotzki, Mein Leben, S. 318f.

[34] Trotzki, Oktoberrevolution, S. 684; Lenin, Werke, Bd. 27, S. 85, 78. Vgl. Trotzki,

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

während und nach der Revolution bestand volle Übereinstimmung zwischen den beiden zu jener Zeit wichtigsten bolschewistischen Führern in allen Hauptfragen, und dies nicht etwa deshalb, weil Trotzki sich in allen Punkten Lenin unterworfen hätte. In seinem Brief an M. S. Olminski wies Trotzki 1921 darauf hin, daß er wohl mit seiner Beurteilung der „Organisationsfrage" und des Fraktionskampfes in der russischen Sozialdemokratie geirrt habe, mit seiner Analyse der inneren Kräfte der Revolution und ihrer Perspektiven jedoch sei er im Recht gewesen[35]. Sein Freund A. A. Joffe bestätigte dies in seinem Abschiedsbrief vor seinem Freitod im November 1927, in dem er schrieb: „Sie haben von 1905 an politisch immer Recht gehabt, und auch Lenin gab [in einem 1919 geführten Gespräch, d. V.] zu ..., im Jahre 1905 seien Sie, und nicht er im Recht gewesen..."[36]. Stalin behauptete demgegenüber, Lenin habe bis zu seinem Tode Trotzkis Theorie abgelehnt und als „Sozialdemokratismus" gebrandmarkt. Auf dem VII. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Herbst 1926 bezeichnete Trotzki jedoch nicht nur seinen früheren Kampf gegen Lenin und die bolschewistische Partei als einen Fehler, sondern erklärte auch, daß er die Theorie der permanenten Revolution niemals, „auch damals nicht, als ich ihre Mängel noch nicht erkannt hatte, als eine universale Theorie, die überhaupt für alle Revolutionen gültig ist", aufgefaßt habe. Sie habe sich nur auf eine bestimmte Entwicklungsetappe in der geschichtlichen Entwicklung Rußlands bezogen, sei falsch gewesen, „soweit sie sich von den leninistischen Auffassungen unterschied", aber es sei „doch manches richtige an ihr, das mich eben zum Bolschewismus führte"[37]. Wenige Jahre darauf hat er die „Lücken" seiner Permanenztheorie „ergänzt" und sie zur „universalen Theorie" ausgebaut.

Oktoberrevolution, S. 675: „Die Oktoberumwälzung führten wir zurück letzten Endes nicht auf die Tatsache der Rückständigkeit Rußlands, sondern auf das Gesetz der kombinierten Entwicklung. Die historische Dialektik kennt keine nackte Rückständigkeit, wie auch keine chemisch reine Fortschrittlichkeit. Alles liegt an den konkreten Wechselbeziehungen ...". – Lenins „Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus" (Werke, Bd. 21, S. 345f.) lautet: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der ... kapitalistischen Welt *entgegenstellen*, würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen." Stalin warf Trotzki vor, sich gegen dieses Gesetz gewandt zu haben, das „Trotzkis Theorie der permanenten Revolution über den Haufen wirft" (Werke, Bd. 8, Berlin 1952, S. 279); vgl. dazu Trotzki, Permanente Revolution, S. 122ff.

[35] Trotzki an M. S. Olminski in: Za leninizm, Sbornik statej, Moskau-Leningrad 1925, S. 487f. (dt. zit.: Stalin, Werke, Bd. 8, S. 298f.). Vgl. Trotzki, Permanente Revolution, S. 54; ferner u. a. W. H. Chamberlin, Die russische Revolution 1917–1921, Bd. 1, Frankfurt/M. (1958), S. 144.

[36] Joffes Brief in: Trotzki, Die wirkliche Lage in Rußland, Hellerau b. Dresden (1928), S. 259–266; vgl. ders., Mein Leben, S. 519.

[37] Protokoll VII. EKKI-Plenum, a. a. O., S. 582f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lenin hinterließ bei seinem Tod seinen Nachfolgern ein echtes politisches und ideologisches Problem. Immer wieder hat Trotzki, von der Permanenztheorie ausgehend, die Bindung des Schicksals des isolierten Arbeiterstaats an den weiteren Gang der Weltgeschichte betont und hervorgehoben, daß der grundsätzliche Widerspruch zwischen dem Sowjetstaat und der kapitalistischen Welt unüberbrückbar sei, daß man nur die Ruhepause verlängern und Zeit gewinnen könne bis zur Rettung durch die internationale Revolution, die Rußland dann „ins Schlepptau nehmen" könne; man vermöge aber nicht die internationale Bourgeoisie bis zum Aufbau des Sozialismus zu „neutralisieren", wie Stalins Konzeption es anstrebte. Auch nach dem Sieg in Rußland brauchte man nach Trotzki eine *revolutionäre* Strategie. Er erkannte zwar an, daß die Entwicklung seit 1921 nicht „so geradlinig" verlaufen sei, wie Lenin und er es erwartet hätten, „aber sie entwickelte sich doch auf der Linie der unversöhnlichen Gegensätze zwischen dem Arbeiterstaat und der bürgerlichen Welt"[38]. Engels habe, sagte Trotzki auf dem IV. Kominternkongreß im November 1922, als er vom „Sprung ins Reich der Freiheit" sprach, mit diesem „Sprung" nicht einen einmaligen kurzen Akt gemeint, sondern eine ganze Periode. Die Weltrevolution, spann er diesen Gedanken an anderer Stelle weiter aus, erstrecke sich „unvermeidlich" auf Jahrzehnte, und die unerwartet lange „Pause" zwischen der ersten Etappe der Weltrevolution im Jahre 1917 und der zweiten Etappe dürfe nicht zu dem Fehlschluß verleiten, man solle oder könne selbstgenügsam eine „nationale sozialistische Gesellschaft" aufbauen[39].

Was aber sollte geschehen, wenn diese „Pause" in absehbarer Zeit kein Ende fand? Trotzki wußte auf diese Frage keine positive Antwort, und von seiner Theorie her konnte er sie auch nicht wissen. Trotzdem ist er der Frage nicht ausgewichen, sondern hat auf die sich dann ergebenden düsteren Perspektiven offen hingewiesen, zunächst auf dem IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, danach eingehender in der 1925 erschienenen Schrift „Kapitalismus oder Sozialismus?". Wegen ihrer Wichtigkeit sei diese Antwort ausführlich zitiert. Trotzki schrieb: „Es ist vollkommen klar, daß, wenn das Unmögliche möglich ... werden sollte: wenn der Weltkapitalismus, und in erster Reihe der europäische Kapitalismus, ein neues dynamisches Gleichgewicht ... für seine Produktivkräfte finden sollte ... dies [bedeuten würde], daß wir uns in den grundlegenden historischen Beurteilungen geirrt hätten; das würde bedeuten, daß der Kapitalismus seine historische ‚Mission' noch nicht erschöpft hat, und daß die sich entfaltende imperialistische Phase durchaus keine Phase des Verfalls des Kapitalismus, seines Todeskampfes, seiner Verwesung wäre, sondern nur die Voraussetzung einer neuen Blütezeit ... es ist für alle Marxisten vollkommen klar, daß der Sozialismus in einem rückständigen Lande einen schweren Stand hätte, wenn der Kapitalismus nicht nur die

[38] Trotzki, Permanente Revolution, S. 147; ders., Februarrevolution, S. 438; ders., Die internationale Revolution, S. 126, 74.

[39] Trotzki in: Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau vom 5. 11.–5. 12. 1922, (Petrograd-Hamburg) 1923, S. 272; ders., Permanente Revolution, S. 16; vgl. N. Bucharin, Der Weg zum Sozialismus, Wien 1925, S. 119.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chancen des Vegetierens, sondern einer auf lange Jahre hinauslaufenden Entwicklung der Produktivkräfte in den fortgeschrittenen Ländern haben sollte." Diese düstere Betrachtung schloß Trotzki zwar mit dem optimistischen Satz: „Doch es sind entschieden keinerlei vernünftige Gründe zur Annahme einer solchen ... Variante vorhanden", aber mit dieser Ansicht werden sicherlich schon damals nicht alle anderen Sowjetführer mit ihm übereingestimmt haben[40]. Stalin hatte zwar in der ersten Auflage seines Buches „Lenin und der Leninismus" im Frühjahr 1924 noch den Internationalismus betont und die Möglichkeit des sozialistischen Sieges in *einem* Lande, und noch dazu in einem bäuerlichen Lande wie Rußland, verneint; als er aber Ende desselben Jahres seine Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande" aus der Taufe hob, mußte er sich notwendigerweise in verstärktem Maße gegen Trotzkis Permanenztheorie wenden und den „Trotzkismus" als „falsch", „halbmenschewistisch" und „konterrevolutionär" bezeichnen, denn beide Thesen standen in einem ausgesprochenen Gegensatzverhältnis zueinander. Den Auftakt zum öffentlichen ideologischen Frontalangriff gaben Kamenews Rede „Leninismus oder Trotzkismus?" und Stalins Rede „Gegen den Trotzkismus" vom 18./19. November 1924. Stalin meinte, der „neue Trotzkismus" sei zwar „unvergleichlich weicher" als der „alte", aber im Wesen ebenso unvereinbar mit dem Leninismus wie dieser. Er erklärte ferner, Trotzkis „Überspringen" der Bauernbewegung entreiße dem russischen Proletariat seinen kleinbäuerlichen Verbündeten, und seine organisatorischen Vorstellungen seien von Mißtrauen gegenüber dem bolschewistischen Parteiprinzip gekennzeichnet. Stalin erkannte zwar *den* Teil der Permanenztheorie an, der vom „Hinüberwachsen" der demokratischen in die sozialistische Revolution handelte, lehnte jedoch *den* Teil ab, der die unbedingte Notwendigkeit einer internationalen Revolution für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft behauptete. Der eigentliche Kern seiner Kritik an der Permanenztheorie war, daß sie bei einer Verspätung der internationalen Revolution dem russischen Arbeiterstaat keinen „Lichtblick" gebe: „Nach diesem Plan verbleibt unserer Revolution nur die eine Perspektive: in ihren eigenen Widersprüchen fortzuvegetieren und in Erwartung der Weltrevolution auf dem Halm zu verfaulen."[41]

Nach der Beruhigung der Lage in Deutschland und der allgemeinen Stabilisierung der Verhältnisse in Europa im Laufe des Jahres 1924 war diese Revolution jedoch in weite Fernen gerückt. Die in diesem Punkt mit Lenins Haltung weitgehend übereinstimmende Trotzkische Theorie wies in dieser Lage keinen wirklichen Weg, und Stalin nahm die Gelegenheit wahr, diesem Mangel in einer Weise abzuhelfen, die ihm gestattete, dem Ruhebedürfnis der Bevölkerung und der Partei-

[40] Protokoll IV. KI-Kongreß, a. a. O., S. 289; Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus? Eine Betrachtung der Sowjetwirtschaft und ihrer Entwicklungstendenzen, Berlin 1925, S. 84f.; vgl. ders. in: Die Fahne des Kommunismus (Zs. d. orthodoxen Marxisten-Leninisten) II (1928), S. 449; Stalin, Werke, Bd. 9, Berlin 1953, S. 38.

[41] Stalin, Lenin und der Leninismus, S. 48f.; ders., Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 95, 290 bis 385, bes. 311ff., 329, Bd. 7, Berlin 1952, S. 94–104; Um den Oktober, a. a. O., S. 53–101 (Kamenew), 160–178 (Stalin). Vgl. Staline contre Trotsky, 1924: la révolution permanente et le socialisme en un seul pays, Paris 1965.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Staatsbürokratie entgegenzukommen und seinen mit organisatorischen Mitteln geschaffenen Einfluß auf sie zu befestigen, ihr gleichzeitig ein aus eigener Kraft erreichbares Ziel zu weisen und außerdem den verhaßten Rivalen zu diskreditieren. Die Notwendigkeit des Übergangs zu Stalins „nationalem" Sozialismus beim Abgehen vom revolutionären Internationalismus hat Trotzki immer wieder betont: „Der Bruch mit der internationalen Position führt stets und unvermeidlich zum nationalen Messianismus...". Die Tiefe der Abkehr des „Stalinismus" vom Marxismus sei nur mit der der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 zu vergleichen, und der Weg beider führe in der Konsequenz zum „reaktionären utopischen Nationalsozialimus", meinte Trotzki[42], der übrigens die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion durchaus anerkannte. Nur *vollenden* ließ er sich nach seiner Meinung nicht isoliert in *einem* Lande.

Noch vor Lenins Tod war der Kampf zwischen Trotzki, dem damals als Kriegskommissar und Schöpfer der Roten Armee nächst Lenin bekanntesten Sowjetführer, den die alten Bolschewiki als Neuling in ihrem Kreis und als potentiellen neuen Napoleon Bonaparte argwöhnisch betrachteten, einerseits und der „Troika" Sinowjew–Kamenew–Stalin andererseits offen ausgebrochen. Äußerer Anlaß war ein Brief Trotzkis an das ZK und die ZKK der KPdSU über den „neuen Kurs" vom 8. Oktober 1923 mit einer Kritik am „falschen Kurs" der Partei seit Lenins Erkrankung und sein Offener Brief vom 8. Dezember desselben Jahres, hinzu kamen noch seine Broschüre über das gleiche Thema vom Januar 1924 und sein Angriff auf Sinowjew und Kamenew im Herbst 1924 in der Schrift über den Oktober 1917 sowie die – von Trotzki selbst nicht unterzeichnete – oppositionelle „Plattform der 46"[43]. Damit begann die „literarische Diskussion" des Jahres 1924, die gleichzeitig den Anfang der Entwicklungsgeschichte des „neuen Trotzkismus" bedeutete. Trotzki warnte vor allem vor der Gefahr einer zunehmenden „bürokratischen Entartung" der Partei. Die kommunistische Partei, „der höchste Ausdruck der proletarischen Selbsttätigkeit überhaupt", bedürfe eines *echten* demokratischen Zentralismus, der „eine volle Diskussionsmöglichkeit, das Recht der Kritik und der Mißfallensäußerung" wie auch das Wahl- und Absetzungsrecht der Funktionäre einschließe unbeschadet einer eisernen Disziplin bei Aktionen als Garantie für die Kampffähigkeit. Das Hinzufügen des neuen Kriteriums der „strengsten revolutionären Ordnung" durch die „Stalinisten" betrachtete er als selbstherrlich und falsch; Gruppierungen und Meinungsverschiedenheiten in der Partei seien not-

[42] Trotzki, Permanente Revolution, S. 162, 7.

[43] Trotzkis Offener Brief in: Eastman, Lenin, S. 145–153 (Stalins Antworten in: Werke, Bd. 5, S. 325–339, Bd. 6, S. 12–27); Trotsky, Cours nouveau, (Paris 1924); Trotzki, 1917, Die Lehren der Revolution, Berlin (1925); ders., „Die Lehren des Oktober", in: Um den Oktober, S. 7–49. Vgl. I. Deutscher, The Prophet Unarmed, Trotsky: 1921–1929, Oxford UP 1959, S. 106ff.; E. H. Carr, The Interregnum 1923–1924, London 1960, S. 295ff.; Brahm, a. a. O., S. 122ff. passim, bes. 127ff.; Schapiro, a. a. O., S. 286ff.; Daniels, a. a. O., S. 243ff. für die heutige kommunistische Darstellung der „böswilligen Verleumdungen Trotzkis" und seiner „Versuche, den Leninismus durch den Trotzkismus zu ersetzen": Geschichte der KPdSU, Berlin 1960, S. 466ff., 482ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wendige Übel: „Ohne vorübergehende ideologische Gruppierungen ist ein ideologisches Leben der Partei undenkbar."

Mit dieser Feststellung wollte Trotzki nun nicht etwa Lenins Parteiprinzip antasten. Er legte Wert auf die Berücksichtigung der Tatsache, daß das Fraktionsverbot auf dem X. Parteitag 1921 unter der Drohung der Kronstadt-Revolte beschlossen worden sei. Für ihn begann die selbständige Rolle des Proletariats dort, wo es „durch das Mittel der Partei ... aus einer sozialen Klasse *an sich* eine politische Klasse *für sich*" werde; die kommunistische Partei drücke bei einer „richtigen" Politik die „historischen Interessen des Proletariats" aus[44]. Davon konnte aber nach Trotzkis Ansicht seit 1923 keine Rede mehr sein. Im Gegensatz zu seiner noch lange Jahre nach seiner Verbannung (i. J. 1927) beibehaltenen Behauptung, in einer proletarischen Diktatur mit überwiegender Bauernbevölkerung könne keine Freiheit der Parteien gewährt werden, sah er schließlich in seinem berühmten Buch „Verratene Revolution" von 1936 im Verbot der Oppositionsparteien nach der bolschewistischen Machtergreifung nur „einen episodischen Akt der Selbstverteidigung", der allerdings „deutlich dem Geist der Sowjetdemokratie widersprach"[45].

Als die „Troika" Stalin–Sinowjew–Kamenew 1925 auseinanderfiel, hat Radek den Versuch unternommen, eine Einigung zwischen Stalin und Trotzki herbeizuführen; dieser aber ging 1926 ein Bündnis mit Sinowjew und Kamenew ein. Die Richtigkeit dieses Zweckbündnisses hat Trotzki nach dessen Auflösung im Jahre 1927 Kritikern gegenüber mit dem Hinweis verteidigt, im Kampf um die Massen könne man, wenn die politische Linie richtig sei, „einen Block nicht nur mit dem Teufel, sondern auch mit einem zweiköpfigen Sancho-Pansa schließen"[46]. Im November 1927 wurde Trotzki aus der KPdSU ausgeschlossen, kurz darauf nach Alma-Ata in Kasachstan verbannt und ein Jahr später aus der Sowjetunion ausgewiesen.

Nach 1928 führte die Komintern unter dem Motto „Klasse gegen Klasse" eine „ultralinke" Politik. Eines ihrer Hauptkennzeichen war die Abstempelung der „auf der anderen Seite der Barrikade" stehenden Sozialdemokratie als „sozialfaschistisch"[47]. Trotzki lehnte diese Isolierungstaktik ab. Zwar sah auch er in „Reformismus" und „Faschismus" lediglich „zwei Pole" der bürgerlichen Gesellschaft, aber viel mehr als der damalige stalinistische Kommunismus war er bemüht, die Unterschiede zwischen diesen beiden auch von ihm als Hilfsorganisationen der

---

[44] Um den Oktober, passim; Trotzki, Die internat. Revolution, S. 128, 135–140, 146, 136: „Selbstverständlich stellen die Gruppierungen ebenso wie die Meinungsverschiedenheiten ein ‚Übel' dar. Allein dieses Übel ist ebensosehr ein notwendiger Bestandteil der Dialektik der Parteientwicklung, wie das Gift im Leben des menschlichen Organismus."; ders., Die Vierte Internationale und die USSR, Die Klassennatur des Sowjetstaates, 2. Aufl. Prag 1934, S. 17ff.; ders., 1917, S. 16; vgl. Stalin, Werke, Bd. 5, S. 328f., 336f.

[45] Trotzki, Verratene Revolution, S. 95ff.; vgl. Der einzige Weg, Nr. 1, S. 8 (Trotzki).

[46] Brief Trotzkis vom 10. 3. 1928 in: Die Fahne des Kommunismus II (1928), S. 347.

[47] Vgl. F. Borkenau, World Communism, A History of the Communist International, Neuaufl. Michigan UP 1962, S. 332ff.; S. Bahne, ‚Sozialfaschismus' in Deutschland, Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History X (1965), S. 211–245, bes. S. 231 ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bourgeoisie bezeichneten Kräften zu beachten und taktisch zu nutzen. Die herrschende Klasse, meinte er, sei zwar in der Demokratie wie in der faschistischen Diktatur dieselbe, betrachte man aber Lage und Wechselbeziehungen aller Klassen vom Standpunkt des Proletariats, so ergebe sich doch ein großer Unterschied zwischen diesen beiden Herrschaftsformen einer Klasse[48]. Von dieser Analyse aus gelangte Trotzki zu der Kernthese seiner Politik in der Endphase der Weimarer Republik, nämlich der Notwendigkeit einer taktischen Einheitsfront zwischen KPD und SPD zur Abwendung des drohenden nationalsozialistischen Sieges. Als eine der Ursachen für den kommunistischen Verzicht auf eine wirkliche Einheitsfrontpolitik gegenüber der Sozialdemokratie betrachtete er die Mißerfolge der Komintern in den zwanziger Jahren, und ironisch verglich er die Handlungsweise der „stalinschen Bürokratie" mit der des kurzsichtigen Affen in einer Fabel des russischen Dichters J. A. Krylow: „Nachdem sie die Brillengläser auf den Schweif aufgesetzt und vergeblich beleckt hatte, fand sie sie unverwendbar und zerschlug sie an einem Stein."[49] Eine solche Haltung bedeute aber, den „Schlüssel zur Lage", den die KPD Trotzkis Ansicht nach Anfang der dreißiger Jahre besaß, aus den Händen zu geben.

In seiner Aufzählung der „Bereicherungen" der marxistischen Theorien durch den Bolschewismus, unter dem Trotzki Leninismus und „neuen" Trotzkismus verstand, stehen die leninschen Partei- und Imperialismus-Theorien neben seinen eigenen Analysen der „Degeneration" der bolschewistischen Partei und des „Bonapartismus"[50]. Lenin hatte diesen 1917, zur Zeit der Kerenski-Regierung, als „eine Regierungsform, die hervorwächst aus dem konterrevolutionären Wesen der Bourgeoisie in einer Zeit der demokratischen Umgestaltungen und der demokratischen Revolution" definiert[51]. Trotzki sah 1929 im Stalinismus die „umgekehrte Kerenski-Periode", d.h. die von „inneren und äußeren Widersprüchen" gekennzeichnete, durch Fehler der Führung geschwächte „letzte Form der Herrschaft des Proletariats", so wie das Kerenski-Regime die letzte Herrschaftsform der Bourgeoisie in Rußland gewesen sei. Er meinte aber, daß die Sowjetunion ein Arbeiterstaat geblieben sei, wenn auch „ein Arbeiterstaat in bürokratischer Verzerrung", da

[48] Trotzki, Der einzige Weg, Berlin 1932, S. 52; ders., Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Berlin 1932, S. 16, 19; Trotsky, Les problémes de la révolution allemande, Paris 1931, S. 53. Vgl. S. Bahne, Der Trotzkismus in Deutschland 1931–1933, Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss. Heidelberg 1958, S. 102ff.; H. Brahm, Trockijs Aufrufe gegen Hitler 1930–1933, in: Jbb. f. Gesch. Osteur. NF XI (1963), S. 521–542; I. Deutscher, The Prophet Outcast, Trotsky: 1929–1940, Oxford UP 1963, S. 128ff.

[49] Trotzki, Was nun?, S. 43f.

[50] Trotsky, Stalinism and Bolshevism, Concerning the historical roots of the 4th International, New York (1937), S. 28.

[51] Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 260. Vgl. u. a. Stalin, Werke, Bd. 10, Berlin 1953, S. 143; H. Remmele, Die Theorie vom Bonapartismus, in: Die Kommunistische Internationale XI (1930), S. 401–411; sowie über A. Thalheimers frühe Einstufung des Faschismus als Bonapartismus K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO), Meisenheim/Glan 1964, I, S. 272–282.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trotz der Elemente der Doppelherrschaft die wichtigsten Produktionsmittel nicht in den Händen der Bourgeoisie seien. Gleichzeitig hielt er jedoch die herrschende Parteibürokratie für eine „plebiszitär entstellte Form der Diktatur des Proletariats", ein „Krebsgeschwür" *und* für ein potentielles Werkzeug des „Bonapartismus". Thermidor und Bonapartismus bezeichnete er im Frühjahr 1931 als „Entwicklungsstadien des gleichen Typs"[52]. Fast zwei Jahre darauf meinte Trotzki, der erste Fünfjahresplan habe zwar ungeheuere Fortschritte auf dem Gebiet der Technik und der Produktion gebracht, trotzdem aber die Diktatur des Proletariats nicht gestärkt, sondern vielmehr die thermidorianische Gefahr vergrößert. „Die kleinbürgerliche Konterrevolution, die sich aufrichtig als Revolution betrachtet, die die Herrschaft des Kapitalismus nicht will, aber sie unvermeidlich vorbereitet – das ist Thermidor." Eine „Kraft des Thermidors" (in Erinnerung an Robespierres Sturz am 9. Thermidor 1794) könne in der Sowjetunion nur die Bauernschaft werden, und zwar dann, wenn sie sich gegen das Proletariat wende. Nun sei das russische Proletariat wohl infolge der Industrialisierung viel stärker geworden, aber es sei „vollständig einer aktiven, wachsamen, aktionsfähigen Partei beraubt"; die noch bestehende „Scheinpartei", in der sich „eigentlich die terrorisierten Elemente zweier Parteien: der des Proletariats und der der Thermidorianer" vereinigten, besitze keine marxistische Leitung mehr[53].

Noch im Herbst 1933 lehnte Trotzki die Bezeichnung „Bonapartismus" für die Herrschaft der „Stalinbürokratie" ab, da jeder Bonapartismus die soziale Basis der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse voraussetze. Die Sowjetbürokratie sei keine Klasse und schon gar keine „herrschende Klasse", sondern, wie jede Bürokratie, Dienerin einer Klasse, in diesem Fall eine schlechte, Herrscherfunktionen usurpierende Dienerin des Proletariats. Das damalige Sowjetregime betrachtete Trotzki nicht als ein sozialistisches, sondern als ein Übergangsregime, behaftet mit kapitalistischen Überbleibseln wie besonders der sozialen Ungleichheit. Die Voraussetzung für eine gründliche Reform des Sowjetstaates sei eine siegreiche Weltrevolution. Die „Bolschewiken-Leninisten" (wie der offizielle Name der Trotzkisten lautete) sollten den Kern einer neuen bolschewistischen Partei bilden, die mit der „tragischen Möglichkeit" eines Untergangs des ersten Arbeiterstaates rechne, jedoch diesen in Zersetzung befindlichen Sowjetstaat bis zum letzten verteidigen müsse und werde[54].

---

[52] Trotzki, Die Verteidigung der Sowjetrepublik, Berlin 1929, S. 17–30; ders., Probleme der Entwicklung, S. 16, 20; ders., Die Lage der Partei und die Aufgaben der linken Opposition, Berlin 1929; ders., Mein Leben, S. 488, 537, 546; ders. in: Bücherschau VII (1929), S. 293 bis 299. – Trotzki (Der Charakter der russischen Revolution, Wien 1921, S. 23) nannte 1917 das Kerenski-Regime „Bonapartismus eines Sextaners".

[53] Anläßlich der Stalin-Reden auf der Plenarsitzung des ZK der KPdSU, 7.–12. 1. 1933: Permanente Revolution (Zs. der LO der KPD) III (1933), Nr. 3, S. 3 (Trotzki); vgl. Stalin, Werke, Bd. 13, Berlin 1953, S. 145ff. – Bereits 1926 hatte Trotzki gemeint, stes seien auf Revolutionen Konterrevolutionen gefolgt (Tagebuchnotiz v. 26. 11. 1926 in: Worker's International News V, 1942, Nr. 7, S. 20–25).

[54] Trotzki, Die IV. Internationale und die USSR, S. 8f., 13–16, 19ff., bes. 9: „. . . Der Bonapartismus ist nur eine Abart der kapitalistischen Herrschaft . . . Soweit das bürokratische

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Kirow-Mord Ende 1934, dem VII. Komintern-Kongreß im Sommer 1935 und den Prozessen gegen Sinowjew und Kamenew revidierte Trotzki teilweise seine Theorien; dabei versuchte er auch die Begriffe „Thermidor" und „Bonapartismus" klarer zu definieren. Wie er eingestand, habe die Thermidor-Analogie das Problem eher verdunkelt als erhellt. Sowohl der Thermidor als auch Bonapartes Staatsstreich seien Akte der Reaktion auf der gesellschaftlichen Grundlage der Revolution gewesen, ohne Wiederherstellung der vorrevolutionären Eigentums- und Machtformen. Die Sowjetbürokratie, das Erzeugnis der sozialen Gegensätze, reguliere diese Gegensätze, indem sie sich über die arbeitenden Massen erhebe. Aber in der „Diktatur der Bürokratie" lebe in verunstalteter Form die proletarische Diktatur fort. So wie am 9. Thermidor in Frankreich die konservativeren Jakobiner die Macht übernommen hätten, so hätten in dem thermidorianischen Prozeß in der Sowjetunion seit 1924 die konservativeren Elemente der Bürokratie und Arbeiteraristokratie die revolutionäre Avantgarde verdrängt. Der Thermidor habe bereits 1925/26 stattgefunden, meinte Trotzki nunmehr. „Je unabhängiger die Bürokratie wird, je mehr sich die Macht in den Händen einer einzigen Person zusammenschließt, um so mehr verwandelt sich der *bürokratische Zentrismus*[55] in *Bonapartismus*." Diesen „Sowjetbonapartismus" verglich Trotzki mit dem bürgerlichen Bonapartismus des „Aufstiegs" Napoleons I., nicht mit dem des „Niedergangs" zur Zeit Napoleons III.; er konsolidiere die Arbeiter- und Bauernrevolution „durch Zerschlagung ihres internationalen Programms, ihrer führenden Partei, ihrer Sowjets" sowie durch die Schaffung einer „neuen Aristokratie". Der „Sowjetbonapartismus" verhalte sich zur Sowjetdemokratie wie der bürgerliche Bonapartismus oder gar Faschismus zur bürgerlichen Demokratie. „Die jetzt herrschende Partei der Sowjetunion ist nichts anderes als die politische Maschine der bevorrechteten Schicht", stellte Trotzki kurz vor dem Beginn der großen „Säuberung" fest; dabei sei der Terrorismus das „tragische Pendant" zum Bonapartismus[56].

Lavieren von dem persönlichen Regime Stalins gekrönt wurde, kann man von einem Sowjetbonapartismus sprechen. Doch . . . steht der Bonapartismus der Sowjetbürokratie auf dem Boden eines proletarischen Regimes. Eine terminologische Neuerung oder eine geschichtliche Analogie können für die Analyse diese oder jene Bequemlichkeit bieten, aber nicht die soziale Natur des Sowjetstaates verändern."

[55] „Zentristisch" nannte Trotzki (Was nun?, S. 70–75) „alle jene Strömungen im Proletariat und an dessen Peripherie, die sich zwischen Reformismus und Marxismus ausbreiten". Vor der Oktoberrevolution 1917 hatte Lenin auch Trotzki – wie Kautsky – als „Versöhner" und Vertreter des sogen. „Zentrums" oder „Sumpfes" bezeichnet (Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 127; vgl. Stalin, Werke, Bd. 10, S. 49f.). Vgl. Trotzki, Die IV. Internationale und die USSR, S. 17: „Gerade darum nennen wir den stalinschen Apparat *zentristisch*, weil er eine doppelte Rolle ausführt: *heute*, wo es eine marxistische Führung *schon* nicht mehr und *noch* nicht gibt, verteidigt er mit seinen Methoden die proletarische Diktatur; aber diese Methoden sind derart, daß sie einen *morgigen* Sieg des Feindes erleichtern."

[56] Trotzki, Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus, Paris (1936), passim, vgl. S. 20f.: „Unter Bonapartismus verstehen wir ein Regime, wo die ökonomisch herrschende Klasse, zu demokratischen Regierungsmethoden nicht mehr imstande, sich im Interesse der Erhaltung ihres Eigentums gezwungen sieht, das unkontrollierte Kommando des Militär- und Polizeiapparats, mit einem ‚Retter an der Spitze' über sich zu dulden . . ." Im „Sowjetbonapartis-

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Jeschowschtschina", die große Säuberungswelle in den Jahren 1936 bis 1938, war für Trotzki eine Bestätigung seiner Analysen des sowjetrussischen „Entartungs"-Prozesses. Da der Gegensatz zwischen der privilegierten Bürokratie und dem Volk sich in einen „Abgrund" verwandelt habe, sei der „Übergang zur thermidorianischen Totalität durch Ausrottung der letzten Reste revolutionären Geistes und des geringsten Ausdrucks politischer Selbständigkeit der Massen" nötig geworden. Als Folge dieser Entwicklung sei „der Stalinismus ... [jetzt] die Geißel der Sowjetunion ... und die Pest der internationalen Arbeiterbewegung", er habe dem Sozialismus tödlichere Schläge versetzt als Hitler, weil er ihn *von innen* her attackiert und – prostituiert habe[57].

Nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland, den er auch als eine ungeheuere Zunahme der dem Sowjetstaat drohenden Gefahr empfand, hatte Trotzki sich für die Gründung „neuer" kommunistischer Parteien und einer „neuen" Internationale ausgesprochen[58]. Im September 1938 wurde schließlich nach langwierigen Vorbereitungen die „Vierte Internationale" gegründet. Ihr Hauptziel sollte die Überbrückung des Gegensatzes zwischen der von den Trotzkisten behaupteten „Reife der objektiven revolutionären Bedingungen und der Unreife des Proletariats und seiner Vorhut" sein. Die Sowjetunion wurde weiterhin als „degenerierter Arbeiterstaat" betrachtet, der verteidigt werden müsse, und auf der Basis der Leninschen Vorstellungen wurde in den programmatischen Erklärungen der neuen Internationale ein Bündnis zwischen Proletariat und Kleinbauern sowie darüber hinaus mit dem Kleinbürgertum verlangt. Um den ungünstigen Eindruck der stalinistischen Kollektivierungsmethoden zu überwinden, sollte die Enteignung der *Klein*bauern ausgeschlossen werden[59].

mus": „Die objektive Funktion des ‚Retters' ist, die neuen Eigentumsformen zu schützen, indem er die politische Funktion der herrschenden Klassen usurpiert. Ist diese *genaue Charakteristik des Stalinregimes* nicht zugleich die *wissenschaftlich-soziologische* Definition des Bonapartismus?" – Zu Trotzkis Stellungnahme zum VII. Kominternkongreß vgl. Unser Wort (Halbmonatsschrift der dt. Sektion der ILO) III (1935), Nr. 10, zum Fall Kirow Trotsky, La Bureaucratie Stalinienne et l'Assassinat de Kirov, Paris 1935. Außerdem: Trotsky, De nieuwe Grondwet van de Sowjet-Unie, Amsterdam (1936); ders., Ecrits 1928–1940, Bd. 3, Paris (1959), S. 333ff. (über den deutschen „Bonapartismus" 1932).

[57] Trotzki, Stalins Verbrechen, Zürich 1937, S. 366ff.

[58] Ende August 1933 hatte eine Konferenz unabhängiger sozialist. und kommunist. Splitterparteien – auf trotzkist. Seite wurde von einem „neuen Zimmerwald" gesprochen – die spätere Gründung einer neuen „IV. Internationale" beschlossen; noch im April 1933 hatte sich Trotzki gegen die sofortige Gründung einer neuen Internationale ausgesprochen. Vgl.: Trotsky, L'Internationale Communiste après Lénine, Paris 1930, S. 14; Unser Wort I (1933), Nrn. 4, 11, II, Nr. 11; La Vérité (Organe de la Ligue Communiste), Nrn. 195 (2. 3. 1934), 202 (20. 4. 1934); Bahne, Trotzkismus in Deutschland, S. 203ff.; H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim/Glan 1965, S. 339f.; Tjaden, a. a. O., I, S. 328ff.; Deutscher, Prophet Outcast, S. 43ff., 200ff.

[59] The Founding Conference of the Fourth International (World Party of the Socialist Revolution), Program and Resolutions, New York (1939), S. 18, 45ff., 29f., 59f.: „Partisans

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber die „IV. Internationale" ist bis heute schwach und bedeutungslos geblieben, obwohl sie Sektionen in über dreißig Ländern besitzt; zu den stärksten und in ihren Ländern einflußreichsten „trotzkistischen" Parteien gehörten lange Zeit die von Ceylon und Bolivien. Auf ihrem III. Weltkongreß 1951 beschloß die IV. Internationale, die – zum erstenmal 1934 in Frankreich gegenüber der SFIO angewandte – sogenannte „entristische" Taktik der Arbeit in den großen sozialdemokratischen und kommunistischen Massenorganisationen verstärkt aufzunehmen, jedoch offenbar ohne wirkliche Erfolge. Zu einer ersten *größeren* Krise innerhalb der Internationale kam es vor und auf dem IV. Weltkongreß im Jahre 1954; auf dem VII., dem Wiedervereinigungskongreß im Juni 1963 wurde die Einheit äußerlich wiederhergestellt. Wenig später wurde jedoch die Mehrheit der stärksten Sektion der IV. Internationale, der ceylonesischen Lanka Sama Samaja Partei unter der Führung N. M. Pereras, wegen „Rechtsabweichung", nämlich des Eintritts in das letzte Kabinett Frau Bandaranaikes im Frühjahr 1964, ausgeschlossen. Im Frühjahr 1965 kam es zu einer erneuten Spaltung: Die chinafreundliche Mehrheit des Exekutivkomitees der IV. Internationale unter Leitung Pierre Franks teilte die Sezession der Minderheit, der sogen. „Afrikanischen Kommission der IV. Internationale" Michel Pablos (alias Raptis) mit[60]. Die Frank-Fraktion hält Pablo für einen „Revisionisten"; seine Absichten stellten eine „Rechtsabweichung" dar. Die von ihm geäußerte Meinung, der historisch von Europa ausgegangene Trotzkismus müsse „enteuropäisiert" und „entnordamerikanisiert" werden, um vom Rand der revolutionären Bewegungen fortzukommen, sei falsch und demagogisch[61]. Beide

---

of real proletarian democracy, we accuse Stalinism of having deprived the Soviet masses of all the great liberties they won arms in hand . . . The Second International differs from Stalinism only in its purely verbal and superficial criticism. Bonapartism is undermining the Bolshevik revolution . . . It is only by restoring the great traditions of revolutionary Marxism, . . . armed with the invincible weapons forged by our great masters, Marx and Engels, Lenin and Trotsky, that the exploited of the world will . . . march forward like a solid phalanx toward the socialist future." Vgl. Die IV. Internationale und der Krieg, Thesen . . ., Genf 1934; Trotsky, „On the Founding of the Fourth International", in: The New International VI (1940), S. 141ff.; P. Frank, Histoire de la IVe Internationale, Paris 1950; ders., Construire le parti révolutionnaire, Paris 1965; M. Pablo, La Guerre qui vient, Capitalisme ou Socialisme, (Paris 1953); Deutscher, Prophet Outcast, S. 419ff.

[60] Vgl. Frank, Histoire, S. 26f.; Quatrième Internationale (Organe du Comité Exécutif International de la IVe Internationale) XXI (1963), Nr. 19, S. 65–69 (Pablo-Thesen), XXII, Nr. 22, XXIII, Nr. 24, S. 64f. (Frank), 84, Nr. 25, S. 48–53; Sous le Drapeau du Socialisme (Revue mensuelle de la Commission africaine de la IVe Internationale) I (1964), Nr. 11, S. 8f. (J.-P. Martin), II, Nr. 14, S. 1f., Nr. 19/20, S. 18f. – Beim Wiedervereinigungskongreß sollen sich nur etwa 10% der Delegierten für die Fraktion Pablo erklärt haben, und auf der EK-Sitzung Ende Mai 1965 wurde Franks Bericht mit 15 : 4 Stimmen gebilligt. Vgl. auch über die Konferenz der „tendance marxiste-révolutionnaire" Ende Nov. 1965: Sous le Drapeau II, Nr. 23/24, S. 32; die Dokumente des VIII. Weltkongresses (5.–12. 12. 1965) in: Quatrième Internationale XXIV (1966), Nr. 27; über die 3. Konferenz d. Internat. Komitees im April 1966: Fourth International III (1966), Nr. 3. – In der Bundesrepublik versuchten die Trotzkisten vor allem in Köln und Mannheim in die SPD und den DGB einzudringen.

[61] Quatrième Internationale XXIII (1965), S. 49f. (Franks „Secrétariat Unifié", 24. 5.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gruppen nehmen für sich in Anspruch, die Hüter des Erbes Trotzkis zu sein. Sie bezeichnen den Trotzkismus als den „revolutionären Marxismus" der Gegenwart.

Auf ihrem V. Weltkongreß im Oktober 1957 hatten die Trotzkisten erneut den Beginn der „Agonie des Kapitalismus" proklamiert; sie hatten die Loslösung Jugoslawiens aus dem Ostblock, den Sieg der chinesischen KP, die ungarische Revolution und den polnischen Oktober begrüßt und ganz allgemein von der „politischen Revolution gegen die sowjetische Bürokratie" als einer der Haupttriebkräfte der Weltrevolution gesprochen[62]. Wenige Jahre vor seinem Tod hatte Trotzki der Permanenztheorie einen Akzent gegeben, der sich besonders auf die damaligen Kolonialgebiete bezog. Er meinte, die bürgerliche Revolution könne isoliert überhaupt nicht mehr verwirklicht, das „feudale Gerümpel" nur durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats mit Unterstützung der von ihm geführten Bauernschaft beseitigt werden: „Die nationale Revolution wird damit ein Glied der internationalen Revolution. Die Umgestaltung der ökonomischen Grundlagen und aller gesellschaftlichen Beziehungen bekommt permanenten Charakter . . .". In einer Verallgemeinerung der russischen und chinesischen Erfahrungen sieht die trotzkistische Internationale heute in der Verbindung des Kampfes des schwachen Proletariats der ehemaligen Kolonialländer mit dem der Bauern, der auch „einen sehr hochentwickelten Ausdruck in den Partisanen gefunden" habe, *unter der Führung des Proletariats* die Gewähr für den Sieg der „kolonialen Revolution". Hervorgehoben wird die wichtige Rolle, die die Gewerkschaftsbewegung bei der „Bildung von Arbeitermassenparteien" in diesen Ländern spiele[63]. Pablo hat vor einigen Jahren eine allgemeingültige Modifizierung der Lehren von Marx, Engels und Lenin über die sozialistische Revolution behauptet, die allerdings in dieser

1965) über Pablo: „Il prétend enfin que la IVe Internationale, . . . en raison de leur refus d'accepter les nouvéautes qu'il offre en théorie et en pratique, se trouvent à présent ‚en marge' de la révolution coloniale, sont plus éloignés que jamais des courants engendrés par la ‚déstalinisation' dans les Etats ouvriers et les partis communistes, ont tort d'accorder un soutien critique à la Chine dans le conflit sino-soviétique, ‚minimisent' l'aide accordée par l'U.R.S.S. et les Etats ouvriers d'Europe orientale á la revolution coloniale, ont choisi le ‚mauvais côté' dans les divergences intérieures des combattants de la libération angolais, et par conséquent appartiennent à ‚un passé mort et sans avenir'." – Pablo unterstützte Ben Bellas Regime in Algerien.

[62] Die Internationale (Theoretisches Organ des revolutionären Marxismus) III (1958), Nr. 1/2 (= Der 5. Weltkongreß der IV. Internationale, Oktober 1957, Thesen, Resolutionen und Berichte), S. 14f., 107, 166 über die damaligen Sowjetführer: „Es ist ausgeschlossen, daß irgendeiner von ihnen die Rolle Titos, Gomulkas oder Nagys spielen könnte, die Rolle volkstümlicher und zentristischer Führer eines Flügels der Bürokratie, die zum Vorteil dieses Flügels die Feindschaft der Massen gegen die gesamte Bürokratie abfangen könnten . . . Für uns jedoch ist die Bürokratie keine neue Klasse. Sie ist eine Kaste, die starke Wurzeln im Proletariat besitzt . . ." – Zur trotzkist. Haltung gegenüber Chruschtschows „Geheimrede" vom Februar 1956 vgl. u. a.: The 20th Congress (C.P.S.U.) and World Trotskyism, A Documented Analysis, (London 1957).

[63] Der einzige Weg (Zs.), Nr. 1, S. 32 (Trotzki); Die Internationale III, Nr. 1/2, S. 65f. Vgl. Mao Tse-tung, Selected Military Writings, Peking 1963, S. 75ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Form nicht von den Trotzkisten der Gruppe um Frank gebilligt wird. Pablo meinte, diese Revolution bewege sich – im Gegensatz zur Annahme Marx' und Lenins – von der Peripherie zum Zentrum, von den kolonialen und abhängigen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern. Die „spektakulären Siege" der kolonialen Revolution hätten – im Anschluß an den Erfolg der chinesischen Revolution im Jahre 1949 – den Kapitalismus sehr geschwächt: „The steady, irresistible, and irreversible break-up of capitalism's colonial domain shattered its equilibrium in what is in the long run a catastrophic way, and in this sense has already sealed its historical fate. The colonial revolution is in reality one aspect of the more general revolution that marks our century, the Socialist Revolution. It tends in reality to be a Permanent Revolution in the sense that our movement uses this term."[64]

Damit kommen wir zu einem Problem, das wir wenigstens kurz streifen wollen, dem Verhältnis des heutigen „Trotzkismus" zum kommunistischen China und umgekehrt. Ähnlich wie 1948 Jugoslawien gegenüber, beschuldigte im Verlauf des Streites zwischen den chinesischen und sowjetischen kommunistischen Parteien die KPdSU-Führung ihre Widersacher des „Trotzkismus". Die Führer der KPC hätten „ihre Ideen und Konzeptionen dem ideologischen Gepäck des Trotzkismus" entlehnt und von ihm die „fraktionellen Spaltermethoden", Grundgedanken der Trotzkischen Theorie der permanenten Revolution sowie die Warnung vor einer Gefahr der „bürgerlichen Entartung" der sozialistischen Länder übernommen. So erklärte Michail Suslow in seinem Bericht vor dem Zentralkomitee der KPdSU am 14. Februar 1964: „. . . die Gesamtheit der theoretischen und politischen Anschauungen der Führer der Kommunistischen Partei Chinas ist in vieler Hinsicht die alte Leier des Trotzkismus, den die internationale revolutionäre Bewegung schon längst beiseite geschleudert hat."[65] Von trotzkistischer Seite wurde ebenfalls be-

[64] M. Pablo, The Fourth International, what it is, what it aims at, (Amsterdam) 1958, S. 26f. Vgl. Die Internationale VI (1961), Nr. 2 (= Der 6. Weltkongreß der IV. Internationale, Januar 1961, Thesen und Resolutionen; s. ebd. Nr. 3), S. 82ff.: „Sicherlich kommt es nicht in Frage, in übertriebener Weise die Tatsache zu verschönern, daß die koloniale Revolution in der heutigen historischen Etappe die Avantgarde der Weltrevolution darstellt . . . Heute ist es notwendig, daß die IV. Internationale ihre Tätigkeit als Internationale in Hinsicht auf den Hauptsektor der Weltrevolution, die koloniale Revolution, reorganisiert und während einer ganzen Periode das Hauptgewicht ihrer Aktivität auf diesen Sektor verlegt."

[65] Über den Kampf der KPdSU für die Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung, (Moskau 1964), S. 92–96, 95: „So sehr die chinesische Führung die wirkliche Quelle ihrer Ideen verschweigen möchte, gelingt es ihr nicht zu verhehlen, daß ihre Anschauungen mit den Anschauungen der alten und der heutigen Trotzkisten übereinstimmen." (M. A. Suslow). Vgl. z. B. Tito contra Stalin, Hamburg 1949, S. 31, 36, 63, 72; J. Klugmann, From Trotsky to Tito, 2. Aufl. London 1952; sowie bes. Die Internationale X (1965), Nr. 1, S. 15–45, 43ff.: „. . . Suslow behauptet, daß die meisten chinesischen Ideen trotzkistischen Ursprungs sind. Das ist völlig richtig! Er behauptet, daß diese Ideen die Positionen der sowjetischen Bürokratie gefährden; darin täuscht er sich nicht. Aber er schließt dann mit einer Warnung an die chinesischen Führer, daß es bei ihnen ebenfalls eine Bürokratie gibt, die Gefahr laufen würde, die Kosten eines Sprungs nach vorn, der ‚Permanenten Revolution' zu tragen; das ist die reine Wahrheit. Das ist das Geheimnis der anti-trotzkistischen Positionen der Chinesen und des Widerspruches zwischen ihren im allgemeinen fort-

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonders seit 1957 die teilweise Gemeinsamkeit zwischen den eigenen Ansichten und denen der chinesischen Kommunisten betont, wobei allerdings die Vorbehalte gemacht wurden, daß die Chinesen die amerikanische Kraft unterschätzten und sich – vor allem in der Terminologie – nicht genügend vom stalinistischen Erbe befreit hätten. Jedenfalls aber sei die militante Haltung Pekings günstiger für die Entwicklung der Weltrevolution als die Politik Moskaus. Die eigene Position in dem chinesisch-russischen Konflikt wurde dabei als unabhängig bezeichnet[66].

Nach der erneuten Spaltung der IV. Internationale distanzierte sich die Pablo-Fraktion scharf von der Politik der chinesischen KP[67], während das Franksche Exekutivkomitee zwar grundsätzlich auch weiterhin mehr der chinesischen als der sowjetischen „Linie" zuneigt und China „kritische Unterstützung" angedeihen lassen will, aber doch nach dem Beginn der sogenannten „Großen Kulturrevolution" meinte, daß die Situation durch die von der chinesischen Parteiführung eingenommene „hyperfraktionelle" Haltung erschwert worden sei. Die „Kulturrevolution" wurde als Ausdruck einer Krise in der chinesischen Parteiführung gedeutet; ihre Politik werde zwar von den unmittelbaren Interessen der „Bürokratie" bestimmt, sie trete aber im Gegensatz zu den sowjetischen und den noch weiter rechts stehenden jugoslawischen KP-Führern nach außen für die Weltrevolution und im Innern für den „Egalitarismus" und gegen die Verbürgerlichung ein. Trotz gewisser Vorbehalte unterstützt die gegenwärtige Mehrheitsgruppe der IV. Internationale also den chinesischen Kommunismus[68]. – Die chinesische Führung

---

schrittlichen, ideologischen Positionen und dem Versuch, sich an Stalin zu klammern." (E. Germain.)

[66] Die Internationale X (1965), Nr. 25, S. 51, III (1958), Nr. 4, S. 7–14 (Martin). Vgl. ebd. I (1956), Nr. 2, S. 16–20, V (1960), Nr. 3, S. 11–20, IX (1964), Nr. 1, S. 15–35 (Germain), Nr. 2/3, S. 50–52 (Frank, Das Gespenst des Trotzkismus verfolgt Moskau und Peking), VIII (1963), Nr. 3/4, S. 74–79, 76: „Die grundlegende Ursache des chinesisch-sowjetischen Konflikts beruht genau auf den verschiedenen Bedürfnissen der beiden Führungen. Die eine drückt die Bedürfnisse einer satten Bürokratie aus, die an der Spitze eines wirtschaftlich entwickelten Landes steht, die andere ist an der Spitze einer noch sehr armen Gesellschaft, die zudem auf keine bedeutende Hilfe der SU zählen kann." (Aus der Resolution des Wiedervereinigungskongresses.).

[67] S. Sous le Drapeau II, Nr. 22 (1965), S. 3: „Par sa façon de poursuivre la lutte ‚idéologique' contre le ‚revisionnisme moderne' et occasionellement le ‚trotskysme', la direction chinoise, terrorisée, stérilise toute pensé critique . . . Aucune excuse n'est tolérable quand il s'agit de défendre inconditionellement la Chine, Etat ouvrier, contre l'impérialisme et la réaction."

[68] La Quatriéme Internationale XXIV (1966), Nr. 27, S. 21, Nr. 11, S. 4f.: „. . . La ‚révolution culturelle' a provoqué des tensions dans le pays même, remplacé l'éducation par un fanatisme de mauvais aloi et, enfin, au lieu de renforcer, a distendu les liens de la Chine avec l'avant-garde révolutionnaire mondiale . . . Nous ne sommes pas en face d'un renouveau du stalinisme. Les échecs que la révolution mondiale a subis au cours des deux dernières années expliquent en partie le cours donné à présent à la Chine par une direction bureaucratique sectaire . . . Cette détérioration n'est nullement définitive, une amélioration contribuerait certainement à donner à l'évolution intérieure de la Chine un cours positif." (Frank, La grande révolution culturelle.) – Vgl. Die Große sozialistische Kulturrevolution in China, Peking 1966.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

behauptete ihrerseits, daß der sowjetische „Revisionismus" der gleichen Quelle wie der Kautskyanismus entspringe und dasselbe Ziel wie der Trotzkismus verfolge, ja, dem Trotzkismus „oder einer Abart des Trotzkismus" zugehöre[69].

Wie verhält es sich in Wirklichkeit mit der Haltung der chinesischen Parteiführer gegenüber dem Trotzkismus? Die kommunistische Politik in China gehörte Ende der zwanziger Jahre zu den hervorragendsten taktischen Streitfragen zwischen Stalin und Trotzki. Nach dem Fehlschlag der Bündnispolitik der KP mit Tschiang Kai-scheks Kuomintang im Jahre 1927 hatte die Komintern die „Räte"-Parole für China akzeptiert. In den folgenden Jahren erhielt Li Li-san, der zeitweilig auch von Tschou En-lai unterstützt wurde, den größten Einfluß auf die Führung der Partei (bis zum Herbst 1930). Sein Vorgänger Tschen Tu-hsiu, der bis zum Sommer 1927 Generalsekretär der KPC gewesen war, wurde im November 1929 als „Trotzkist" aus der Partei ausgeschlossen und Anfang 1931 Vorsitzender des Politbüros der neugegründeten oppositionellen KP. Bei seinem Sturz wurde auch Li Li-san vorgeworfen, er habe sich Trotzkis Gesichtspunkt zu eigen gemacht; seine Fehler seien „im wesentlichen eine Wiederholung der Theorie Trotzkis". Der in ländlichen Gebieten operierende Mao Tse-tung bekämpfte die Politik der seiner Übernahme der Parteiführung im Jahre 1935 vorausgehenden Führungen; so bezeichnete er die Gruppe Tschen Tu-hsius als „Kapitulanten", die eine „reaktionäre, trotzkistische Plattform" vertreten hätten, und die Politik Li Li-sans nannte er „halbtrotzkistisch". 1937 erklärte Mao: „Wir glauben an die Wandlung der Revolution, nicht aber an die trotzkistische Theorie von der permanenten Revolution", und 1942 waren Trotzki und Bucharin für ihn „höchst ehrlose Menschen"[70]. Mao hat stets die Position Stalins gegenüber der Trotzkis vertreten; seine Hochschätzung der bäuerlichen Rolle für die Revolution geht auf Lenin, den er darin noch übertraf, nicht auf Trotzki zurück. Im Zusammenhang mit der Radikalisierung der Politik der KPC seit 1955/58, die von einem Teil der Trotzkisten als Annäherung an den Trotzkismus begrüßt wurde, kam es jedoch 1958 zur Annahme des Begriffs „buduan geming" oder ununterbrochene, permanente Revolution. So hieß es in der Resolution des Zentralkomitees der KPC vom 10. Dezember 1958: „Wir sind

[69] Débat sur la Ligne Générale du Mouvement Communiste International, Peking 1965, S. 405–412 (31. 3. 1964: 8. Antwort auf den Offenen Brief des ZK der KPdSU v. 14. 7. 1963); Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns – Zu einigen wichtigen Fragen des Leninismus in der Gegenwart, Peking 1963, S. 213ff., 195: „Viele ihrer [der „modernen Revisionisten", S. B.] Grundthesen sind überhaupt von Bernstein, Kautsky und Tito abgeschrieben."

[70] C. Brandt – B. Schwartz – J. K. Fairbank, Der Kommunismus in China, Eine Dokumentar-Geschichte, München 1955, S. 30, 156f., 147ff. (Resolution d. Erweit. 4. Vollverslg. d. ZK d. KPC, Januar 1931), 174, 293 (Mao); Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften, Bd. 4, Berlin 1956, S. 50, vgl. 227ff., 380ff., 107f. Vgl. ders., Military Writings, S. 61, 99f., 145ff.; B. I. Schwartz, Chinese Communism and the Rise of Mao, Harvard UP 1951, bes. S. 73ff.; Die chinesische Frage auf dem VIII. Plenum der Exekutive der KI, Mai 1927, Hamburg-Berlin (1928); Trotsky, L'Internationale Communiste après Lénine, S. 262ff.; ders., The Chinese Revolution, Problems and Perspectives, New York o. J.; ders., Perman. Revolution, S. 127ff.; C. Brandt, Stalin's Failure in China 1924–1927, Harvard UP 1958, bes. S. 154ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anhänger der marxistisch-leninistischen Theorie der permanenten Revolution; wir meinen, daß es eine ‚Große Mauer' weder zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution noch zwischen dem Sozialismus und dem Kommunismus gibt und geben kann; wir sind gleichzeitig Anhänger der marxistisch-leninistischen Theorie der Stufen in der Entwicklung der Revolution, und wir halten dafür, daß die verschiedenen Entwicklungsstufen qualitative Veränderungen in den Dingen widerspiegeln und daß diese von Natur verschiedenen Etappen nicht miteinander vermengt werden dürfen."[71] Für diese Haltung berief man sich natürlich nicht auf Trotzki, sondern ausschließlich auf Marx und Lenin.

Nach Stuart R. Schram, einem der besten Kenner der chinesischen kommunistischen Theorien, besteht der Hauptunterschied zwischen der Trotzkischen und der chinesischen Permanenztheorie in folgendem: Im Gegensatz zu Trotzkis Lehre von der permanenten Revolution, die nur für eine *unbestimmte* Zeit gilt, ist die chinesische doppelt permanent, weil der Geltungsbereich der chinesischen *unbegrenzt* ist und unaufhörliche Erschütterungen zuläßt. Den im Vergleich zu Lenin noch erhöhten Voluntarismus der chinesischen Kommunisten, wie er etwa in der Erklärung „Das Subjektive erzeugt das Objektive" zum Ausdruck kommt, führt Schram auf die objektiven Anforderungen der Situation und Maos Temperament zurück. Die Theorie der permanenten Revolution hält er für das Produkt einer ganz besonderen Periode der chinesischen Revolution, in der der dem Denken der chinesischen Kommunisten ohnehin innewohnende Radikalismus und die revolutionäre Ungeduld freigelassen wurden[72]. Die Chinesen leugnen übrigens jeden Zusammenhang ihrer Permanenztheorie mit der Trotzkis; sie werfen ihm vor, diesen Begriff „gestohlen" und die Scheidelinie zwischen demokratischer und sozialistischer Revolution verwischt zu haben. Wie die „Stalinisten" erklären sie, Trotzkis „absurde", mit der marxistisch-leninistischen Theorie der permanenten Revolution unvereinbare Theorie sei „reaktionär", sie verneine die Möglichkeit der Errichtung der Sozialismus in einem Lande und beachte die Stufen in der Entwicklung der Revolution nicht. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die chinesischen Kommunisten zunehmend „trotzkistischer" geworden sind, ohne es wahrhaben zu

[71] S. R. Schram, Documents sur la théorie de la ‚Révolution Permanente' en Chine. Idéologie dialectique et dialectique du réel, Paris-Den Haag 1963, S. IX, XXXIX, 56 (Übers.), neuerdings auch dt.: Frankfurt/M. 1966; Débat, a. a. O., S. 450f. Vgl. E. Collotti-Pischel, La Révolution ininterrompue, Paris (1964), S. 140ff.: „. . . Mao condamnait sans aucun doute les thèses de l'opposition trotskyste sur la Chine, et par conséquent soutint Staline à fond contre cette opposition. Cependant . . . la situation concrète le conduisit à préciser et interpréter les thèses staliniennes dans un sens révolutionnaire aigu, qui en transformait la véritable signification . . ."

[72] Schram, a. a. O., S. XXVI–XXIX, XLff., 29. – Für die chinesische Einschätzung der Theorien Maos vgl. Le Marxisme et l'Asie 1853–1964, Paris (1965), S. 361–365 (Liu Schao-tschi 1945); Ost-Probleme XVIII (1966), S. 546: „Das Denken Mao Tse-tungs ist der Marxismus-Leninismus der Ära, in der der Imperialismus seinem eigenen Untergang zutreibt, während der Sozialismus dem Sieg entgegengeht. Mao Tse-tungs Denken ist der Gipfel des heutigen Marxismus-Leninismus – der vollendetste und dynamischste Marxismus-Leninismus." (Nach New China News Agency v. 2. 3. 1966.)

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wollen. – „Eine Revolution nach der anderen, eine Revolution beenden und dann mit einer anderen beginnen, unaufhörlich fortschreiten", so lautet *eine* Version der chinesischen Permanenztheorie. Einer der Beweggründe für die chinesische Führung zur Übernahme der Theorie der permanenten Revolution ist die Erwartung, sie werde „in Permanenz den Enthusiasmus der Parteikader und der Massen anfachen"[73].

Worin bestehen nun die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „Leninismus" und „Trotzkismus"? Trotzki war ähnlich wie Lenin der Ansicht, daß die sozialistische Revolution ohne Unterbrechung auf die demokratische Revolution folgen könne und in Ländern wie Rußland folgen müsse, und daß in Ländern ohne starkes industrielles Proletariat dieses sich mit der Bauernschaft verbünden müsse, ferner daß der Aufbau des Sozialismus nicht in *einem*, und noch dazu einem so wenig entwickelten Land wie dem in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution überwiegend agrarischen Rußland möglich sei. Er trat aber im Gegensatz zu Lenins Parole von der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern" für die Diktatur des Proletariats mit Unterstützung der Bauern ein, wollte also die führende Stellung der Arbeiterschaft stärker unterstreichen. Lenin erkannte auch den indischen und chinesischen Bauern eine wichtigere revolutionäre Rolle zu als Trotzki. Kurz vor Lenins schwerer Erkrankung verabredeten beide nach Mitteilung Trotzkis einen gemeinsamen Kampf gegen den erstarkenden Bürokratismus, und in den darauffolgenden Jahren kritisierte Trotzki mit zunehmender Heftigkeit die „Entartung" der bolschewistischen Partei und des Sowjetstaates. Ähnlich wie Lenin war auch Trotzki der Auffassung, daß die „geschichtliche Streitfrage", der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, *letzten Endes* „durch den Vergleichskoeffizienten der Arbeitsproduktivität" entschieden werde[74]. In der Frage der Parteiorganisation, in der ihre Ansichten vor 1917 stark voneinander abwichen, hatte Trotzki sich seitdem Lenins Konzeption unterworfen. Meinungsunterschiede hatten beide später vor allem in der Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften im Sowjetstaat. Trotzki war stets „aggressiv", und im Gegensatz zu Lenin hatte er ein „übermäßiges Selbstbewußtsein"[75]; er war wohl der „westlichste"

[73] Schram, a. a. O., S. 49f., 58; ferner Collotti-Pischel, a. a. O., S. 236ff.: „La ‚révolution permanente' de Trotsky consistait précisément à accentuer le rôle du prolétariat industriel, en qui il voyait la forcé guide de la société et le foyer principal de l'internationalisme. Les thèses chinoises ne sont pas directement dérivées du trotskysme: mais il est fort possible que par certains aspects le concept de ‚révolution permanente' ait trouvé un écho dans l'élaboration des thèses de la ‚révolution ininterrompue' et du ‚bond en avant' en 1958 et 1959 . . .".

[74] Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus?, S. 42; vgl. ders., Verratene Revolution, S. 12f., 80f.; Lenin, Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 247ff., Bd. 29, Berlin 1961, S. 97, 416f., Bd. 31, Berlin 1959, S. 497; Schram, a. a. O., S. XXIVf.; Brahm, a. a. O., S. 58–101.

[75] M. J. Olgin in: Trotzky, Our Revolution, S. 3; Lenin, Werke, Bd. 36, Berlin 1962, S. 579, über Trotzki: „Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat." (Brief an den Parteitag v. 24. 12. 1922, Teil d. sogen. „Testaments"; vgl. Tagebuch der Sekretäre W. I. Lenins, Berlin 1965, S. 56.) – Vgl. u. a.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der bolschewistischen Führer, ihm gingen die von ihm selbst an Lenin gerühmten Eigenschaften ab, „im tiefsten Sinne national" und voll „bäuerlicher Schlauheit in höchster Potenz" gewesen zu sein[76]. Außerdem wurde Trotzki auch mitgeformt von dem von ihm selbst maßgebend geprägten militärischen Geist der Roten Armee[77].

Im Kampf um die Macht im Sowjetstaat und die Führung der kommunistischen Weltbewegung ist Trotzki Stalin unterlegen[78]. Der historische Erfolg hat gegen Trotzki entschieden; der sogenannte „Trotzkismus" ist heute eine historische Erscheinung, trotz der Versuche der „IV. Internationale", ihn am Leben zu erhalten. Trotzkis Erwartung, der von ihm als der Bolschewismus der Gegenwart definierte Trotzkismus werde „mit der Welle des kommenden historischen Aufschwunges" zu einer starken Macht werden und schließlich den Weltsozialismus errichten, hat sich nicht erfüllt[79].

Trotzki und Stalin trennten wichtige politische Grundsatzfragen, im Endziel, der Errichtung der sozialistischen und später kommunistischen Gesellschaftsordnung, stimmten sie jedoch überein. Beide waren überzeugte Kommunisten, beide auch Anhänger des revolutionären Terrors; Trotzki hat ihn sowohl auf dem Höhepunkt seiner Macht als auch in der Zeit seiner Ohnmacht verteidigt[80]. Bis zu seinem

---

Bahne, Trotzkismus in Dtld., S. 217, 223f., 227f.; P. Axelrod, Die Persönlichkeit Trotzkis, in: G. Dimitrioff (Hrsg.), Die Tragödie Trotzki, Berlin (1925), S. 76–79; Krupskaja, a. a. O., S. 372: „Das ist im Grunde genommen wohl dasjenige, was Lenin und Trotzki dauernd am tiefsten voneinander getrennt hat. Trotzki verstand den demokratischen Geist, die demokrat. Grundlagen des Aufbaus des Sozialismus, den Prozeß der Umbildung der gesamten Lebensformen der Massen nicht."

[76] Trotzki, Über Lenin, S. 152, 155. – M. Eastman (The Character and Fate of Leon Trotsky, in: J. Steinberg, ed., Verdict of three Decades, New York 1950, S. 179–192) meinte, Trotzkis Schwäche sei es gewesen, daß er innerlich die Oppositionsstellung gewünscht habe. Vgl. Trotzki in: Der einzige Weg, Nr. 1, S. 26: „Ich bin nicht hungrig nach persönlicher Macht. Meine literarische Arbeit befriedigt mich mehr. Macht ist eine Bürde und ein unvermeidliches Übel . . . Die Mechanik der Macht ist eine elende Geschichte." (April 1937; = The Case of Leon Trotsky, London 1937, S. 278.)

[77] Vgl. Ju. Annenkov, Trockij, in: Novij Žurnal (New Review) Nr. 67 (1962), S. 141–161, 149. – Erinnert sei z. B. an Trotzkis Vorschlag zur Aufstellung von „Arbeitsarmeen".

[78] Nur am Rande sei erwähnt, daß eine nordamerikanische kommunistische Oppositionsgruppe Trotzki und die Trotzkisten beschuldigte, einen „pseudo-antistalinistischen" Kampf zu führen, in Wirklichkeit jedoch – zumindest indirekt – den „Stalinismus" zu unterstützen. Vgl. The Trotsky School of Falsification, New York (1941–1943), 2 Tle. (hektogr.). – Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, auf das Problem der „Anpassung" an den Gegner und auf Trotzkis Befürchtung, Stalins Sturz *könnte* das Signal für den Ausbruch einer Konterrevolution werden, einzugehen (vgl. Deutscher, Prophet Outcast, S. 175f.).

[79] Der einzige Weg, Nr. 1, S. 3, 4–11 (Trotzki, 28. 8. 1937): „. . . Der Stalinismus siegte. In Gestalt der linken Opposition brach der Bolschewismus mit der Sowjetbürokratie und ihrer KI. Das ist der wirkliche Gang der Entwicklung."

[80] Vgl. Trotzki, Die Grundfragen der Revolution, Petrograd-Altona 1923, S. 70f.: „Um das Individuum heilig zu machen, muß das gesellschaftliche Regime abgeschafft werden, das dieses Individuum ans Kreuz schlägt. Diese Aufgabe kann aber nur durch Blut und Eisen erfüllt werden . . . Der rote Terror ist ein Werkzeug, das gegen eine dem Untergang geweihte Klasse angewendet wird, die nicht untergehen will."

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tode hat Trotzki an den „unvermeidlichen", gesetzmäßig dem teleologischen Geschichtsablauf entsprechenden Sieg des Kommunismus geglaubt. So schrieb er in seinem Anfang 1940 entstandenen Testament, wenige Monate vor seiner Ermordung in Mexiko: „43 Jahre lang bin ich ein bewußter Revolutionär geblieben; 42 Jahre habe ich unter dem Banner des Marxismus gekämpft. Wenn ich von vorne beginnen könnte, würde ich natürlich versuchen, den einen oder anderen Fehler zu vermeiden, aber die große Linie niemals ändern. Ich werde als proletarischer Revolutionär, als Marxist, als dialektischer Materialist und folglich als unbeirrbarer Atheist sterben. Mein Glaube an eine kommunistische Zukunft ist heute noch stärker als in meiner Jugend."[81]

Trotz seiner Niederlage ist die Bedeutung Trotzkis als revolutionärer Führer, Organisator und glänzender Schriftsteller sowie die seiner als „Trotzkismus" bezeichneten Ideen und politischen Konzeptionen in der Geschichte des modernen Kommunismus groß. Der „Trotzkismus" ist in gewissem Sinne wirklich die „wichtigste marxistische Häresie", jedenfalls in seiner historischen Bedeutung und Auswirkung[82]. Auf dem Gebiet der marxistischen Theorie dagegen ist Trotzki nur sehr bedingt zu den „reformatorischen" Neuerern zu zählen.

---

[81] Trotzki, Tagebuch im Exil, München 1962, S. 145f. Vgl. Trotzkis Bemerkung vom April 1907: „History is a tremendous mechanism serving our ideals. Its work is slow, barbarously slow, implacably cruel, yet the work goes on. We believe in it." – Vgl. L. Gottschalk, Leon Trotsky and the natural History of Revolutions, in: The American Journal of Sociology XLIV (1938), S. 339–354, sowie für die Vorstellungen, die Trotzki sich von der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft machte, sein: Literatur und Revolution, Wien 1924, S. 179.

[82] J. Plamenatz, German Marxism and Russian Communism, London 1954, S. 8: „Heresy, after all, is as much a social as an intellectual phenomenon; indeed, it is, if we take into account not what it teaches but only its heretical character, entirely a social phenomenon . . . A heretic challenges authority, not truth; and it is this challenge that makes him a heretic . . . The historical importance of Trotskyism is that it is a Marxist attack on the authority of Moscow; and of all such attacks it is the most plausible, the most cleverly argued, and the best sustained." – Vgl. u. a. „Leo Trotzki" in: Aus Politik und Zeitgeschichte III (1957), S. 42–48; G. Bartsch, Trotzkis Bedeutung für die Gegenwart, in: Osteuropa XIV (1964), S. 489–501: „Trotzki ist in den Untergrund des kommunistischen Bewußtseins . . . eingedrungen . . . Trotzkis Bedeutung für die Gegenwart ergibt sich aus der Rolle, die er in der Vergangenheit spielte. Diese Vergangenheit ragt in die Gegenwart und über diese hinaus sogar in die Zukunft hinein."

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DIE MILITÄRPOLITISCHEN BERICHTE DES FREIHERRN VON KEYSERLINGK AUS PETERSBURG JANUAR–FEBRUAR 1918

Vorbemerkung

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk 1917/18 zwischen den Vierbundmächten und dem bolschewistischen Rußland sind schon häufig Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen[1]. Auf deutscher Seite harrt dieses Thema noch einer abschließenden Bearbeitung[2]. Die Quellenlage dazu ist außerordentlich günstig. Die schon lange angekündigte Aktenedition über Brest-Litowsk, die im Auftrag der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von Werner Hahlweg betreut wird, dürfte demnächst erscheinen. Neben den Memoiren[3] der hauptsächlich an dem Geschehen in Brest-Litowsk Beteiligten sind auch die russischen Quellenveröffentlichungen, älteren[4] und neueren[5] Datums, ebenso wie die gerade in jüngster Zeit in Rußland zahlreich erschienene Literatur[6] über die Friedensverhandlungen unbedingt zu verwerten.

Ein künftiger Bearbeiter dieses Themas hat sich nicht nur zu bemühen, die Brester Verhandlungen in den Rahmen der Weltkriegsgeschichte einzuordnen, er muß sich darüber hinaus der Einmaligkeit der Situation und des Spannungsreichtums sowohl am Verhandlungstisch in der Zitadelle von Brest-Litowsk als auch hinter den Kulissen in Petersburg, Berlin und Kreuznach/Spa bewußt sein. Zum erstenmal in der Geschichte saßen sich in Brest Vertreter von Staaten mit altüberlieferter Regierungsform und Abgesandte des eben erst auf revolutionärem Wege zu staatlicher Macht gelangten Bolschewismus gegenüber. Trockij, der Hauptakteur auf russischer Seite, hat das Ungewöhnliche an der Situation in Brest später einmal

---

[1] S. die Bibliographie von Klaus Jodeit, Literaturschau zum Frieden von Brest-Litowsk 1918. In: Jahresbibliographie, Bibliothek für Zeitgeschichte 33 (1961) S. 567 ff. Außerdem Sovetskaja Istoričeskaja Enciklopedija, Bd. 2, Moskau 1962, Spalte 720 ff.

[2] Diese Forderung gilt trotz der erst jüngst auf breiter Akten-Grundlage erarbeiteten Darstellung Wolfgang Steglichs über die Brester Verhandlungen (Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1, Wiesbaden 1964, S. 232–406).

[3] Sie sind in der in Anm. 1 erwähnten Bibliographie von Jodeit S. 579 ff. aufgeführt.

[4] Z.B. Mirnye peregovory v Brest-Litovske (Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk), Moskau 1920.

[5] Z. B, Dokumenty vnešnej politiki SSSR, tom 1 (Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR, Bd. 1). Moskau 1959.

[6] U. a. A. A. Achtamzjan, Ot Bresta do Kilja, Proval antisovetskoj politiki germanskogo imperializma v 1918 g. (Von Brest-Litowsk bis Kiel, Der Zusammenbruch der sowjetfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus im Jahre 1918), Moskau, 1963. – A. O. Čubar'jan, Brestskij mir (Der Brester Friede), Moskau 1964. – I. S. Kremer, Germanskij proletariat v bor'be za mir s Sovetskoj Rossiej (Das deutsche Proletariat mit der Sowjetunion im Kampf um den Frieden), Moskau 1963.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Historische Umstände hatten es so gefügt, daß die Delegierten des revolutionärsten Regimes, das die Menschheit je gekannt hat, an einem Tische sitzen mußten mit den diplomatischen Vertretern der allerreaktionärsten Kaste unter allen regierenden Klassen."[7]

Um sich die Eigenartigkeit der Verhandlungen zu vergegenwärtigen, wird der Historiker auch nicht Einzelheiten verschmähen, wie etwa die folgende, die auf den ersten Blick belanglos, beim Versuch, sich in die Verhandlungsatmosphäre hineinzuversenken, doch symptomatisch erscheint: Trockij berichtet in seinen Erinnerungen[8], wie er zum erstenmal seinem wichtigsten Gegenüber, dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, Kühlmann, begegnete. Wie zufällig traf man sich am 8. Januar in der Garderobe vor dem Verhandlungsraum. Kühlmann stellte sich vor und fügte hinzu, er sei sehr erfreut über seine – Trockijs – Ankunft; denn es sei besser, mit dem Herrn als mit seinem Emissär zu tun zu haben. (In der ersten Verhandlungsphase hatte noch Joffe die russische Delegation geleitet.) Trockij erkannte blitzartig, daß dies ein „auf die Psychologie eines Parvenüs berechneter Schachzug" war: „Ich hatte das Gefühl, als wäre ich in Schmutz getreten. Ich zuckte sogar unwillkürlich einen Schritt zurück. Kühlmann begriff seinen Fauxpas, er gab sich einen Ruck und wurde sofort trockener."

Zur Zeit der wichtigsten Phase der Brester Verhandlungen weilte in Petersburg vom 28. Dezember 1917 bis zum 14. Februar 1918 eine gemischte Kommission zur Regelung der Kriegsgefangenenfrage unter dem Grafen Mirbach, dem späteren deutschen Gesandten in Moskau. Der Kommission beigegeben war ein „Bevollmächtigter der Obersten Heeres- und Seekriegsleitung", Walther Freiherr von Keyserlingk, damals Chef der Operationsabteilung des deutschen Admiralstabs. Keyserlingk hat in der Zeit vom 3. Januar bis zum 14. Februar 1918 elf „militärpolitische Berichte" an seinen Vorgesetzten, Admiralstabschef Holtzendorff, gesandt. Das Ungewöhnliche seiner Berichterstattung geht aus jedem einzelnen Bericht hervor: Keyserlingk beschränkt sich nicht auf Mitteilungen über das russische – sich damals in völliger Auflösung befindliche – Heer und über die russische Marine, seine eigentliche Aufgabe, wie man erwarten sollte. Ja, von Informationen zum Stand der Verhandlungen über den Kriegsgefangenenaustausch erfährt man kein einziges Wort in diesen Berichten. Statt dessen gibt Keyserlingk Schilderungen der politischen Zustände in Petersburg, packende Schilderungen, aus denen man Zeile für Zeile die Leidenschaftlichkeit der Anteilnahme wie der Gegnerschaft herausspürt. Der kaiserliche Offizier empfindet Abscheu, ja abgründigen Haß gegen die, wie ihm scheint, verderbenbringende Lehre und Praxis des Bolschewismus. Er hält dieses neuartige Phänomen für gefährlich, weil es plötzlich regierungsfähig geworden ist, gefährlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt. Er spricht vom „regierenden Wahnsinn"[9], vom ins Ungemessene gewachsenen

[7] L. D. Trockij (= Leo Trotzki), Mein Leben, Versuch einer Autobiographie, Frankfurt/M 1961, S. 338.

[8] Ebenda, S. 337.

[9] S. Dokument 5.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„sozialistischen Größenwahn"[10]. Er glaubt, eindringlich warnen zu sollen vor den „russischen Welt-Vergewaltigern"[11], dem „Räuberunwesen"[12], der Schrecken und Terror in Rußland verbreite.

Aus seinen Wahrnehmungen zieht Keyserlingk Konsequenzen, die er als Ratschläge weitergibt: Das Deutsche Reich müsse durch Angliederung der nichtrussischen Völker einen „Schutzwall" (einen „cordon sanitaire", wie es in späteren Jahren heißt!) vor dem „alten Reichsbestande" aufrichten[13], die Brandfackel des Bolschewismus „durch Umstellung des Landes zum Verglimmen"[14] bringen. Es bedürfe von deutscher Seite dazu nur eines „leichten militärischen Druckes"[15], eines Vorstoßes deutscher Truppen durch Estland bis Petersburg, für Keyserlingk „der Inbegriff des bolschewistischen Rußlands"[16].

Die Bedeutung der von starker innerer Erregung geprägten „militärpolitischen" Berichte des Freiherrn von Keyserlingk liegt einmal darin, daß sie unmittelbare Zeugnisse über jene ersten Tage der neuen russischen – der sowjetrussischen – Ära, über jene „Weltwende 1917" darstellen; zum anderen auch darin, daß sie im Großen Hauptquartier nicht ohne Wirkung geblieben sind.

Aus den Originalen der Berichte, die sich unter den deutschen Marineakten befinden, geht hervor, daß sie regelmäßig an den Kaiser und den Reichskanzler gesandt wurden. Wilhelm II. versah sie häufig mit Randbemerkungen wie „sehr gut", „auch meine Ansicht". Ja, er ließ sich von ihnen zu großspurigen Aussprüchen entflammen, die z.T. von seinem Marinekabinettschef, Admiral von Müller, überliefert sind. Aus einer unter den Akten des Auswärtigen Amtes liegenden Abschrift[17] des Berichts Nr. 5 (Dokument 5) ist ersichtlich, daß der Kaiser die Berichte mitunter seinen drei Kabinettschefs vorlas. Am 2. Februar z.B. notierte sich Müller folgende kaiserliche Drohung in sein Tagebuch: „Ich habe befohlen, daß gegen Petersburg marschiert wird, sobald wir mit der Ukraine im reinen sind."[18] Es mag auch auf die Keyserlingkschen Berichte zurückzuführen sein, wenn der Kaiser einige Tage später neben einem Zeitungsartikel, der sich mit dem finnischen Bürgerkrieg beschäftigt, bemerkte: „Europa muß am deutschen Wesen, durch unser Schwert genesen. Ich kämpfe für alle meine Collegen."[19]

Offenbar haben die Keyserlingkschen Berichte die militante Heftigkeit des Kaisers und auch Ludendorffs und Hindenburgs beeinflußt, mit der diese auf dem für die deutsche Ostpolitik 1918 entscheidenden Homburger Kronrat vom 13. Fe-

[10] S. Dokument 6.
[11] S. Dokument 10.
[12] S. Dokument 11.
[13] S. Dokument 1.
[14] S. Dokument 5.
[15] S. Dokument 4.
[16] S. Dokument 8.
[17] Politisches Archiv Bonn, Rußland 61, Bd. 147.
[18] Georg Alexander von Müller, Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts, Hrsg. von Walter Görlitz, Göttingen 1959, S. 550.
[19] Kölnische Zeitung 1918 II 23 in: Politisches Archiv Bonn, Rußland 61, Bd. 147.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bruar[20] gegen den Bolschewismus sprachen. Im Protokoll der Besprechung heißt es ausdrücklich, S.M. habe Berichte aus Petersburg verlesen. Es kann sich nur um Keyserlingks Berichte gehandelt haben. Der Kaiser führte u.a. aus, das russische Volk sei der Rache der Juden ausgeliefert (s. Dokument 5); die Bolschewiki wollten Revolution, wollten „großen Arbeiterbrei" machen: „Diese Bestrebungen schlagen über Grenzen [s. Dokument 1 und 2] ... wir müssen ... Bolschewiki so schnell wie möglich totschlagen." Petersburg sei der „Hauptseuchenherd" (s. Dokument 8). Gegen das Votum Kühlmanns wurde die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen Rußland beschlossen. Es bedurfte nur dieses „leichten militärischen Druckes" (s. Dokument 4), um den Frieden „in unserem Sinne schnell" zum Abschluß zu bringen. Am 3. März mußte Sowjetrußland den Diktatfrieden von Brest-Litowsk unterschreiben.

Für die im folgenden abgedruckten Berichte dienten Abschriften aus dem im Bundesarchiv verwahrten Nachlaß Keyserlingk[21] als Vorlage. Die maschinenschriftlichen Ausfertigungen befinden sich, wie erwähnt, unter den Marineakten im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg i.Br.[22]. Einzelne Abschriften liegen auch in den Akten des Auswärtigen Amtes in Bonn[23]. Von den insgesamt elf militärpolitischen Berichten gelangen zehn zum Abdruck[24], dazu ein Telegramm vom 21. 1. 1918[25]. Abgesehen von einigen wenigen orthographischen Modernisierungen und behutsam vorgenommenen Änderungen in der Interpunktion sind alle Dokumente unverändert und mit Ausnahme von Dokument 9 vollständig wiedergegeben. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

Winfried Baumgart

---

[20] Protokoll des Kronrats (Abschrift) in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119, Bl. 73ff. – Über die Bedeutung des Homburger Kronrats s. die demnächst im Oldenbourg-Verlag erscheinende Dissertation des Verfassers: Deutsche Ostpolitik 1918, Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Weltkrieges, München, Wien 1967, S. 23ff., 370ff.

[21] Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/1.

[22] PG/75 607.

[23] Politisches Archiv Bonn, Rußland 61, Bd. 147.

[24] Die militärpolitischen Berichte Nr. 4 und 9 vom 18. Januar bzw. 6. Februar 1918, die zur Beurteilung des Bolschewismus – worauf es bei dieser Dokumentation ankommt – außer dem als Dokument 9 zitierten Passus nichts beitragen, handeln über die Wünschbarkeit einer Abtrennung des Baltikums, besonders Estlands, von Rußland.

[25] Im Aktenbestand K 08-8/1 des Bundesarchivs befinden sich außer den Abschriften der elf Berichte Abschriften von zwei Telegrammen Keyserlingks aus Petersburg: des im folgenden als Dokument 4 abgedruckten und eines vom 28. 12. 1918. Im letzteren, das über die Ankunft der deutschen Kommission in Petersburg und über die ersten Eindrücke Keyserlingks berichtet, wird die Bolschewikiregierung als „ausgesprochene Pöbelherrschaft schlimmster Art" bezeichnet, die „auf [die] Dauer unmöglich" sei. Keyserlingk rät, bei den Friedensverhandlungen mit Zugeständnissen gegenüber „dieser wenig sicheren und jeglichen Maßstabes mangelnden Regierung" zurückhaltend zu sein.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und
Seekriegsleitung.
B.No. 29.

St. Petersburg, den 3. Januar 1918.

Ganz geheim!

Militärpolitischer Bericht No. 1.

Durch das Losungswort „Friede auf jeden Fall" haben die Bolschewiki die Herrschaft erlangt und damit ihre Gedanken über den sozialistischen Staat verwirklicht. Es sind dies, kurz gesagt, Friede, Landaufteilung, parlamentarische Regierungsform, und zwar soll, was ihrer Herrschaft den furchtbaren Stempel aufdrückt, dies alles unverzüglich zur Durchführung kommen. Die gemäßigteren Menschewiki haben wohl die gleichen Ziele, sie wollen aber den Übergang nur allmählich bewerkstelligen. Die anderen Parteien stufen sich in den innerpolitischen Wünschen zu milderen Programmen ab.

Die Gier der durch den Krieg erschöpften Massen, vor allem die auf 200000 Köpfe geschätzte Soldatenpartei in Petersburg verschaffte den Bolschewiki den Sieg. So ist es gekommen, daß nun seit 2 Monaten die immer sinnlosere Regierungsweise dieser Partei den Norden und die Mitte Rußlands, vor allem Petersburg, zum Abgrund reißt. Keine Polizei, keine Gerichtsbarkeit außer einem Revolutionstribunal[26], sogenannte Nationalisierung aller Banken[27], was gleichbedeutend mit Stillstand jeglichen Geldverkehrs ist, Entwertung des Rubels, willkürliches Treiben in Staats- wie Privatdienst, das sind die sich geltend machenden Zeichen des äußeren Lebens in der Hauptstadt. Es ist auf Schritt und Tritt in die Augen springend, daß die Maschine nur mit größter Anstrengung arbeitet und jeden Augenblick stillzustehen droht. Die ganze sichtbare Bevölkerung macht einen stark heruntergekommenen, bunt zusammengewürfelten Eindruck. Unsicherheit herrscht in jeder Betätigung des täglichen Lebens. Die Nahrungsmittel sind zwar rationiert, scheinen jedoch in genügender Menge vorhanden zu sein. Schwierigkeiten bereitet lediglich die regelmäßige Heranschaffung. Unterernährung ist nicht wahrnehmbar. Das Leben ist gegen früher um das 8–10fache verteuert; Löhne, Gehälter sind dementsprechend erhöht. Die Notenpresse arbeitet mit Hochdruck.

Über diesem Ganzen eine Regierung, die in Kommissariate (früher Ministerien) geteilt, eine dem sozialistischen Ideale möglichst gleichkommende Regierungsform ausgeklügelt hat. Freie Bahn dem Tüchtigen, volle Gleichheit allen; diese und sonstige schöne Grundsätze sind zu Zerrbildern schlimmster Art geworden, die schon im äußeren Anblick abstoßendes Haschen nach Verpöbelung selbst der Spitzen des Staates ausdrücken. Der Sozialist Marx und der Internationalismus sind Vorbild und Ideal. Die parlamentarische Regierungsweise ist so weitgehend angewandt, daß jedes Kommissariat kollegialisch zugespitzt ist, so daß die Verantwortung nirgends von einer Persönlichkeit an der Spitze getragen wird. Es entspricht dies einem seit jeher dem Russen eigenen Charakterzug, durch Ausschüsse die Verantwortung auf breiter Grundlage leichter tragbar zu machen. Mißverstandenen Vorbildern der Verbündeten folgend sitzen in den leitenden Stellen der Staatsmaschine durchweg Nichtfachleute, aber statt parlamentarisch geschulter sind es wahnwitzige, phantastische und teils

[26] S. das Dekret über die Bildung des Revolutionstribunals 1918 I 1 in: James Bunyan/H. H. Fisher, The Bolshevik Revolution 1917–1918, Documents and Materials, Stanford 1961, S. 293ff. S. auch ebenda S. 287f.

[27] Text des Nationalisierungsdekrets 1917 XII 27 in: Bunyan, a.a.O., S. 523.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch lange Verbannung und Kerkerhaft geistig und körperlich minderwertige Menschen. Der Anblick des Arbeitszimmers des Gehilfen von Trotzki[28] machte in seinem wildrevolutionären Tone einen erschütternden, unauslöschlichen Eindruck[29].

Grollende Unzufriedenheit macht sich demgegenüber teils offen in den Zeitungen, teils versteckt in den Parteien mit und ohne Namen bemerkbar. Die Mehrzahl sind demokratischer Färbung. Ihre Ziele scheinen gemäßigte [zu sein], ob aber die Verwirklichung brauchbare Zustände schaffen würde, läßt sich natürlich nicht sagen. Von dem linken Flügel der Kadetten (Miljukow[30]) bis zur äußersten Rechten (Dubrowy[31]) gilt die konstitutionelle Monarchie als Ziel. Die Kadetten, vollkommen unter dem noch bis jetzt mit viel Geld arbeitenden Einfluß der Engländer stehend, wollen die demokratische englische Form. Der rechtsstehende Teil will engste Anlehnung an Deutschland[32]. Der Ruf nach deutscher Hilfe ist in diesen Kreisen allgemein. Sie glauben bestimmt, daß die Bolschewiki die deutschen Bedingungen[33] nicht annehmen können, ohne sich zu verleugnen, daß die Friedensverhandlungen mit ihnen zu keinem Ende kommen würden. Dann sollte Deutschland, so meinen sie, kurzen Prozeß machen und zur Wiederherstellung geordneter Zustände und zum Abschütteln der Engländer in diesem seinem Nachbarreiche einrücken, die wichtigsten Punkte besetzen und die polizeiliche Gewalt ausüben. Viel Kraft sei dazu nicht erforderlich, da die Erlösung von dem jetzigen unerträglichen Druck die Durchführung erleichtern würde. Es scheinen in der Tat, nach dem zu urteilen, was mir in zuverlässiger Form zugetragen worden ist, weite Kreise des Landes bis zu den Don- und Kaukasuskosaken[34] zu sein, die so denken. Mag auch der Russe und Balte bei Verfolgung seines Lieblingsgedankens zur überschwenglichen Ausdrucksweise geneigt sein, in der jetzigen Verfassung des Landes ist der Wunsch verständlich.

Rußland hat durch die Verbindung seiner äußeren Politik mit den Welthändeln in diesem Kriege endgültig gezeigt, daß es für in die Welt gerichtete Aufgaben noch lange nicht befähigt ist. Es ist nur ein Bauernstaat. Das, was es jetzt durchmacht, ist das Ergebnis der durch dünkelhafte Überschätzung der eigenen Kraft, durch die als politische Sendung ausgelegte Ausbreitungsgier, sowie nicht zum mindesten durch selbstsüchtige Bundesgenossen verschuldeten falschen Handlungsweise. Das Schwer-

[28] Eines fast analphabetischen Matrosen namens Markin, der die Aufgabe hatte, Geheimdokumente der zaristischen und Provisorischen Regierung durch eine Gruppe sprachgewandter Studenten übersetzen und veröffentlichen zu lassen. Vgl. L. D. Trockij, Sočinenija, Bd. 3, Teil 2, Moskau o. J. (Nachdruck Cleveland 1963), S. 97ff.

[29] Dazu aus den Erinnerungen des holländischen Generalkonsuls in Petersburg folgender Passus: „. . . the Commissariat for Foreign Affairs . . . had made an indescribably filthy mess in the building of the Foreign Office". (William J. Oudendyk, Ways und By-Ways in Diplomacy, London 1939, S. 257f.)

[30] Pavel Nikolaevič Miljukov, Führer der Kadetten-Partei (Konstitutionellen Demokraten), Außenminister der Provisorischen Regierung März–Mai 1917; 1918/19 in antibolschewistischen Organisationen tätig.

[31] Nicht ermittelt.

[32] Über die „Deutschorientierung" der Kadetten, besonders Miljukovs, s. das Kapitel über die Ukraine-Besetzung in der Dissertation des Verfassers (vgl. Anm. 20), S. 136ff.

[33] Die deutschen Bedingungen, soweit sie den Bolschewisten zu diesem Zeitpunkt bekanntgegeben waren, umfaßten im wesentlichen: Anerkennung der Unabhängigkeit Polens, Ausscheiden Kurlands und Litauens aus dem russischen Staatsverband.

[34] Mit den Donkosaken des Generals Krasnov wurden nach der Ukraine-Besetzung durch deutsche Truppen im Frühjahr 1918 von seiten des deutschen Oberkommandos Beziehungen angeknüpft; dazu ausführlich das Kapitel über die Ukraine-Besetzung in der Dissertation des Verfassers (vgl. Anm. 20). S. 139ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wiegende dabei ist, daß die durch jahrzehntelange Vergiftung bewirkte Verwirrung der Geister nicht so bald ausheilen dürfte.

Aus solcher Lage der Dinge ergeben sich für das deutsche Reich zwei Aufgaben.

1. Es muß gegen das Übergreifen der verrotteten Zustände durch Angliederung der andersstämmigen Randländer einen Schutzwall möglichst weit nach Osten vor dem alten Reichsbestande aufrichten und

2. muß es eine großzügige kolonisatorische Aufgabe in dem Eindringen werbender Handelskraft mit den Segnungen von Ordnung gepaart über Rußland nach Asien erblicken.

Handelspolitisch von unermeßlicher Aussicht würde solche Fußfassung auf der inneren Linie Asiens, militärisch von ausschlaggebender Bedeutung[35] für die künftige Sicherheit des Bestandes der Mittelmächte sein.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.

An den Chef des Admiralstabes der Marine, Berlin.
Oberste Heeresleitung, Gr. H.-Qu.
Oberbefehlshaber Ost.

Dokument 2

Ganz geheim!

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und
Seekriegsleitung.
St. Petersburg
Nr. 69.

St. Petersburg, den 11. Januar 1918.

Militärpolitischer Bericht Nr. 2.

In Petersburg ist nach allem, was verlautet, die Bolschewiki-Herrschaft am ausgeprägtesten. Es hängt dies wohl mit der Verbindung der äußeren und inneren Politik in der Hauptstadt zusammen. In Moskau soll die gemäßigtere Richtung der Partei ein einigermaßen erträgliches Regiment führen[36]. Auf dem flachen Lande macht sich die Bolschewiki-Herrschaft meist in unverstandenem Sinne durch Zerstörung unangemessen erachteter Werte bemerkbar.

Es scheint, als ob die erste stürmische Verwirklichung der Bolschewikitheorie schon jetzt sehr schnell Einschränkungen erleiden muß. So in der gemeldeten Milderung der Bankdekrete, wie auch in der Frage der Abschaffung des Offiziersgrades[37], was

[35] Daß die Festsetzung Deutschlands in Rußland den Weltkrieg militärisch entscheiden könne, fürchtete man auf alliierter Seite bis weit in den Sommer 1918 hinein. Quellenzeugnisse dafür bei Richard H. Ullman, Intervention and the War, Anglo-Soviet Relations 1918–1921, Princeton 1961, S. 40, 129, 169, 198, 211. Vgl. auch George F. Kennan, Russia Leaves the War, Princeton 1956, S. 283f. – Erwin Hölzle, Die Revolution der zweigeteilten Welt, Hamburg 1963, S. 86.

[36] Über die Ereignisse in Moskau nach der Novemberrevolution s. Bunyan, a. a. O., S. 174ff.; Leonard Schapiro, The Origin of the Communist Autocracy, London 1956, S. 71; William Henry Chamberlin, The Russian Revolution 1917–1921, Bd. 1, New York 1957, S. 335ff.

[37] Über die Handhabung des Bankdekrets (s. Anm. 27) s. Edward Hallett Carr, The Bolshevik Revolution 1917–1923, Bd. 2, London 1952, S. 136ff. – Über die Bedeutung der ehemals zaristischen Offiziere für die neue bolschewistische Armee s. die Schilderung Trockijs, des Organisators der Roten Armee, in: L. D. Trockij, Kak vooružalas' revoljucija (Wie sich die Revolution bewaffnete), Bd. 1, Moskau 1923, S. 14ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allgemein als Fehler erkannt wird. Noch etwas mehr natürliche Widerstände und Unmöglichkeiten, dann werden die im ersten Monat ihrer Herrschaft fanatisch gerast habenden Bolschewiki immer mehr sich der Macht der gesellschaftlichen Notwendigkeiten fügen müssen. Es gibt in der sogenannten Bourgeoisie, den von den Bolschewiki als feine Leute mit Eigentum verspotteten bürgerlichen Parteien aller Richtungen, einen großen Kreis, der zunächst lediglich Ordnung herbeisehnt, ob dies durch die Bolschewiki oder durch eine andere Partei geschieht, ist ihm gleich. Weiter schauend sind aber wohl die meisten denkenden Russen für die Wiedereinführung der Monarchie, jedoch mit freiheitlicher Verfassung. Es macht den Eindruck, daß sie am liebsten den Bruder des letzten Kaisers[38] für solchen Zweck gewinnen möchten.

Ist der Wunsch nach Wiederherstellung der alten Verhältnisse auch eine Folgeerscheinung jeder Staatsumwälzung gewesen, so ist er beim russischen Volke, das in langer Geschichte sich groß und die längste Zeit zufrieden unter der Monarchie gefühlt hat, nicht leichter Hand abzutun. Mag sein, daß das harte Bolschewiki-Regiment, das als natürliche Gegenwirkung einer langen Zeit von Unterdrückung und Verderbtheit schreckhaft und schmerzhaft wirkt, allmählich auf dem Wege freiwilliger und abgezwungener Zugeständnisse zu einer Regierungsform überleitet, die der russischen Art Rechnung trägt. Das ist innerrussische Angelegenheit. Das deutsche Reich als Nachbar hat aber insofern an der jetzigen Entwicklung der Dinge in Rußland ein großes Interesse, als die Herrschaft der linken Bolschewiki, den früheren Nihilisten, die Gefahr der planmäßigen Unterwühlung des eigenen Staatsbaues in sich trägt. Solange nicht auch dieser fanatische Gedanke aus der Lehre der Bolschewiki ausscheidet, solange muß das deutsche Reich die Beseitigung ihrer Herrschaft wünschen.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.

Dokument 3

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und Seekriegsleitung
B.Nr. 121

St. Petersburg, den 17. Januar 1918

Militärpolitischer Bericht Nr. 3.

Die Besprechung der russischen Zustände in unseren Zeitungen[39] ermangelt leider sehr oft derjenigen Kenntnis der Wirklichkeit, die die Vorbedingung für eine auf-

[38] Großfürst Michail Aleksandrovič. Wie aus zahlreichen deutschen Akten aus dem Jahre 1918 hervorgeht, war er Kandidat verschiedener Führer antibolschewistischer Organisationen (z. B. Miljukovs, Krivošejns) für einen wiedereinzusetzenden Monarchen.

[39] Zur Haltung der deutschen Presse speziell über die Brester Verhandlungen vgl. Kühlmanns Ausführungen vor Vertretern der Parteien 1918 I 23 in: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917–18, Bd. 1, Teil 2, Bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1959, S. 147 ff. Kühlmann gab besonders seinem Mißfallen Ausdruck, daß die Verhandlungen „ganz unendlich erschwert worden sind durch die leidenschaftlichen Kontroversen, wie sie in einem Teil der Zeitungen in einer selbst bei uns unerhörten Schärfe hinter der Front sich abgespielt haben. Die russischen Herren pilgerten jeden Tag sofort nach Eintreffen des deutschen Schnellzuges nach dem Zeitungskiosk und zogen mit Ballen deutscher Zeitungen beladen nach Hause, und der Sekretär der russischen Delegation hat einem unserer Offiziere gesagt: unser bester Sekundant ist die deutsche Presse."

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

klärende Tätigkeit über diesen Teil des Kriegstheaters bilden sollte. In übertrieben rechtlichem Empfinden wird bei dem Russen ohne weiteres eine Höhe der Entwicklung vorausgesetzt, die er nicht besitzt, die ihm aber bei der Erörterung der politischen Fragen eine unangemessene Gleichberechtigung in Denken und Empfinden zugesteht. Rußland ist bis jetzt durch Schein und durch die Kunst einiger großer Persönlichkeiten auf achtunggebietender Höhe gehalten worden. Der jetzt offen liegende Kern zeigt keine neue Erscheinung, er ist immer von Zersetzung ergriffen gewesen. Die jetzige Zügellosigkeit der herrschenden Klasse ist die natürliche Folge des geschwundenen starken Drucks; es ist falsch, sie mit irgendeinem Wort entschuldigen zu wollen, als ob auch in ihr noch möglicherweise heilsame Wirkung verborgen sein könnte. Rußland ist jetzt vollkommen erledigt und wird auch nicht die Kraft finden, allein aus sich heraus zu wirklich geordneten Zuständen zu gelangen. Zum zweiten Male in tausendjähriger Geschichte liegt dieses Land bereit, kolonisiert zu werden. Die hierfür zu wählende Form mag eine über dem alten Begriffe der Kolonisation stehende sein, der Sinn bleibt derselbe. Die gegebenen Kolonisatoren sind die Mittelmächte. Verpassen sie jetzt diese Aufgabe, dann wird sie ohne Zweifel von anderer Seite, Japan oder England, geleistet werden.

Es wäre für unsere jetzigen wie späteren Beziehungen zu Rußland gut, wenn von unserer Presse und Wissenschaft bei Besprechung russischer Verhältnisse weniger in beschönigenden Redensarten gesprochen würde, die meist doch nur die gleichzeitige herbe Kritik häßlicher Zustände wieder mildern sollen. Der Russe ärgert sich doch über die Kritik und nimmt außerdem die Redensarten für bare Münze, wodurch seine Anmaßung wächst. Er steht eben noch auf einer sehr niedrigen Entwicklungsstufe, und dementsprechend will er behandelt sein, ohne unangebrachte Höflichkeiten, sondern mit der Äußerung eines sich gleichbleibenden unbeugsamen Willens.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.

Dokument 4

Telegramm aus Petersburg vom 21. 1. 1918.

Die jetzige Lage in Rußland möchte ich folgendermaßen kennzeichnen. In dem nach Abfall der Ukraine und Finnland[40] übriggebliebenen Teil des europäischen Rußlands herrschen Lenin und Trotzki diktatorisch. Die Auflösung der von ihnen gefürchteten Sobranje[41] wirft ein bezeichnendes Licht auf die politischen Verhältnisse. Unbemerkt sind die alten Zustände wiedergekehrt. Die Art der Regierung ist dieselbe wie früher, nur die Form ist anders geworden und zwar schlechter. War früher der Kaiser der Selbstherrscher, der die aufgezwungene Duma nicht zur Macht kommen lassen wollte, so ist jetzt die Selbstherrschaft in Lenin und Trotzki verkörpert, die sich gegen die Mitwirkung einer viel redenden Volksvertretung stemmen. Auch die frühere Regierung hatte wenigstens eine geschulte, wenn auch teuer wirtschaftende Beamtenschaft, während die jetzige Regierung das Heil mit Hilfe von Leuten erstrebt, die von den schlechten Gewohnheiten der alten Beamtenschaft nicht berührt

[40] Zu den Ereignissen in der Ukraine s. John S. Reshetar, The Ukrainian Revolution 1917–1920, Princeton 1952, S. 89ff. – Über Finnland s. Walther Hubatsch, Finnland in der deutschen Ostseepolitik 1917/18, in: Ostdeutsche Wissenschaft 2 (1955), S. 47ff.

[41] Učreditel'noe sobranie (= Konstituierende Versammlung). Sie war am 25. November 1917 gewählt und nach ihrem ersten Zusammentritt am 18. Januar 1918 von den Bolschewisten aufgelöst worden. S. Kennan, a.a.O., S. 343ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein sollen, dafür allerdings die guten Seiten derselben, wie Kenntnis der Geschäfte, nicht besitzen. Das Bild des täglichen Lebens zeigt überall unbeschreibliche Zersetzung ohne Aussicht auf Ordnung des Chaos. Es macht den Eindruck, daß der Anstoß hierfür nur von außen kommen kann. Führen die Friedensverhandlungen bis zur Schneeschmelze nicht zu einem befriedigenden Schluß, dann dürfte ein leichter militärischer Druck genügen, um uns in die Stellung gelangen zu lassen, in der die hohlen Reden der Russen zum Schweigen und der Frieden in unserem Sinne schnell zum Abschluß würde gebracht werden können.

Keyserlingk.

Dokument 5

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und
Seekriegsleitung.
St. Petersburg.
175.

St. Petersburg, den 28. Januar 18.

Ganz Geheim!

Militärpolitischer Bericht Nr. 5[41a]

Kürzlich haben Abgesandte aller Flottenteile hier unter dem Vorsitz des Marinekommissars getagt, um Fragen der Organisation zu entscheiden. Der wichtigste Beschluß ist die Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht in der Marine im Frieden. Die Verkündung und Inkraftsetzung des Beschlusses ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Künftig soll das Flottenpersonal nur noch aus Angeworbenen bestehen, die so hoch bezahlt werden, daß sie den Flottendienst anderer Beschäftigung vorziehen[42].

Die Armee ist soweit noch nicht geschritten. Doch sind die Anzeichen für ein gleichartiges Vorgehen in dem Drängen des Oberbefehlshabers und des Kriegskommissars nach Auflösung der alten Armee und Schaffung einer aus Freiwilligen bestehenden Revolutionsarmee zu erkennen. Die allgemeine Sinnesart ist auf Loslösung von jedem Zwang gerichtet. Die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht würde nur ein folgerichtiger Schritt auf dem eingeschlagenen Wege sein[43].

Dem hier Mitlebenden wird täglich klarer, welche Kräfte am Werke sind. Im alten Rußland lastete der grausamste Druck auf den Juden. Der Gegendruck ihrer

[41a] Aus den Akten des Auswärtigen Amtes geht hervor, daß Admiral Holtzendorff diesen Bericht am 5. Februar in Abschrift dem Kaiser zusandte. (Politisches Archiv Bonn, Rußland 61 Bd. 147.) Wilhelm II. vermerkte auf dem Begleitschreiben: „S. E. Reichskanzler". Am Kopf des Berichts notierte er: „3 Cabinette – abends vorlesen". Daneben stehen die Namenszüge der drei Kabinettchefs Frhr. von Lyncker, von Berg und von Müller und das Datum 8. 2. Auf dem Begleitschreiben findet sich außerdem die Paraphe Hindenburgs vom 11. 2.

[42] Über die Entstehung der Roten Flotte s. die gründliche aktenmäßige Darstellung von R. N. Mordvinov, Kursom „Avrory", Formirovanie sovetskogo voenno-morskogo flota i načal ego boevoj dejatel'nosti (nojabr' 1917–mart 1919gg. – Auf Fahrt mit der „Aurora", Die Bildung der sowjetischen Kriegsflotte und ihre ersten Einsätze November 1917–März 1919), Moskau 1962.

[43] Über die Bildung der Roten Armee s. L. D. Trockij, Kak vooružalas' revoljucija, 3 Bde. Moskau 1923–1925. Aus der neueren Literatur sei auf die ungedruckte Dissertation von Carl Gustav Ströhm hingewiesen: Bolschewismus und Heer, Die Militärpolitik Lenins und der Bolschewiki 1917–1920, Tübingen 1959.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

recht bedeutenden Zahl war daher größer als der von den anderen Volksmassen ausgehende. Mit der Revolution brach diese Rasse, verstärkt durch ihre in allen Ländern tätig gewesenen ausgewiesenen Brüder, am kräftigsten hervor, nahm die Führung und suchte ihren Halt in dem niedersten, am leichtesten zu beschwatzenden Pöbel. Die ganze jetzige Regierung außer Lenin sind Juden[44], alle Mithelfer sind Glaubensgenossen, der Jude macht sich jetzt auf Schritt und Tritt auffallend bemerkbar, sein Einfluß greift tief in die Armee und Flotte hinein. Ihr Kampf geht gegen ihre früheren Peiniger, die besitzende und regierende Klasse, also kurzweg die sogenannte Bourgeoisie. Kein engeres Vaterland kennend prägten sie das dem Pöbel schnell gefallende Schlagwort der Selbstbestimmung der Völker[45]. Ihre eigene Vaterlandslosigkeit erfand den Lockruf vom Internationalismus. Auf zwei Dinge richtet sich ihr Rachekampf: Zerstörung der bewaffneten Macht, durch die ihnen viel Kummer in abscheulichen Grausamkeiten zugefügt worden ist und – Beseitigung der ihnen in Handel und Gewerbe hinderlichen Kräfte, der Kapitalisten. So treiben sie, die Anstifter dieser furchtbaren Bewegung, die dumme Masse des russischen Volkes und gar zu gern auch die leider in dem Haß gegen Staatsmacht und Kapitalismus sich mit ihnen treffenden christlichen Unzufriedenen aller anderen Länder in eine dunkle Zukunft, die letzten Endes dem Judentum allein Genugtuung und reichen Gewinn bringen kann. Diese Herkunft der heute hier obwaltenden Kräfte sollten sich bei uns diejenigen recht klar machen, die mit Gesinnungsgenossen liebäugeln zu müssen glauben.

Der regierende Wahnsinn, der sich jetzt unter dieser Oberleitung in Rußland kund tut, wird am besten durch Umstellung des Landes zum Verglimmen gebracht. Solange das von diesem furchtbaren Taumel ergriffene Volk abgeschlossen gegen andere bleibt, siecht es mit absehbarer Gewißheit dahin. Ein Verkehr mit ihm in diesem Zustande ist unmöglich. Wird er zu früh versucht, dann sind die Folgen einer Ansteckung unabsehbar. Für uns als Nachbar gilt es, jetzt die Bolschewiki ohne Regierungswechsel bis zum Aufbruch der letzten Kräfte austoben zu lassen und noch während dieses Vorganges die starke Stellung zu sichern, die wir bei Unterzeichnung des Friedens, mit ihnen oder ihren Nachfolgern, endgültig festzulegen wünschen.

An Chef des Admiralstabes d. Marine.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.

---

[44] Dieser Satz ist in der unter den Akten des Auswärtigen Amtes liegenden Abschrift des Berichts (s. Anm. 17) von Wilhelm II. mit Rotstift unterstrichen. Admiral Müller (a.a.O. S. 354) vermerkte unterm 13. Februar, der Kaiser spreche neuerdings gegen die Juden; es sei nach seinem Erinnern das erstemal, daß der Kaiser in seine politischen Erwägungen eine antisemitische Note hineingebracht habe. – Sie ist offensichtlich auf diesen Bericht Keyserlingks zurückzuführen.

[45] Über das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde während der Brester Verhandlungen eine lang ausgedehnte Diskussion geführt. Vgl. John W. Wheeler-Bennett, Brest-Litovsk, The Forgotten Peace, London 1963, S. 215ff. Zu neuerer Literatur über das Selbstbestimmungsrecht der Völker s. Kurt Marko, Sic et Non, Wiesbaden 1962, S. 236.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 6

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und
Seekriegsleitung.
St. Petersburg.
235.

St. Petersburg, den 1. Febr. 1918

Ganz Geheim!

Militärpolitischer Bericht Nr. 6.

Seit 2 Wochen ist die Bolschewikiregierung unruhig geworden. Trotzki kam aus Brest-Litowsk nach Petersburg in der Hauptsache deshalb, um den zu dieser Zeit tagenden mannigfachen Kongressen beizuwohnen oder sie wenigstens lenken zu lassen. Aus der ganzen Sachlage mußte ihm klar werden, daß die Bolschewikiregierung zu dem letzten entscheidenden Schritt gedrängt wird, nämlich den als Lockruf angekündigten Frieden zum Abschluß zu bringen. Davor fürchten sich aber Trotzki und Genossen, denn sie wissen, daß sie jetzt nicht das erreichen können, was ihre Herrschaft zu einer endgültigen machen könnte[46]. Daher seit 2 Wochen das Streben nach Belehrung der Massen, das Ziel nicht zu hoch zu stecken, und gleichzeitig die flammenden Berichte über die Erfolge der Bolschewiki nicht nur in Rußland, sondern auch auf der ganzen Welt. Der Sieg der Revolution wird laut verkündet, Gegenrede nur in beschränktem Maße geduldet.

Doch steckt hier hinter unverkennbar schwere Sorge um die Zukunft, und die ist es, die zum Arbeiten im Stillen zwingt. Es kommt der Bolschewikiregierung auf Hinausschleppen der Friedensverhandlungen an[47], um erstens die mögliche Entscheidung über ihren Sturz zu verzögern, zweitens die eigene Macht zum Widerstand gegen solche Absichten zu stärken und drittens der Revolution im Ausland Zeit zur helfenden Entwicklung zu geben. Die Schaffung einer sozialistischen Armee, gestern befohlen[48], ist der erste Schritt zur Befestigung der Diktatur, der Alleinherrschaft, durch Aufstellung einer Leibgarde im großen Stile. Wie groß diese Armee werden soll, ist klüglicherweise nicht gesagt, dies liegt ja nach dem befohlenen Wahlmodus in der Hand der Regierung.

Während dieser heimlichen Stärkungs- und Verschleppungsarbeit gehen die Ereignisse weiter ihren Weg bergab. Der Hunger macht sich immer erschreckender bemerkbar, Hilfe ist bei dem organisatorischen Ungeschick der Slaven ausgeschlossen. Trotzdem erkühnt sich die Regierung, zum Bürgerkrieg weiter aufzureizen, ein Mittel, das nur der Verschlechterung der Lage dienen kann. Die Maßnahmen gegen den Hunger beziehen sich, das erkennt jeder, der genau hinsieht, immer nur auf

[46] Nach dem 18. Januar hatte Trockij in Brest-Litowsk um eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen gebeten, um sich von Petersburg neue Instruktionen zu holen. Seine Berichterstattung über die Brester Verhandlungen war der Ausgangspunkt folgenschwerer Auseinandersetzungen innerhalb der bolschewistischen Partei über die weitere Verhandlungstaktik. Trockij erhielt schließlich die Billigung für seinen Plan, die Unterzeichnung des Friedens mit den Mittelmächten weiterhin zu verzögern und bei drohendem Abbruch der Verhandlungen den Krieg für beendet zu erklären, die Unterzeichnung eines Friedensvertrages aber zu verweigern. S. Leninskij Sbornik, Bd. 11, Moskau 1929, S. 41f.

[47] Trockij war mit der Instruktion Lenins, die Verhandlungen zu verschleppen, nach Brest-Litowsk gegangen. Vgl. L. D. Trockij, Über Lenin, Material für einen Biographen, Frankfurt/M 1964, S. 77.

[48] Text des Dekrets über die Bildung der Roten Armee 1918 I 28 in: Bunyan, a. a. O., S. 568 f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Bolschewikisoldaten. Das Volk wird mit hochtönenden Worten und, wenn diese nicht helfen, durch wohlgenährte Soldaten im Zaume gehalten.

Die militärische Niederlage ist schon gänzlich vergessen, der sozialistische Größenwahn wächst ins Ungemessene. Leider trägt hierzu die Haltung der Sozialisten des Auslandes nicht zum mindesten mit bei, und die Bolschewiki könnten durch die Verblendung der Sozialisten-Fanatiker im Ausland zu einem Triumphe gelangen, der einem gesunden Menschenverstand versagt bleiben müßte.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.

An Chef des Admiralstabes der Marine.

Dokument 7

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und
Seekriegsleitung.
St. Petersburg.
248.

St. Petersburg, den 14. Febr. 1918.

Ganz Geheim!

Militärpolitischer Bericht 7.

In den letzten Tagen bringen die Zeitungen, vor allem das Regierungsorgan „Prawda", von Jubel überströmende Nachrichten über Revolution in Deutschland und anderwärts[49]. Die damit verbundene Absicht, der eigenen Gefolgschaft Mut zu machen, ist durchsichtig. Aber sie erreicht immerhin, wenn diesen Behauptungen nicht sofort von der anderen Seite entgegengetreten wird, ihren Zweck. Dieselben Russen, die eben erst über die Verderbtheit ihrer Regierung hergezogen sind, sprechen beim Lesen solcher alarmierenden Nachrichten, gerade aus Deutschland, leuchtenden Auges über die Ausbreitung der russischen Revolution zu uns hin. Es steckt immerhin gerade in der gespannten Erwartung, bald noch Schlimmeres über Deutschland – nicht über die anderen feindlichen oder befreundeten Länder – zu hören, ein Zeichen unbewußter Achtung, denn jeder Bolschewik fühlt, daß, solange Deutschland aufrecht steht, dem Marsch der Revolution über die Welt an dieser Seite ein unüberwindbares Hindernis gesetzt ist. Er erkennt, freiwillig oder nicht, den Deutschen als höher stehendes Wesen an.

Von den führenden Männern in unserer Volksvertretung und Presse wird dieser Stimmung nicht immer Rechnung getragen, was seinen Hauptgrund darin hat, daß sie aus der Ferne die wahren Triebkräfte nicht zu erkennen vermögen. Dem unangebrachten Hochmut der russischen Revolutionsleitung, sich als Bahnbrecher sozialer Aufklärung für die ganze Welt zu fühlen und zu bezeichnen, kann nicht oft genug mit entschiedener Sprache entgegengetreten werden. Es ist der deutschen Arbeiter-

[49] Am 28. Januar waren in mehreren deutschen Großstädten (nach vorangegangenen Streiks in Österreich) Munitionsarbeiterstreiks ausgebrochen, die in der Hauptsache auf die schleppende Verhandlungsführung in Brest-Litowsk zurückzuführen waren. In bolschewistischen Kreisen glaubte man darin natürlich eine Bestätigung für die Richtigkeit der Verhandlungstaktik erblicken zu können. Bis zum 4. Februar jedoch war der Streik in sich zusammengebrochen. Dokumente dazu in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Hrsg. von Leo Stern, Berlin 1959, S. 938ff. S. ferner Der Interfraktionelle Ausschuß, a.a.O., S. 192ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft unwürdig, den Lehren eines Volkes Folge zu geben, das nach gänzlichem Zusammenbruch seiner staatlichen Kräfte bei sich selbst keine Ordnung schaffen kann. Wenn unsere deutschen Arbeiter das hiesige Gesindel – ein anderer Ausdruck wäre nicht treffend – sähen, das sich als Vorkämpfer des Proletariats im Klassenkampf aufspielt, sie würden sicher in richtigem Empfinden die Gleichstellung im Ausdruck Proletarier zurückweisen. Die Führer unserer bürgerlichen Parteien sollten erkennen, daß es bei solchem Vergleich überhaupt kein deutsches Proletariat gibt, daß gemeinsames Wirken mit russischen Revolutionären erniedrigend ist, weil der deutsche Arbeiter bedeutend höher steht. Neue Gedanken, neue zündende Losungsworte sollten die deutschen Volksführer finden und den russischen hohlen Schlagworten entgegenstellen, um die deutsche Gefolgschaft zu politischem Kampf für die ihrer Entwicklungsstufe, nicht der niedrigen Stufe der Russen, entsprechenden Interessen zu befähigen. Den russischen Ruf: „Proletarier aller Länder vereinigt euch" sollten sie den Russen und gleich niedrig stehenden Völkern überlassen. Eine solche Haltung würde der Russe schnell verstehen, und das gegenseitige Verhältnis würde ein gutes sein.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.

An Chef des Admiralstabes der Marine.

Dokument 8

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und
Seekriegsleitung
St. Petersburg.
250.

St. Petersburg, den 4. Februar 1918.

Ganz Geheim!

Militärpolitischer Bericht Nr. 8.

Die Nachrichten, die über die Zustände im Innern Rußlands außerhalb Petersburg einlaufen, lassen erkennen, wie unzusammenhängend die Regierungsgewalt der Bolschewiki sich über das Land verbreitet. Der bolschewikische Gedanke wird am schroffsten in Petersburg verwirklicht, wo die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten einen strengen Einfluß auf die inneren Angelegenheiten ausübt. Moskau soll seine inneren Angelegenheiten bedeutend milder regeln, die übrigen Städte und Gemeinden ebenso. Gleichmäßig leiden alle unter den führerlosen Soldatenmassen, der Nahrungsmittelknappheit und den Eisenbahnstockungen. Dies sind allerdings so ausschlaggebende Punkte, daß mit ihrer weiteren Neigung zum Schlechteren auch diejenigen Verwaltungen ins Verderben gezogen werden müssen, die, allein auf sich gestellt, dem gänzlichen Zusammenbruch entgehen könnten.

Maßgebend für die Beeinflussung der gemeinsamen Notstände bleibt immer Petersburg mit den dort Sitz- und Hausmacht habenden führenden Männern. Petersburg ist heute der Inbegriff des bolschewistischen Rußlands. Wird ihm der Atem abgefangen, dann ist die wohl sichere Aussicht vorhanden, daß der jetzt noch scheinbar geschlossene Widerstand einer sich in alles ergebenden Friedensneigung der verbliebenen losen Teile Platz machen würde.

Kommen die Friedensverhandlungen nicht vorwärts, dann ist für denjenigen, der hier die Dinge täglich vor Augen sieht und die glaubwürdigen Berichte aus dem Lande hört, kein Zweifel darüber, daß die Wiedergabe der militärischen Bewegungsfreiheit im Frühjahr von uns schnellstens dazu benutzt werden müßte, durch Estland bis

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Petersburg vorzustoßen. Der benötigte Kräfteeinsatz könnte sich weit unter dem Maß halten, das gegenüber der russischen Armee vor der letzten November-Revolution, dem Beginn der Bolschewikiwirtschaft, noch ratsam gewesen wäre. Damit würde auch die baltische Frage[50] am leichtesten einheitlich gelöst.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.

An Chef des Admiralstabes der Marine

Dokument 9

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres und Seekriegsleitung
Petersburg.
280.

St. Petersburg, den 6. Februar 1918

Militärpolitischer Bericht No. 9.

. . .[51] Durch eigene Unvernunft drängen die Bolschewiki den noch bei ihnen befindlichen Teil der baltischen Lande ins andere Lager. Die Frage über die Zukunft des ganzen Baltikums spitzt sich jetzt unter den Leiden der dortigen Bevölkerung zur Entscheidung zu. Wer die Dinge von hier aus den russischen Verhältnissen heraus betrachtet, kann nicht anders empfinden, als daß ein vielleicht nochmals notwendig werdendes militärisches Eingreifen, mag dies auch den Nerven unseres Volkes noch ein klein wenig mehr zusetzen, letzte Unklarheiten beseitigen und eine Vermehrung künftiger Sicherheit des Reiches, ja Mitteleuropas, um Jahrhunderte bedeuten kann.

gez. Frhr. v. Keyserlingk

An den Chef des Admiralstabes der Marine.
O.H.L.
Obost.

Dokument 10

Der Bevollmächtigte
der Obersten Heeres- und Seekriegsleitung
St. Petersburg.
312.

St. Petersburg, den 9. Februar 1918.

Ganz Geheim!

Militärpolitischer Bericht Nr. 10.

Die Streiks in Deutschland haben hier großen Eindruck gemacht, zumal sie durch die Revolutionsschürer in sinnlos übertriebener Form dargestellt wurden. Und diese Aufmunterung der im Niedergang befindlich gewesenen Stimmung genügte den Führern, um kraftvolle Haltung in den Friedensverhandlungen zeigen und dadurch die eigene Stellung stützen zu können. Den Toren bei uns, die in einem uns günstigen Augenblick den russischen Welt-Vergewaltigern den Rücken steiften, kann nur der Milderungsgrund zuerkannt werden, daß sie keine Ahnung haben, wie es hier in dem Lande aussieht, von dem aus der Freiheitsgedanke über die ganze Welt getragen werden soll.

[50] D. h. die Abtrennung der baltischen Länder und Litauens von Rußland und ihre Angliederung an Deutschland.

[51] Wegen der Kürzung dieses Dokuments s. Anm. 24.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rußland ist, das kann nur immer wieder betont werden, ein in sich zerfallenes Staatsgebäude, die einzelnen Lande haben sich getrennt, die Parteien sind in sich uneins, das Ganze wird nur noch einigermaßen zusammengehalten durch den Terror der Bolschewiki, dem das entschlußschwache Volk kein Ende zu bereiten versteht. Es ist in großem Maße das gleiche Schauspiel, das die Welt vor 150 Jahren bei dem kleineren Slawenvolke, den Polen, erlebt hat. Und diese Ähnlichkeit zeigt den in Mitleidenschaft gezogenen Nachbarn die Richtung.

Es ist besser, jetzt als Sieger endgültig klare völkische Verhältnisse zu schaffen, als aus Scheu vor dem aufdringlichen Selbstbestimmungsrecht russischer Auslegung unfertige Zustände zwischen sich und dem, was später Rußland sich nennen wird, bestehen zu lassen. Der Augenblick ist günstig[52]. Die Landesverteidigung ist auf ein nicht beachtenswertes Maß gesunken, weite Kreise des Landes würden unser Einrücken zur schnellen Beendigung eines durch sein unabsehbares Siechtum unerträglichen Zustands mit Jubel begrüßen und die Kraft zur Mithilfe an der Wiederherstellung eines lebensfähigen Gebildes finden. Hören wir weiter in Geduld den für die Gesinnungsgenossen auf der ganzen Welt bestimmten Reden der russischen Vertreter in Brest-Litowsk zu, dann gewinnt die vielleicht stark an der Arbeit befindliche englische Partei immer mehr die Oberhand, und England erreicht das, was es will: zerschlagene Staaten im Osten, in deren Leben es uns zum Schaden auf allen Gebieten den Einfluß behält und deren spätere Geschicke in allem seinem Mitreden unterliegen[52a]. Dann bleibt uns das Gegenteil von dem, was wir wollen: starkes Bollwerk im Osten und freie Hand nach Osten. Jetzt wäre es eine kurze Waffentat mit der Aussicht klarer Verhältnisse, später würde es ein dauernder politischer Kampf gegen nicht zu fassende Unterwühlungsversuche sein, wobei die Schuld obendrein uns zugeschoben würde, genau wie im alten Polen.

gez. Frhr. v. Keyserlingk.[53]

An Oberste Heeresleitung,
Oberbefehlshaber Ost,
Chef des Admiralstabes der Marine.

Dokument 11

Bevollmächtigter
der Obersten Heeres- und
Seekriegsleitung.
B.No. 334.
Mil.pol.Ber.Nr. 11.

Petersburg, 14. 2. 18.

Beim Abschluß meiner siebenwöchentlichen Tätigkeit[54] in Beobachtung der Zustände der russischen Front halte ich es für angebracht, noch einmal zusammenfassend die allgemeine Lage in Rußland zu besprechen und daraus diejenigen Schlüsse zu

[52] Der Text lautet in der Vorlage: „Der Augenblick ist ungünstig". Es liegt offensichtlich ein Schreibfehler vor.

[52a] Neben diesen Satz notierte der Kaiser: „Was ich seit Wochen gepredigt!" (Polit. Archiv Bonn, Rußland 61, Bd. 147).

[53] Unter dem Bericht vermerkte Kaiser Wilhelm II.: „Geschrieben wie ein alter erfahrener Botschafter". Der Bericht ging auch an den Reichskanzler. (Politisches Archiv Bonn, Rußland 61, Bd. 147.)

[54] Als auf dem Homburger Kronrat die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit Rußland beschlossen wurde, erhielt die deutsche Kommission in Petersburg Weisung, zurückzukehren.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ziehen, die auf unsere nächsten Entschließungen sowie auf die Richtung unserer Ziele in künftiger Friedenszeit bestimmend sein können.

Die Gebundenheit des äußeren Feindes an anderen Stellen des Kriegstheaters zusammen mit einer auch bei uns sich teilweise äußernden Kriegsmüdigkeit und Liebäugelei sozialistischer Kreise mit den russischerseits erfolgreich in die Welt geschrieenen Vorbedingungen zu einem völkerbeglückenden demokratischen Frieden nahm von den Russen sehr bald die anfängliche Sorge um den Fortgang der Revolution, so daß die radikalen, überwiegend aus dem Judentum hervorgegangenen Schwärmer für Klassenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus schließlich keck hervortreten und die Herrschaft an sich reißen konnten. Nun ging es – seit Anfang November 1917 – in rasendem Tempo bergab. Heute liegt das einst mächtige Reich zerrissen und wehrlos da. Ende Januar war die Stimmung der russischen Regierung unsicher, der schließliche Abschluß eines unglücklichen, wenn auch nicht unehrenhaften Friedens schien unvermeidlich. Da brachen in Österreich und Deutschland die Streiks aus. Das stärkte den schwankenden Mut und gab nach Abfall der Ukraine[55] den Ausschlag zu der Lösung[56] der in Brest-Litowsk angeknüpften Beziehungen.

Mit der Erklärung, den Krieg als beendet anzusehen, glaubt das bolschewistische Rußland die sich nach Frieden sehnenden Proletarier-Brüder bei uns schneller zur Revolution zu treiben, wenn die russische Absage des Krieges keine Anerkennung durch die Regierungen der Mittelmächte findet[57]. Zur – heuchlerischen – Bekräftigung des hochherzigen Entschlusses wurde die Demobilmachung, schon längst eine unfreiwillige Tatsache, amtlich befohlen[58]. Die bisherige Armee und Flotte, nicht aufgewachsen in den jetzt gültigen revolutionären Anschauungen, werden aufgelöst und an ihrer Stelle aus freiwilligen Parteigängern eine der bolschewistischen Regierung ergebene rote Armee und rote Flotte gebildet. Welchen Umfang sie erhalten werden, ist noch nicht bekannt, jedenfalls werden sie kleiner als die bisherigen Organisationen sein, ohne deshalb billiger zu werden. Mit dieser Hausmacht soll der innere Krieg, die Gefügigmachung der Andersdenkenden, geführt werden. Von dem bolschewistischen Mittelpunkte Petersburg ausgehend, werden die hierfür nötigen Bandenkämpfe bis in die Randgebiete vorgetrieben, wo ganz besonders die beabsichtigte Verwirklichung der von den Bolschewiki angebotenen Selbstbestimmung die grausamsten Bedrückungen durch sie hervorgerufen hat. Wie weit die Erfolge reichen, ist nicht klar zu übersehen. Die Bolschewiki schildern ihre Erfolge überall als groß; doch machen sich in manchen Teilen des Landes, so in Finnland und in der Ukraine, Anzeichen bemerkbar, als ob mit der Zeit verbesserte Organisation und Bewaffnung den Widerstand der Bedrückten erfolgreich gestalten könnte. Vorläufig sitzt aber die bolschewistische Regierung fest im Sattel und scheint sich sicher zu fühlen gegenüber den ihr wohl bekannten Bestrebungen anderer Parteien, sie zu stürzen. In dem

[55] Mit der Ukraine hatten die Mittelmächte am 9. Februar einen Friedensvertrag unterzeichnet.

[56] Am 10. Februar hatte Trockij den Verhandlungen mit seiner nun öffentlich verkündeten Formel: „Weder Krieg noch Frieden" ein plötzliches Ende bereitet.

[57] Trockij hatte tatsächlich geglaubt, mit seiner Erklärung vom 10. Februar die Revolution in Deutschland entfachen zu können. S. seine Rechtfertigung vor dem 7. außerordentlichen Parteitag der Bolschewisten im März: Sed'moj ékstrennyj s-ezd RKP (b). Mart 1918g. Stenografičeskij otčet (7. außerordentlicher Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei der Bolschewiki, März 1918, Stenographischer Bericht), Moskau 1962, S. 65ff.

[58] In der Erklärung vom 10. Februar gab Trockij bekannt, daß „den russischen Streitkräften der Befehl zur Demobilisierung an allen Fronten gegeben" werde. (Mirnye peregovory v Brest-Litovske, a.a.O., S. 208.)

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Glauben, nur durch dauernden Schrecken eine Gegenrevolution im Keime ersticken zu können, läßt sie immer neue Verordnungen einander folgen, die den verhaßten Kapitalismus zum Nutzen der Proletarier – und zur eigenen Bereicherung – zerschlagen soll. Alles jammert: wie soll das enden? Aber die Wehrlosen und Entschlußschwachen finden nicht den Weg, dem Räuberunwesen entgegenzutreten. Die Hilfe muß von außen kommen, von Deutschland, sagt man gern, wobei die Einsichtigen sich richtig sagen, daß Deutschland nur nach eigener Zweckmäßigkeit verfahren wird, reden sich dann aber ein, daß wohl gewiß gleichlaufende Interessen vorhanden seien. Deshalb wird von den Gegnern der Bolschewiki der Abbruch der Friedensverhandlungen hoffnungsvoll freudig begrüßt.

Es ist ein frivoles Spiel, das die gewissenlose russische Regierung uns zumutet. Behielte Trotzki Recht mit dem baldigen inneren Zusammenbruch der Mittelmächte, dann hätte er einen großen und neuartigen politischen Erfolg in einer für sein Land schwierigen Lage errungen. Geben ihm die Ereignisse aber nicht Recht, dann gibt er uns durch diesen Streich die Freiheit des Handelns zurück, die nur unter Bewertung der gemachten Erfahrungen zur Beseitigung der für die künftige Sicherheit des deutschen Reiches und überhaupt Mitteleuropas noch bestehenden Unklarheiten ausgenutzt werden muß.

Wer Rußland kennt und die jetzigen Zustände einzuschätzen sich zutraut, der kann nicht anders sagen, als daß eine Gesundung des russischen Staatskörpers auf lange Zeit unmöglich geworden ist. Ein Aufhalten der jetzt vor sich gehenden staatlichen Verwesung und eine erste Anbahnung zur Wiederherstellung dessen, was Ordnung heißt, ist das äußerste, was vorläufig erwartet werden kann. Hieran müssen aber zweifelsohne außer den staatserhaltenden Kreisen des russischen Volkes auch die Nachbarn ein großes Interesse haben. Die reichen Schätze, die das Land birgt und deren Nutzbarmachung in hohem Maße für Mitteleuropa eine wirtschaftliche und militärische Lebensfrage ist, liegen brach unter einem Regierungssystem, wie es die Bolschewiki betreiben. Zur Erschließung des großen Gebiets, das sich ehemals Rußland nannte, kann das Deutsche Reich, an der Spitze von Mitteleuropa, folgerichtig nur das Ziel sich aufstellen, die westlichen nichtrussischen Randteile vom russischen Staatsbegriff abzutrennen und nach längerer Okkupation in einer der heutigen Sinnesrichtung entsprechenden Weise sich anzugliedern, im übrigen die schlechten Kräfte in dem bolschewistischen Rußland sich austoben zu lassen, bis der Zeitpunkt gekommen ist, daß Ordnung und Wirtschaft fördernder Einfluß in das übrigbleibende Rußland hineingetrieben werden kann. Für eine solche kolonisatorische Aufgabe, die auch große militärische Vorteile in Sicherung Mitteleuropas gegen Osten und in möglicher Bedrohung Englands in Indien in sich schließt, muß aber in Rußland eine Regierung an der Spitze stehen, die wenigstens in dem Wunsch nach Ordnung und Gesetzmäßigkeit die ihr selbst fehlende ausführende Kraft dem Kräfteüberschuß Deutschlands zu entnehmen geneigt ist. Die Bolschewiki sind dies nicht, auch nicht eine wahrscheinlich doch wieder nach alten Zuständen mit Deutschfeindschaft hinneigende Monarchie. Am besten würden wohl mehrere als Republiken getrennte Teile solchem Ziel entsprechen, mit dem wir unserer durch das vorgelagerte England wohl immer etwas beengten Überseepolitik eine wertvolle Unterstützung verschaffen und dadurch unsere Rüstung zur See auf einem vom Wettrüsten unberührten Maße halten können.

gez. Freiherr von Keyserlingk.

An den Chef des Admiralstabes der Marine, Berlin.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen:

DIE ZEITGESCHICHTLICHE FORSCHUNG IN EUROPA

Dieses Generalthema ist am 26. und 27. Oktober 1966 in London auf einer Arbeitstagung behandelt worden, zu der Walter Laqueur, Direktor des Londoner Institute of Contemporary History (The Wiener Library), neben führenden Vertretern der Zeitgeschichte in Großbritannien eine Anzahl von Zeitgeschichtsforschern aus weiteren Ländern Europas und den Vereinigten Staaten eingeladen hatte. Aus der Bundesrepublik waren der Einladung die Herren Paul Kluke (Universität Frankfurt), Georg Kotowski (Freie Universität Berlin), Helmut Krausnick (Institut für Zeitgeschichte, München) und Rudolf Vierhaus (Universität Bochum) gefolgt. Die erste Sitzung am Vormittag des 26. Oktober, auf der Walter Laqueur über 60 Teilnehmer begrüßen konnte, wurde von Gordon Craig (Stanford University, California), die zweite am Nachmittag des 27. Oktober von A. G. Lehmann (Universität Reading) und J. B. Duroselle (Sorbonne), die dritte am Vormittag des 27. Oktober von Alan Bullock (St. Catherine's College, Oxford) geleitet. Den Ausgangspunkt der Diskussion des ersten Tages bildeten Berichte, die von Konferenzteilnehmern über den gegenwärtigen Stand der Zeitgeschichtsforschung in einer Reihe von europäischen Ländern teils schriftlich vorgelegt worden waren, teils mündlich erstattet oder ergänzt wurden. Schon diese Bestandsaufnahme machte neben den Eigenheiten (Schwächen oder Stärken), welche hauptsächlich für die Entwicklung der zeitgeschichtlichen Forschung in dem betreffenden „Berichtsland" charakteristisch sind, auch Probleme erkennbar, die für die internationale Zeitgeschichtsforschung gemeinsam gelten und bis zu gewissem Grade auch gemeinsam einer Lösung nähergebracht werden könnten. So ergaben sich fast von selbst als Schwerpunkte der weiteren Diskussion die Fragen nach Auswertung und Zugänglichkeit der einschlägigen Archive sowie die methodologischen und praktischen Probleme (Befragung historischer „Zeugen"!) einschließlich der Möglichkeiten internationaler Kooperation und Koordination zur Erleichterung der Einzelforschung. Alan Bullock plädierte lebhaft für die Bildung eines internationalen Arbeitsgremiums, das eine solche wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit realisieren sollte. Auch ohne daß aus dieser Anregung sofort und in aller Form organisatorische Konsequenzen gezogen wurden, dürfte die Tagung doch gewisse Voraussetzungen dafür geschaffen haben, solchen Zielen künftig praktisch näherzukommen.

H. Krausnick

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE DER UNIVERSITÄT WIEN

Auf Antrag des Professorenkollegiums der Philosophischen Fakultät der Universität Wien wurde vom Bundesministerium für Unterricht am 3. Juni 1966 das Institut für Zeitgeschichte als neues Universitäts-Institut errichtet. Zum Vorstand des Instituts wurde a. o. Univ.-Professor für neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der neuesten Geschichte Dr. Ludwig Jedlicka bestellt. Das neue Institut befindet sich in universitätseigenen Räumlichkeiten in Wien 9., Rotenhausgasse 6, und umfaßt in der ersten Aufbauphase die Bibliothek sowie eine Forschungsabteilung, ferner eine Abteilung für Mikrofilme und Archivalien. Die Bibliothek enthält etwa 6000 Titel. Es wurden hauptsächlich neben allgemeinen Werken solche zur Geschichte Österreichs seit 1900 angeschafft und besonderer Wert auf die Parteiengeschichte, Geschichte der Ideologien und auf bio-

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

graphisches Material gelegt. Erfreulicherweise konnten durch eine Reihe von Spenden aus dem In- und Ausland auch Flugschriften und Zeitungen erworben werden.

Die Forschungsabteilung hat in enger Anlehnung an die Vorlesungs- und Seminartätigkeit des Institutsleiters vor allem jene Materialien zu sammeln, die für eine wissenschaftliche Bearbeitung außerhalb bestimmter Archive zur Verfügung stehen. Dies sind insbesondere Nachlässe politisch bedeutender Persönlichkeiten. Es gelang, eine Reihe von Nachlässen für das Institut entweder leihweise oder dauernd zu sichern. Die Befragung politisch wichtiger Persönlichkeiten erfolgt seit Gründung des Instituts sowohl schriftlich als auch durch Tonbandaufnahmen; auch ist das Institut bestrebt, historische Tondokumente (Schallplatten) zu sichern. Der Forschungsabteilung sind noch ein Bildarchiv, eine Sammlung von Flugblättern und Plakaten sowie ein im Aufbau befindliches Zeitungsarchiv angegliedert. Die Hauptaufgabe der Forschungsabteilung besteht im Ablegen eines Zentralnachweises über alle Unterlagen zur österreichischen Zeitgeschichte sowie eines Nachweises über Forschungsvorhaben zu diesen Themen. Die in den deutschen Beuteakten zum Thema Österreich enthaltenen Bestände wurden überprüft und bereits über 300 Filmrollen zu Forschungszwecken angekauft und eine Anzahl institutseigener Mikrofilme hergestellt. All dies wurde nur durch die wertvollen Vorarbeiten des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte (gegründet 1961) ermöglicht. Dieses Institut bleibt personell in Verbindung mit dem neuen Universitäts-Institut, übernimmt aber vor allem die Öffentlichkeitsarbeit, die Unterstützung der Publikationen, Durchführung von Tagungen usw. Durch die Gründung des Universitäts-Instituts ergibt sich auch eine bessere Möglichkeit der Aktenbenützung der staatlichen Archive Österreichs.

Eine Anzahl von Dissertationen ist bereits fertiggestellt. Es ist beabsichtigt, die Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte (bisher vier Bände) in Zukunft gemeinsam mit dem Universitäts-Institut herausgegeben.

L. J.

ARCHIV DER EHEMALIGEN REICHSSTUDENTENFÜHRUNG IN WÜRZBURG

Das „Archiv der ehem. RSF" ist ein kleiner Teil des vielfältigen Materials, welches das im Laufe des Reichsstudententages 1939 eröffnete, unter der Leitung des Pg. SS-Hauptsturmführers Dr. habil. Arnold Brügmann stehende Institut für deutsche Studentengeschichte in seinen Räumen auf der Würzburger Festung barg. Die nach der Auswertung durch die Sicherheitsorgane an das Institut übergebenen Archive der studentischen Korporationsverbände sind nach der Wiederbegründung zurückgegeben worden und stehen nur mehr zum Teil in Würzburg[1]. Die umfangreiche Bibliothek (zwischen 30000 und 40000 Bänden) wird heute vom Institut für Hochschulkunde in Würzburg verwaltet[2]. So blieb schließlich nur der Bestand zurück, der von der 1919 gegründeten Deutschen Studentenschaft (DSt), vom NS-Studentenbund (NSDStB) und von der RSF herrührt. 1955 erhielt der Verband Deutscher Studentenschaften die Archivalien, welche die DSt von 1919 bis 1933 betreffen; diese etwa 600 Ordner umfassende Gruppe wurde vom VDS im Bundesarchiv hinterlegt[3]. Der Restbestand von etwa 2000 Ordnern ging in das Eigentum des Freistaates Bayern über, der ihn der Universität Würzburg zur Verwaltung überwies. Dort hat er schließlich Ende September 1966 seinen endgültigen Platz in einem abgeschlossenen Raum im Magazin der Universitätsbibliothek gefunden. Über Anträge auf Benützungsgenehmigung entscheiden gemeinsam der vom Akademischen Senat

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestellte Senatsbeauftragte für Hochschulfragen und der Direktor der Universitätsbibliothek[4].

Das verbliebene Material ist in fünf Abteilungen gegliedert: I) DSt und RSF; II) NSDStB; III) Reichsberufswettkampf (RBWK); IV) Studentenschaft Würzburg; V) Verschiedenes.

Die Abteilung I, die etwa 1939 abschließt, enthält vor allem wichtige Vorgänge zur Gleichschaltung der Korporationen, zum Aufbau der Kameradschaftserziehung und einen sehr umfangreichen Teil über die Ausgestaltung der studentischen Arbeitsdienstpflicht. Wichtig sind ferner die Vorgänge aus dem Reichsstudentenwerk in Dresden sowie Korrespondenzen und Konzepte der Führer der DSt, die einen guten Einblick in die Schwierigkeiten und Rivalitäten zwischen dem NSDStB und der seit dem Grazer Studententag 1931 unter Führung von Nationalsozialisten stehenden DSt geben. Daneben sind Vorgänge aus dem unmittelbar nach der Gründung des Reichspropagandaministeriums ins Leben gerufenen Amt für Aufklärung und Werbung sowie über die Kämpfe um die Umgestaltung der Universitäten erhalten. Die von der DSt herausgegebenen Zeitschriften und Pressedienste sind z. T. im Institut für Hochschulkunde greifbar. Die Abt. I ist bisher durch ein handschriftliches Karteirepertorium erschlossen.

Die jetzt die Abt. II bildende Gruppe umfaßt die schon im alten Institut geordnete Sammlung zur Geschichte des NSDStB, die durch ein altes Repertorium benützbar ist. Die Bedeutung dieses Teils liegt in den 30 Ordnern zur frühen Entwicklung des NSDStB an den Hochschulen bis etwa 1933.

Abt. III enthält neben den fast vollständigen Akten der RBWKe der Studenten eine umfangreiche Sammlung von Arbeiten der Teilnehmer (insgesamt 29 m). Während die Reichsjugendführung bereits 1934 zusammen mit der Deutschen Arbeits-Front einen RBWK d. dt. Jugend durchführte, nahmen erstmals im Frühjahr 1935 die Höheren Fachschulen daran teil. Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen führte dann die DSt im Wintersemester 1935/36 den 1. RBWK d. dt. Studenten („Reichsleistungskampf") durch. Ordentlich abgewickelt wurden dann noch der 2.–4. RBW (36/37; 37/38; 38/39); über einen 5. RBWK 1939/40/41 sind nur wenige Arbeiten und Akten erhalten.

Die Akten der Studentenschaft Würzburg (ca. 10 m) geben einen guten Einblick in die Entwicklung von der Gründung an.

Innerhalb der letzten Abteilung, die vor allem kleine Aktenreste verschiedenster Herkunft enthält, ist ein Bestand von rd. 80 Paketen mit Akten der Hamburger Studentenschaft hervorzuheben, die wohl von der Gaustudentenführung Hamburg nach Würzburg evakuiert worden sind. Im übrigen handelt es sich um einzelne Vorgänge aus Breslau, Dresden, Aachen, Leer, Sorau, Innsbruck und Schneidemühl.

Es besteht die Absicht, die Repertorien der einzelnen Abteilungen zusammen mit dem Bestandsverzeichnis der Bibliothek des Instituts für Hochschulkunde zu veröffentlichen und so diese für die Geschichte der Hochschulentwicklung wie auch für die politische Geschichte der jüngsten Vergangenheit gleichermaßen interessanten Bestände der Forschung zugänglich zu machen.

Hans-Wolfgang Strätz

[1] Benützungsgenehmigungen erteilen nur die Verbandsleitungen.

[2] Anschrift: 87 Würzburg, Domerschulstr. 16. Träger des Instituts ist die „Hochschulkundliche Vereinigung, Gesellschaft zur Förderung der Deutschen Hochschulkunde e. V." Das Bibliotheksverzeichnis erscheint seit 1963 in Loseblattform.

[3] Vgl. Facius, Booms, Boberach: Das Bundesarchiv und seine Bestände (= Schriften d. BA 10), Frankfurt 1961, S. 122.

[4] Anfragen sind zu richten an: Universitätsbibliothek Würzburg – Archiv der ehem. RSF –, 87 Würzburg, Domerschulstr. 16.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Siegfried Bahne, Arbeitsstelle Geschichte der Frühindustrialisierung beim Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum, 463 Bochum-Querenburg, Overbergstr. 15.

Dr. Winfried Baumgart, wiss. Assistent am Historischen Institut der Universität Saarbrücken, 66 Saarbrücken, Mecklenburgring 72/IV.

Dr. Ludwig Jedlicka, a. o. Professor für neuere Geschichte mit bes. Berücksichtigung der neuesten Geschichte an der Universität Wien, Wien 9, Rotenhausgasse 6.

Dr. Helmut Krausnick, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 27, Möhlstr. 26.

Dr. Dieter Petzina, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 27, Möhlstr. 26.

Dr. Eberhard Pikart, Kustos des Theodor-Heuss-Archivs, 7 Stuttgart-N, Feuerbacher Weg 46.

Dr. Hans-Wolfgang Strätz, wiss. Assistent an der Abteilung für Rechtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, 463 Bochum-Querenburg, Ruhr-Universität.

Jahrgang 15 (1967), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte